universität wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Attribution von Verantwortung bei EU-Entscheidungen

dargestellt am Beispiel des medialen öffentlichen Diskurses um das österreichische Genmais-Importverbot.

Verfasser

Florian Reichhold

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 301 295

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuerin: Dr. Cornelia Brantner

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Diplomarbeit ohne fremde Hilfe und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch bei keiner anderen Prüferin/ keinem anderen Prüfer als Prüfungsleistung eingereicht.

Diese Arbeit wurde neben der gedruckten Version auch auf CD-Rom zur Prüfung der o.g. Erklärung bei der zuständigen Prüferin/ dem zuständigen Prüfer hinterlegt

Florian Reichhold

Meiner Mutter

Wer in der Öffentlichkeit Kegel schiebt, muss sich gefallen lassen, dass nachgezählt wird, wieviel er getroffen hat.

Kurt Tucholsky

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 9

EINLEITUNG 11

1. Der Europäische Entscheidungsprozess 15

1.1 Überblick über die Europäische Union 15

1.1.1. Rat der EU 16

1.1.2. Europäische Kommission 17

1.1.3. Das Europäische Parlament 18

1.2. Darstellung des Entscheidungsprozesses anhand des Verlaufs der Importverbots-Debatte 19

2. Gegenstand der Importverbots-Debatte 21

2.1. Genmais 21

2.2. Gentechnik 22

3. Verantwortung und Attribution 24

3.1. Verantwortung 24

3.2. Attribution 28

3.2.1. Heiders Balancemodell 29

3.2.2. Attributionstheorie nach Kelley 30

3.2.2.1. Das Kovariationsprinzip 30

3.2.2.2. Das Konfigurationsprinzip 32

3.2.2.3. Attributionsfehler 33

3.2.3. Zu einem Konzept der massenmedialen Attribution 34

3.3. Attribution von Verantwortung 35

4. Öffentlichkeit 37

4.1. Dahrendorfs Öffentlichkeitsmodell und die Unerwünschtheit total aktivierter Öffentlichkeit 41

4.2. Europäische Öffentlichkeit 42

5. Die Öffentlichkeitsfunktion der Medien 46

5.1. Selektion durch Nachrichtenwert Faktoren 48

5.2. Bedeutung des Bezugrahmens in Massenmedien: „Framing“ 50

5.2.1. „Zeitungstypologie“ als Unterscheidungsmerkmal 52

5.2.1.1. Selbstdarstellung der untersuchten Zeitungen – Blattlinien 54

5.2.1.2. „Sonderfall Kronen Zeitung“ 56

6. Empirische Untersuchung der Genmais-Importverbots-Debatte 58

6.1. Ausgangslage 58

6.2. Forschungsleitende Fragen 60

6.3. Beschreibung der Methode 62

6.4. Aufbau des Codebuchs 64

6.4.1. Formale Ebene 64

6.4.2. Inhaltliche Ebene 65

6.4.3. Aussagenebene 66

6.5. Untersuchungsmaterial 67

6.5.1. Festlegung der Untersuchungszeiträume 68

6.5.1.1. Der erste Untersuchungszeitraum 68

6.5.1.2. Der zweite Untersuchungszeitraum 69
6.5.1.3. Der dritte Untersuchungszeitraum 69
6.5.1.4. Der vierte Untersuchungszeitraum 70
6.5.2. Zugang zum Untersuchungsmaterial 71

6.6. Auswertung der Ergebnisse 72
6.6.1. Formale Analyse des Untersuchungsmaterials 74
6.6.1.1. Zeitungen 74
6.6.1.2. Ressort 76
6.6.1.3. Journalistisches Genre 78
6.6.1.4. Autoren 79
6.6.1.5. Umfang 80
6.6.1.6. Illustrationen 81
6.6.1.7. Zusammenfassung der formalen Analyse 82
6.6.2. Formal-inhaltliche Analyse 86
6.6.2.1. Themenschwerpunktsetzung 86
6.6.2.2. Entscheidungsbezug 87
6.6.2.3. Veränderungen im Genre 89
6.6.2.4. Exakte Bezeichnungen 92
6.6.2.5. Geographischer Bezug 94
6.6.2.6. Politischer Bezug 96
6.6.2.7. Zusammenfassung der formal-inhaltlichen Analyse 98
6.6.3. Analyse der Artikelbewertungen 100
6.6.3.1. Gesamtartikelbewertungen EU 101
6.6.3.2. Gesamtartikelbewertungen Österreich 103
6.6.3.3. Zusammenfassung der Gesamtartikelbewertungen 105
6.6.4. Analyse auf Aussageebene 107
6.6.4.1. Aussageträger 107
6.6.4.2. Aussagebewertungen 109
6.6.4.2.1. Bewertungen des Themas 110
6.6.4.2.2. Bewertungen EU 112
6.6.4.2.3. Bewertungen österreichische Politik 113
6.6.4.2.4. Emotionen 114
6.6.4.3. Zusammenfassung der Aussageanalyse 115
6.6.5. Analyse Adressant-Adressat 119
6.6.5.1. Zusammenfassung der Adressant-Adressat Analyse 121

6.7. Beantwortung der Forschungsfragen 125
6.7.1. Erste Forschungsfrage 125
6.7.2. Zweite Forschungsfrage 127
6.7.3. Dritte Forschungsfrage 130

7. Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse und Ausblick 133

Literaturverzeichnis 136

Tabellenverzeichnis 144

Abbildungsverzeichnis 145

Anhang 146

Anhang 1 146

Anhang 2 147

Anhang 3 159

VORWORT

Es hätte eigentlich eine Diplomarbeit über die Vermittlungsstrukturen der EU-Agrarpolitik in österreichischen Agrarzeitungen werden sollen. Einerseits war das Thema reizvoll, da es noch relativ wenig erforscht worden ist, andererseits bestand aufgrund meiner Herkunft ein Grundinteresse für die Thematik.
Doch auf der Suche nach einem geeigneten Untersuchungsbereich, der diese Strukturen sichtbar machen kann, bin ich aus aktuellem Anlass auf das Thema der Genmais-Debatte gestoßen. Erkennend, dass es sich hier nicht nur um ein agrarpolitisches Thema handelt, beschloss ich eine „Ausweitung der Kampfzone“, die mit dieser Arbeit somit vorliegt.

Ich möchte an dieser Stelle meiner Betreuerin Frau Dr. Cornelia Brantner für ihre Geduld, ihren Rat und unsere gemeinsamen Diskussionen, die sicher nicht immer leicht für sie waren, danken.

Ich danke meinen Freunden, dass sie mir auch in schweren Stunden beigestanden sind und für mich da waren. Cati und Christl: Danke fürs Korrekturlesen.

Danken möchte ich auch meiner Familie, die mich oft zur Bodenständigkeit zurückführte.

EINLEITUNG

„Es gibt Reizthemen, auf die man in Österreich reflexartig abwehrend reagiert: Neben Transitverkehr und Atomenergie gehört auch Gentechnik dazu.“ (Föderl-Schmid, Der Standard, 31.10.07) Neben diesen „Reizthemen“ könnte man die Liste noch mit einigen anderen – wie die Neutralitätsdebatte oder Naturschutzthemen – ergänzen, welche sich in den Kanon der „heiligen Kühe“ der ÖsterreicherInnen einreihen.

Nun wurde aber am 7.Mai 2008 von der Europäischen Kommission ein Importverbot für die gentechnisch veränderten Maissorten der Firma „Monsanto“ (MON810) und der Firma „Bayer CropScience“ (T25) aufgehoben und es ist nunmehr möglich, diese Sorten zu importieren. Eine „heilige Kuh“ der ÖsterreicherInnen wurde also zuerst geschlachtet, als keine qualifizierte Mehrheit im EU-Umweltministerrat für eine Aufrechterhaltung des Importverbots erreicht werden konnte und schlussendlich durch einen Erlass der EU-Kommission zumindest „teil-geschlachtet“. Ein Anbauverbot bleibt nach wie vor von österreichischer Seite aufrecht. Die Diskussion rund um ein Importverbot und dessen Aufhebung dauerte aber schon seit längerem an, brachte doch die Kommission bereits jeweils 2005 und 2006 einen Antrag in den Umweltministerrat ein, in dem sie eine Aufhebung verlangte, da es keine stichhaltigen Argumente von österreichischer Seite für eine Beibehaltung des Importverbots dieser beiden Maissorten gab. Zweimal konnte im Ministerrat eine qualifizierte Mehrheit für eine Beibehaltung gewonnen werden, für ein drittes Mal reichte es aber nicht. Die Kommission pochte zwar auf eine Entscheidung, wurde aber wiederum auf Druck der Welthandelsorganisation WTO (dahinter standen die USA, Kanada und Argentinien) durch Androhung von Strafzöllen dazu veranlasst, das Importverbot aufheben zu lassen. Das Thema ist deswegen so interessant, weil durch die Vielschichtigkeit der Akteure gleich mehrere Politikbereiche berührt werden. Auf Akteursseite sehen wir die Verhandlungen der 27 EU-**Umweltminister,** welche durch die Vorlage der **EU-Kommission** über die Materie verhandeln, weil die **WTO** mit Strafzöllen droht. Auf europäischer Ebene wird das Thema zwar im Umweltministerrat verhandelt, national bedeutet dies jedoch, dass sich das Thema an der Schnittstelle von **Landwirtschafts-, Umwelt-, Verbraucher-,** und **Konsumentenpolitik** befindet. Ziel dieser Arbeit soll es vorerst sein, die Institutionen auf Europäischer Ebene zu beleuchten, um die Entscheidungsprozesse klar zu erkennen. Innerhalb dieses Politik-„Apparates“ wird also über ein Thema – das Thema „Genmais-Importverbot“ – diskutiert.

Weiters soll im Anschluss eine Klärung zum Begriff „Genmais“ stattfinden, um auch Ungenauigkeiten in der medialen Darstellung der Genmais-Importverbotsdebatte definieren zu können.

Die Grundüberlegung, dieses Thema zu bearbeiten, war, – gerade weil Gentechnik in der Öffentlichkeit ein „Reizthema“ darstellt und der politische Verlauf sich aus österreichischer Sicht von Erfolg zu (Teil-)Misserfolg wendete – dass die Verantwortung und die Attribution von Verantwortung ein gewichtiges Element in solch einer Debatte einnehmen müssen. Nicht zuletzt das (vorsichtig ausgedrückt) kritische Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur EU lässt Vermutungen zu, dass eine mehrheitliche Meinung die „Schuld“ an der Aufhebung der Importverbote bei der „EU“ sehen.

Die Frage lautet daher: Wem wird die Verantwortung für Erfolg oder Misserfolg zugeschrieben? Aus der Moralphilosophie wissen wir, dass zwischen einem Schuld- und einem Pflichtbegriff unterschieden wird. (vgl. Bayertz 1999, 1686) Und diese Begriffe gilt es, den jeweiligen Akteuren in diesem Sachverhalt zuzuordnen. Ziel der theoretischen Reflexion wird es also sein, die Termini „Verantwortung“ und „Attribution“ aus Disziplinen wie der Moralphilosophie, Rechtslehre, Sozialpsychologie, der Soziologie und nicht zuletzt der Kommunikationswissenschaft herzuleiten, zu beschreiben und in einen geeigneten Kontext zu bringen.

Doch geschieht dies nicht in irgendeinem Raum. Die Attributionen von Verantwortung zu europapolitischen Themen geschehen im (massen-)medialen Diskurs, also in einem öffentlichen Raum. Daher soll der Versuch unternommen werden, geeignete Begrifflichkeiten von Öffentlichkeit zu finden. Da die Diskussion zwar aus österreichischer Sichtweise untersucht wird, das Thema jedoch europapolitische Relevanz besitzt, besteht die Herausforderung darin, einen begrenzten, nationalen Öffentlichkeitsbegriff hin zu einer Definition von europäischer Öffentlichkeit zu bringen, welche den vorherrschenden Gegebenheiten genügt.

Aber diese Arbeit soll die Öffentlichkeit als Raum nicht ohne Kontext stehen lassen. Denn von zentraler Bedeutung für die empirische Analyse sind natürlich die Medien, welche sozusagen als Plattform für den öffentlichen Diskurs fungieren. Die Miteinbeziehung der Medien als Teil der Öffentlichkeit ist daher unumgänglich, da auch transportierte Inhalte in Abhängigkeit mit den unterschiedlichen Medienstrukturen stehen. Vor diesem Hintergrund findet im Anschluss eine deskriptive quantitative Inhaltsanalyse, ergänzt mit qualitativen Interpretationsansätzen, von vier österreichischen Tageszeitungen statt.

Die Thematik der Importverbote zweier Genmaissorten von Österreich wird in dieser Arbeit ab dem Zeitpunkt der ersten Abstimmung im EU-Umweltministerrat beleuchtet. Es werden im Rahmen dieser Arbeit in einer empirischen Untersuchung von vier österreichischen, überregionalen Tageszeitungen die Beiträge zum Thema Genmais-Importverbot herangezogen und nach unterschiedlichen Kriterien bearbeitet.

Der Vorteil einer solchen Untersuchung ist, dass an einem sehr kleinen Ausschnitt einer Diskussion (es wird möglich sein, in definierten Zeitintervallen, sämtliche Artikel zu dem Thema zu erfassen) um ein europapolitisch relevantes Thema, welches sich noch dazu an der Schnittstelle von mehreren Politikbereichen befindet, eine übersichtliche Datenmenge anschaubar gemacht werden kann.

Ziel der Untersuchung wird es vordergründig sein, herauszufinden, ob das Thema „Gentechnik" tatsächlich ein „Reizthema" in der Öffentlichkeit darstellt. Wichtig dabei ist zu erkennen, wer in welchem Zusammenhang zu diesem Thema zu Wort kommt und wie differenziert solch eine Debatte im medialen Diskurs geführt wird.

Im Anschluss daran werden die Bewertungsmuster sowohl innerhalb der Artikel, als auch auf Aussagenebene analysiert. Diese Erkenntnisse sollen dann unter Einbeziehung einer Darstellung des medial- vermittelten politischen Diskurses behilflich sein, verschiedene Attributionsmuster zu erkennen.

Dabei wird der Frage nachgegangen, welche Akteure – nationale Regierung oder EU – für Erfolg oder Misserfolg verantwortlich gemacht werden. In diesem Kontext scheint es auch als wichtig, sich anzusehen, welchen Einfluss die Selbstattribution von Akteuren im medialen Diskurs auf die allgemeine Zuschreibung von Verantwortung hat.

Nach einem Gesamtresümee zur Attribution von Verantwortung beim Thema Genmais-Importverbot werden Möglichkeiten und weitere Aussichten abgeleitet, welche einen kleinen Beitrag zu einer wissenschaftlichen Diskussion um das Thema von europäischer bzw. europäisierter Öffentlichkeit, hier jedoch ausschließlich an einem Beispiel nationalstaatlich strukturierter Medien, leisten können.

1. Der Europäische Entscheidungsprozess

1.1 Überblick über die Europäische Union

In der öffentlichen Diskussion wird oft von „der EU“ gesprochen und dies synonym für EU-Kommission, EU-Rat oder EU-Parlament verwendet. Bei einigen Entscheidungen – oft aber im negativen Zusammenhang – wird die jeweilige Institution überhaupt nur mit „Brüssel“ tituliert, was in der öffentlichen Wahrnehmung großteils negativ konnotiert wird. (vgl. Gerhards/ Offerhaus/ Roose 2003, 4)

Doch scheint es im Zusammenhang mit dieser Arbeit wichtig, die auftretenden Akteure und Institutionen kurz zu beschreiben und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen darzulegen. Es werden im Verlauf auch einige Verweise gebracht, welche Änderungen der Reformvertrag von Lissabon und die daraus resultierenden Kompetenzerweiterungen/ -beschneidungen mit sich bringen würden.[1]

Auf der Webseite der Europäischen Kommission (http://europa.eu), die den „Zugang der Öffentlichkeit zur Information über die Initiativen und die Politik der Europäischen Union im Allgemeinen vereinfachen“[2] soll, werden die drei wichtigsten Organe der EU jeweils mit einem Satz charakterisiert. Das Europäische Parlament (EP), „das die europäischen Bürger vertritt und direkt von ihnen gewählt wird“, der Rat der EU, „der die einzelnen Mitgliedsstaaten vertritt“ und die Europäische Kommission, „die die Interessen der EU insgesamt wahrt.“[3] So einfach diese Kurzbeschreibungen auch sein mögen, so sagen sie aber nichts über die Kompetenzverteilungen und Befugnisse der einzelnen Organe aus.
Die manchmal missverständlichen Benennungen in den Medien beruhen größtenteils auf den oft sehr ähnlichen Bezeichnungen der unterschiedlichen Institutionen, die sich jedoch meist grundlegend unterscheiden (bspw. liegt zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Europäischen Gemeinschaften ein großer Unterschied (vgl. Pollak/Slominski 2006, 69)).

[1] Dem Autor ist bewusst, dass mit einer Volksabstimmung in Irland gegen eine Ratifizierung des EU-Reformvertrags gestimmt und somit der Ratifizierungsprozess des Vertrages unterbrochen wurde. Lediglich die Zustimmung aller EU-Länder macht ein Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon möglich. Die Diskussion rund um ein weiteres Vorgehen der Union ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit noch im Gange und daher wird es noch immer als sinnvoll erachtet, die gravierenden Änderungen kurz zu skizzieren.
[2] http://europa.eu/geninfo/legal_notices_de.htm
[3] http://europa.eu/institutions/index_de.htm

Bevor hier jedoch auf die einzelnen Organe der EU eingegangen wird, soll das grundlegende Gerüst der Europäischen Union kurz dargestellt werden.
Die Grundstruktur der Europäischen Union ist im sog. Tempelmodell dargestellt, das auf einer supranationalen und zwei intergouvermentalen Säulen beruht. (vgl. Pollak/Slominski 2006, 69f. ; Filzmaier et al. 2006, 261)
Die erste Säule besteht aus den ehemaligen supranationalen Europäischen Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM und beinhaltet neben Agrarpolitik, Zollunion und Binnenmarkt, Struktur- und Handelspolitik, Wirtschafts- und Währungsunion auch Felder wie Forschung und Umweltpolitik, Gesundheitswesen und Verbraucherschutz. (vgl. Filzmaier et al . 2006, 261)
Während die zweite Säule die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) umfasst, beinhaltet die dritte intergouvermentale Säule „polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen". (Pollak/Slominski 2006, 69)

Auch in den „Konsolidierten Fassungen des Vertrags über die europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union", welche die Änderungen aufgrund des Vertrags von Lissabon beinhalten, sind die Organe der Union laut Artikel 17(1):
Das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat, die Europäische Kommission, der Gerichtshof der Europäischen Union, die Europäische Zentralbank und der Rechnungshof.

1.1.1. Rat der EU

Der Rat der Europäischen Union wird als Hauptorgan der EU bezeichnet, da hier ausschließlich für jedes Mitgliedsland jeweils ein Vertreter auf Ministerebene agiert (vgl. Pollak/Slominski 2006, 74), der „befugt ist, für die Regierung des von ihm vertretenen Mitgliedstaats verbindlich zu handeln und das Stimmrecht auszuüben"[4]. Etwas unmissverständlicher wird der Rat der EU in den Medien oft mit Ministerrat bezeichnet. „Der Rat der EU spielt in allen drei Säulen der Europäischen Union die zentrale Rolle in der Rechtssetzung, (…)wobei er in der Ersten Säule auf die Initiative der Kommission und in der Regel auf die Mitwirkung des EP [Europäischen Parlaments, Anm.] angewiesen ist. Im Rahmen der Zweiten und Dritten Säule ist der Rat das einzig relevante Entscheidungsorgan." (Pollak/Slominski 2006, 75) Er ist also Teil der Legislative und beschließt zusammen mit

[4] Artikel 9c(2) des EU-Vertrags

dem Europäischen Parlament Gesetze. Im Vertrag von Lissabon heißt es dazu in Artikel 9c: „(…) der Rat wird gemeinsam mit dem Europäischen Parlament als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Zu seinen Aufgaben gehört die Festlegung der Politik und die Koordinierung nach Maßgabe der Verträge.“ Ein umstrittener Punkt in den Lissabonner Verhandlungen waren die Beschlussmodalitäten im Rat, bei dem bis jetzt mit qualifizierter Mehrheit beschlossen wurde. Ab 2014 sollte demnach jedoch „als qualifizierte Mehrheit eine Mehrheit von mindestens 55% der Mitglieder des Rates, gebildet aus mindestens 15 Mitgliedern“ gelten, aber nur, wenn von diesen „vertretenen Mitgliedsstaaten zusammen mindestens 65% der Bevölkerung der Union ausmachen.“ In Zahlen bedeutet dies, dass bei derzeit insgesamt 345 Stimmen im Ministerrat 255 Stimmen für eine qualifizierte Mehrheit erreicht werden müssen. Werden aber mit diesen 255 Stimmen nicht mehr als 62% der europäischen Gesamtbevölkerung vertreten, kommt auch kein Beschluss mit qualifizierter Mehrheit zustande. Diese 62% waren dann auch der ausschlaggebende Punkt für die Abstimmung gegen das Genmais-Importverbot, bei dem zwar die Stimmzahl erreicht werden konnte, nicht aber der nötige Anteil an der Vertretung der Gesamtbevölkerung. Der beträchtliche Verwaltungsaufwand des Rates kann jedoch nur in vielen und vielfältigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen vonstatten gehen, dessen Ergebnisse in den Sitzungen des Rates ohne weiteres verabschiedet werden. (vgl. Falkner 2006, 83)

1.1.2. Europäische Kommission

Das in den Medien wahrscheinlich am schärfsten kritisierte Organ der EU ist die Europäische Kommission. Einerseits kann es daher ruhen, dass die Kommission unabhängig von den nationalen Regierungen agiert, für die Umsetzung der Beschlüsse des Rates und des Parlaments zuständig und auch für die Ausarbeitung neuer Gesetzesentwürfe, die dann den jeweiligen Organen vorgelegt werden, verantwortlich ist. Andererseits steht jedem Ressort ein/e Kommissär/in vor, welche/r sich in der Öffentlichkeit auch für Entscheidungen zu verantworten hat. Dies bietet der öffentlichen, medialen Kritik natürlich eine bessere und angreifbare Projektionsfläche. Andererseits kann es auch auf die recht komplizierten Ernennungsbestimmungen zurückzuführen zu sein.
Durch das Zusammenspiel des Kommissionspräsidenten, der zuvor durch den Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit und mit Zustimmung des Parlaments gewählt wurde, und dem

Rat, durch Vorschläge der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament wird die Kommission gewählt. Bis Oktober 2014 soll laut dem Vertrag von Lissabon mit dem Präsidenten, dem neu geschaffenen Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (ein Vizepräsident der Kommission) die Kommission „aus je einem Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats(…)" bestehen. (Art 9d (4) und (5))[5]
Die Kommission „(…) ist die Exekutive, also das ausführende Organ der Union." (Filzmaier et al. 2006, 264) Bisweilen ist jedoch der Aufgabenbereich der Kommission weit gestreut und somit mit großem Verwaltungsaufwand verbunden. Der viel diskutierte „gewaltige Verwaltungs- und Bürokratieapparat" kann jedoch mit einer mittelgroßen deutschen Stadt verglichen werden (vgl. Falkner 2006, 83), was durch die Größe des Aufgabenbereichs und die Vielfalt der Politikfelder durchaus zu legitimieren ist.

1.1.3. Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament ist nun von den bisher vorgestellten Organen das einzig direkt demokratisch legitimierte Organ der Europäischen Union. Es bildet den zweiten Teil – neben dem Rat – der Legislative und besteht (derzeit) aus 785 Vertretern[6] aus den 27 Mitgliedsstaaten. Betrachtet man die Legislative der EU als Zwei-Kammern-System, stellt das Parlament die zweite Kammer dar. Die Herkunft der Mitglieder des Europäischen Parlaments ist zwar proportional zu den Bevölkerungszahlen in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die kleinere Staaten sind aber im Parlament überproportional vertreten.
In der medialen Debatte rund um das Genmais-Importverbot wird jedoch das Europäische Parlament kaum erwähnt, was den geringen Stellenwert dieser Institution unterstreichen mag.

Es wurden hier lediglich die drei bekanntesten Organe der Europäischen Union beschrieben, da diese auch im weiteren medialen Diskurs thematisiert werden. Der Vollständigkeit wegen sollen aber noch zwei weitere Organe kurz beschrieben werden: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) und der europäische Rechnungshof:

Der Europäische Gerichtshof stellt die Judikative Gewalt dar und ist sonst auch das höchste Kontrollorgan der Union. In Artikel 9f im Vertrag von Lissabon wird festgehalten: „Er [der

[5] Danach soll die Zahl der Kommissäre auf 2/3 der Zahl der Mitgliedsstaaten schrumpfen. Art 9d (4) und (5)
[6] Durch den Beitritt von Rumänien und Bulgarien wurde die Höchstzahl von 732 Mitgliedern für die Dauer bis zur nächsten Legislaturperiode (2009) überschritten.

EuGH, Anm.] sichert die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge.“ Er „entscheidet nach Maßgabe der Verträge

a) über Klagen eines Mitliedstaats, eines Organs oder natürlicher oder juristischer Personen;
b) im Wege der Vorabentscheidung auf Antrag der einzelstaatlichen Gerichte über die Auslegung des Unionsrechts oder über die Gültigkeit der Handlungen der Organe;
c) in allen anderen in den Verträgen vorgesehenen Fällen.“

Der Europäische Rechnungshof hingegen hat lediglich die Aufgabe der Kontrolle des Haushalts. Der Rechnungshof leitet seine (nicht bindenden) Feststellungen an die jeweiligen Institutionen weiter. (vgl. Filzmaier et al. 2006, 266)

1.2. Darstellung des Entscheidungsprozesses anhand des Verlaufs der Importverbots-Debatte

Bereits 1998 hatte die europäische Kommission „(…) das Inverkehrbringen der Maissorten MON810 und T25 für alle Verwendungszwecke (Einfuhr, Verarbeitung zu Lebens- und Futtermitteln sowie Anbau) genehmigt.“ (Rat der EU, Pressemitteilung 30.10.2007, 8) Mehr als ein Jahr später, im Juni 1999 gab Österreich bekannt, besagte Sorten vorübergehend zu verbieten. Die Kommission forderte darauf eine Begründung Österreichs zum Verbot, welche auch vorgebracht wurde. Die Kommission leitete die Begründung weiter an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zur Begutachtung, welche fünf Jahre nach der Bekanntgabe Österreichs zu dem Schluss kam, dass keine neuen Erkenntnisse aus dem Bericht gewonnen werden konnten, die ein Verbot der Genmaissorten legitimieren. Die Kommission legte dem Ministerrat also aufgrund dieser Erkenntnisse „(…) Vorschläge für Entscheidungen vor, in denen Österreich aufgefordert wird, seine vorübergehenden Schutzmaßnahmen aufzuheben.“ (Rat der EU, Pressemitteilung 30.10.2007, 8) Diese wurden aber vom Rat im Juni 2005 mit einer qualifizierten Mehrheit abgewiesen mit der Forderung, neue Erkenntnisse vorzulegen. Noch heute sind von dieser Entscheidung auf der Internetseite des Landwirtschaftministeriums zwei Berichte zu finden, worin der Landwirtschaftsminister zitiert wird mit den Worten: „Wir haben die nötige Mehrheit an Mitgliedsstaaten hinter uns

vereint und damit den Antrag der Kommission zur Aufhebung unsere Import- und Anbauverbote abschmettern können."(Lebensministerium, 18.11.2005)[7]

Daraufhin wurde die EFSA wiederum konsultiert mit dem neuerlichen Ergebnis, dass es für Österreich keinen ersichtlichen Grund – weder die Gefährdung von Mensch oder Tier, noch der Umwelt – gebe, die beiden Genmais-Sorten nicht zuzulassen. Am 18. Dezember 2006 entschied sich der Umweltministerrat erneut gegen den Vorschläge der Kommission, „die sich lediglich auf die Umweltaspekte der Schutzmaßnahmen, nämlich den Anbau, beziehen." (Rat der EU, Pressemitteilung 30.10.2007, Seite 9) Minister Pröll wird wieder zitiert: „Damit ist der österreichische Weg einer gentechnikfreien Landwirtschaft langfristig abgesichert. Damit können wir in die Zukunft segeln."(Lebensministerium, 19.12.2006)[8]

Daraufhin gelangte die EFSA aber wiederum zum Schluss, „es sei unwahrscheinlich, dass sich diese Produkte [MON810 und T25, Anm.] nachteilig auf die Gesundheit von Mensch und Tier auswirken." Die Kommission änderte darauf ihre Vorschläge ab und es wurden „lediglich die Lebens- und Futtermittelaspekte des österreichischen Verbots berücksichtigt (…)". (Rat der EU, Pressemitteilung 30.10.2007, 9)

Somit war der Rat am 30.10.2007 erneut dazu aufgefordert, die österreichischen Schutzmaßnahmen gegen o.a. Maissorten zumindest teilweise aufzuheben. Aus der Mitteilung ist zu entnehmen: „Im Anschluss an eine Tischumfrage wurde festgestellt, dass die für eine Annahe oder Ablehnung der Vorschläge erforderliche qualifizierte Mehrheit nicht erreicht wurde. Es ist somit Sache der Kommission, über die vorgeschlagenen Entscheidungen zu befinden."

Die qualifizierte Mehrheit ergab sich aus den Abstimmungsmodalitäten. Denn obwohl im Umweltministerrat die Mitglieder von 15 Staaten sich für ein Verbot aussprachen, wurde mit einer qualifizierten Mehrheit gegen das Verbot votiert. Als Folge darauf konnte die Kommission am 7. Mai 2008 das österreichische Importverbot für die Maissorten MON810 und T25 aufheben und die österreichischen Bedenken als unberechtigt bezeichnen. Darüber hinaus verstoße das Verbot gegen Grundsätze der WTO. Eine Aufrechterhaltung des Anbauverbots der genannten Maissorten wird aber laut Minister Pröll bestehen bleiben (vgl. Die Presse, 08.06. 2008)[9]

[7] http://www.lebensministerium.at/article/articleview/34260/1/8149
[8] http://www.lebensministerium.at/article/articleview/53473/1/4958
[9] Die Presse. Online Ausgabe. http://diepresse.com/home/politik/eu/382265/index.do?from=suche.intern.portal [15.06.2008]

2. Gegenstand der Importverbots-Debatte

Weitere Vorarbeit zur theoretischen Abhandlung soll dieses Kapitel leisten. Hier soll der Gegenstand der politischen Debatte genauer beschrieben werden. Zuerst wird daher explizit beschrieben, worum es sich bei „Genmais" im eigentlichen Sinn handelt. In einem zweiten Schritt wird versucht, jene kognitiven Schemata zu beschreiben, welche sich um das Thema „Gentechnik" bilden, da diese Schemata auch von zentraler Bedeutung für einen Attributionsprozess sind (siehe Kap. 3.2.2.2. über das Konfigurationsprinzip). Durch diese Darstellung soll aber auch vermieden werden, nicht selbst auch in eine Falle aus Widersprüchen und Missverständlichkeiten zu tappen. Vor dem Hintergrund dieser Darstellung sollen jedoch auch allgemeine Attributionsfehler erkennbar gemacht werden können.

2.1. Genmais

In den Medien wird meist der Begriff Genmais verwendet, der synonym für transgenen oder gentechnisch veränderten Mais steht. An dieser Stelle sollen in einem kurzen Exkurs die zentralen Merkmale und Unterschiede der zur Diskussion stehenden, gentechnisch veränderten Maispflanzen beschrieben werden.

Prinzipiell werden transgene Techniken dazu eingesetzt, um Herbizid- und Insekten-Resistenz herbeizuführen. Schon früh fand in der Transformationstechnik die Entwicklung von Herbizid-Resistenz statt. Genauer wurden die Glyphosat- und die Glufosinat-Toleranz entwickelt. (vgl. Reiner 2006, 126) Die zur Diskussion stehende Maissorte T25 der Firma „Bayer CropScience" wird im Gemeinschaftsregister der gentechnisch veränderten Nahrungs- und Futtermittel der europäischen Kommission als „Genetically modified maize that contains: pat gene inserted to confer tolerance to the herbicide glufosinate-ammonium". (European Commission – Food Safety, 2007) angeführt. Schon 1988 ist es gelungen, „das pat-Gen aus Bakterien zu isolieren und in Pflanzen auf gentechnischem Wege zu übertragen. Diese Pflanzen sind jetzt auch in der Lage, den herbiziden Wirkstoff Phosphinotricin (Glufosinat) abzubauen, d.h. sie zeigen Herbizidtoleranz." (Biologische Sicherheitsforschung in Deutschland, BMBF, o.A.)[10]

[10] http://www.biosicherheit.de/de/lexikon/ [18.05.2008]

Im Gegensatz dazu ist die zweite diskutierte, Insekten resistente Sorte MON810 der Firma „Monsanto“ laut dem Gemeinschaftsregister genetisch veränderter Mais, „(…) that contains: cry1A (b)(…) gene inserted to confere resistance to lepidopteran pests.“ (European Commission – Food Safety, 2007)[11] Es handelt sich hier um sogenannten Bt-Mais, in den ein Gen eines bestimmten Bakteriums eingeschleust wurde, das speziell gegen Lepidopteren (Schmetterlinge) wirkt und gegen den wichtigsten Maisschädling, den Maiszünsler, resistent sein soll. (vgl. Reiner 2006, 126)

Bspw. in der Kurier Ausgabe vom Samstag, dem 25. Juni 2005 wird auch noch eine dritte Sorte angeführt, nämlich die Maissorte Bt176 der Firma Syngenta, doch scheint die Sorte laut Gemeinschaftsregister seit April 2007 aus dem Markt ausgeschieden zu sein.

2.2. Gentechnik

Zuvor wurde ausführlich beschrieben, was der sog. „Genmais“ im Speziellen ist. Der Begriff der Gentechnik scheint im öffentlichen Kontext durchaus negativ konnotiert zu sein. Dabei schwingt auch eine Verbindung von „Genmanipulation“ mit. Und eine Manipulation wird in den seltensten Fällen mit etwas Positivem in Verbindung gebracht. Wird jedoch der Begriff umdefiniert und um den optimistischen Präfix „Bio-„ ersetzt, scheint ein durchaus positiveres Image davon auszugehen. „Wie von zahllosen Umfragen bestätigt, besitzt „Biotechnologie“ auch ein besseres Image als ‚Gentechnologie’. ‚Biotechnologie’ wird durchwegs positiver beurteilt als ‚Gentechnologie’.“ (Seifert 2002, 22)

Franz Seifert liefert in seinem Buch über Gentechnik, Öffentlichkeit und Demokratie einen interessanten Beitrag zu den Erwartungshaltungen an Gentechnik. „Ob mutmaßliche Gefahrenquelle oder Hoffnungsträger, ihre Bedeutung erhält die Gentechnik aus den in sie gesetzten *Erwartungen*. Diese Erwartungen machen sie zum Streitobjekt. Das ist eine weitere besondere Eigenschaft des Konflikts.“ (Seifert 2002, 23) Ob nun bei dem Gegenstand nun von „Gentechnik“ oder von „Biotechnologie“ die Rede ist, so stehen dennoch in der Diskussion die Erwartungshaltung und die Einstellung zur Funktion einer solchen Technologie im Vordergrund. Der Zentrale Streitpunkt liegt in dem Widerspruch von „Verfügbarmachen des Lebens“ oder ob „der Mensch Gott spielt“. (vgl. ebd.) Seifert spricht dabei vom „Geschichtenerzählen“(vgl. Seifert 2002, 24) als Entstehung von Mythen rund um

[11] http://ec.europa.eu/food/dyna/gm_register/index_en.cfm

die öffentliche Diskussion um Gentechnik und die öffentlichen Erwartungshaltungen. Es ist empirisch schwer nachzuweisen und doch eine Überlegung wert, welche Bilder von Gentechnologie in der Öffentlichkeit vorhanden sind und wie diese mit in politische Betrachtungsweisen mit einfließen.

Gegensätze in die Erwartungshaltungen von Gentechnik lassen sich am Bild von zwei scheinbar konträren Logiken aufzeigen: die wirtschaftlichen Interessen von Optionalisierung und religiös-ethische Weltanschauungen. Zwar sollten Erklärungen von Gentechnik von der Wissenschaft erklärt werden, doch ist es möglich, dass „popkulturelle Erscheinungsbilder“ (Seifert 2002, 24) aus Science-Fiction Filmen in kognitive Schemata eindringen. Erklärungsversuche über Gentechnik können nur abstrakt gegeben werden und schüren Spekulationen und Befürchtungen. „Die Rekonstruktion medialer, politischer und wissenschaftlicher Vorgänge als Geschichtenerzählen [von Gentechnik, Anm.], geht davon aus, das sich kollektive Handlungsfähigkeiten über die Erzeugung von Sinn einstellt. Geschichten liefern kein Spiegelbild der Wirklichkeit, schaffen aber Modelle derselben und damit die Voraussetzung für kollektives Handeln.“ (Seifert 2002, 25 f.) Es ist also auch die Vieldeutigkeit einer Debatte rund um Gentechnik, welche diesen Gegenstand zu einer interpretativen Herangehensweise führen. In diesem Sinne bietet eine Erklärung über die genaue Beschaffenheit der beiden gentechnisch veränderten Maissorten lediglich einen Versuch, genauere Argumente darüber zu liefern, sie kann jedoch nicht auf die Interpretationsmöglichkeiten der Auswirkungen eingreifen, da hier auch von wissenschaftlicher Seite keine eindeutigen und einheitlich gesicherten Argumente gebracht wurden. Von besonderem Interesse ist jedoch die Frage, welche Bedeutung die interpretativen Herangehensweisen auf die kognitiven Schemata haben. Dieses Kapitel findet sozusagen seine Fortsetzung in der Beschreibung von Forschungsansätzen der Attributionsforschung, genauer im Konfigurationsprinzip (Kap. 3.2.2.2.), da hier die Bedeutung von kognitiven Schemata für den Attributionsprozess deutlich gemacht wird. Doch zuvor soll es zu einer Annäherung der Begrifflichkeiten Verantwortung und Attribution kommen, welche den Hintergrund dieser Arbeit bilden und in der empirischen Analyse der Genmais-Debatte zum Vorschein treten sollen.

3. Verantwortung und Attribution

In einer theoretischen Annäherung zur Attribution von Verantwortung soll vorerst eine Trennung beider Begrifflichkeiten stattfinden, um eine für diese Arbeit geeignete Definition zu finden. Zuerst soll eine geeignete Beschreibung des Verantwortungsbegriffs gefunden werden, welcher für sozialwissenschaftliche Belange ziemlich ungenau und diffus wirken kann, da in diesem Zusammenhang immer wieder von einem Wertesystem die Rede sein wird, welches empirisch schwer zu belegen ist. Ausgehend jedoch von der Verantwortung soll auf die Begrifflichkeit der Attribution eingegangen und der Gegenstand der Attributionsforschung an ausgewählten Beispielen dargestellt werden. In diesem Teil der Arbeit kommt auch die Vorarbeit über die Europäische Union und über Genmais zur Geltung, da an mehreren Stellen die Begrifflichkeiten mit dem Untersuchungsthema in Verbindung gebracht werden.

3.1. Verantwortung

In der vorliegenden Arbeit soll die Attribution von Verantwortung eingehend diskutiert werden. Daher ist es wichtig, sich auch dem Begriff der Verantwortung im eigentlichen Sinn zu nähern, um das Problem auch erfassen zu können.

Der Begriff der Verantwortung findet sich in der Literatur im philosophischen Kontext im Bezug auf Ethik wieder. Ursprünglich entstammt der Begriff der Rechtslehre, der für eine Antwort auf einen Vorwurf oder eine Klage steht. (vgl. Mittelstraß 1996, 499) Vorerst stand lediglich ein einfaches Modell von Handeln zur Verfügung, in dem ein Subjekt auf ein Objekt kausal einwirkt und damit einen Effekt erzeugt. Ein Subjekt konnte nach Kant nur zur Verantwortung gezogen werden, wenn es über den Handlungsspielraum Bescheid wusste und bewusst handelte. Erst unter Kant wurde ein neuer Terminus eingeführt, nämlich die Person, die als alleiniges Subjekt für ihr Handeln mündig sei. (vgl. Bayertz 1999, 1683)

In der Rechtswissenschaft ergaben sich dann jedoch im Zuge der Industrialisierung Probleme mit der Zuschreibung von Verantwortung. Aufgrund der technischen Risiken wurde ein Prinzip der Gefährdungshaftung eingeführt. (vgl. Bayertz 1999: 1684) Bayertz liefert hierzu auch das extreme Beispiel vom Atombombenabwurf von Hiroschima, wo nicht ein

Individuum auf ein Objekt einwirkte, sondern verschiedene Zwischenmitglieder am Effekt mit einwirkten.

Verantwortung wurde erst im 20. Jahrhundert zu einem Schlüsselbegriff der Moralphilosophie. Max Weber konstatierte 1919, dass „alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann <gesinnungsethisch> oder <verantwortungsethisch> orientiert sein." (Bayertz 1999, 1684) Damit soll gemeint sein, dass gesinnungsethisch orientiert Handelnde lediglich der Pflicht folgen, ohne über ihre Konsequenzen nachzudenken, währenddessen verantwortungsethisch orientiert Handelnde Personen sich sehr wohl nach den Folgen ihres Handelns richten.

Woraus setzt sich nun aber Verantwortung zusammen? Hierfür wird zwischen einem deskriptiven, handlungstheoretischen Teil, welcher das Grundverhältnis zwischen Subjekt und Objekt und die kausale Einwirkung von Ersterem bezeichnet und einem normativen Teil, welcher „(…)Bewertungskriterien für das Handeln und seine Folgen bereitstellt" unterschieden. (Bayertz 1999, 1684) Dabei werden mindestens vier Elemente und deren Relationen betrachtet: „Ein *Subjekt* ist für ein *Objekt* vor einer *Instanz* in Bezug auf ein *Wertsystem* ‚verantwortlich'."(Bayertz, ebd.)

Ein Subjekt ist in diesem Sinne nicht nur eine Person, sondern es kann auch ein organisiertes Kollektiv darstellen. Kompliziert wird es auch dann, wenn man es bspw. mit nicht organisierten, latenten oder zufälligen Gruppen zu tun hat, welche keine gemeinsamen Ziele und Normen haben. (vgl. Bayertz 1999, 1684) Geißler unterscheidet kategorial unter drei Subjekten der Verantwortung, „nämlich das Einzelsubjekt, die Gruppe bzw. Institution und die Gesellschaft. Voraussetzung ist dabei die Freiheit des Subjekts, zwischen Alternativen entscheiden zu können" (Geißler 2003, 335) An diese Stelle tritt aber eine weitere Unterscheidung hervor, die in diesem Kontext getroffen werden muss, nämlich wenn man nach der Zuständigkeit fragt. Hier wird zwischen *indirekter* und *partieller* Zuständigkeit von Verantwortung unterschieden. (vgl. Mittelstraß 1996, 499f.) Indirekte Zuständigkeit ist in diesem Sinne so zu verstehen, dass eine Person „nicht nur für das eigene Handeln (und dessen Wirkungen) zuständig ist, sondern auch für das Handeln anderer, die in einem institutionellen Zusammenhang handeln, für den die Person insgesamt die leitende Funktion übernommen hat." (Mittelstraß 1996, 499f.)

Dagegen beschreibt die partielle Zuständigkeit von Verantwortung jene Situation, wenn eine Person in einem größeren, komplexeren Gefüge lediglich mitgewirkt hat und auch die Gesamtauswirkung der Handlung nicht bestimmt. (vgl. Mittelstraß 1996, 500)

Als zweites Element wird das Objekt beschrieben: „Objekt ist ein Handeln in seinen Wirkungen betrachtet." (Mittelstraß 1996: 500) In der Moralphilosophie wird im Hinblick auf das Objekt zwischen einem Schuldbegriff und einem Pflichtbegriff unterschieden. Die Zuschreibung von Schuld erfolgt im Nachhinein (retrospektiv), jene von Pflicht im Vorhinein (prosektiv) und beide werden in Verbindung mit den Folgen gestellt. (vgl. Bayertz 1999, 1686) Diese Unterscheidung lässt sich an realpolitischen Beispielen sehr gut darstellen. Etwa findet sich der Terminus „Verantwortung" (auch in Verbindung, etwa wie „Ausgabenverantwortung" oder „verantwortungsvoll") im SPÖ/ÖVP Regierungsprogramm für die 23. Gesetzgebungsperiode vierzehn Mal wieder.[12] Im Unterschied dazu wird bei politischen Fehlleistungen den jeweiligen Akteuren gerne unverantwortungsvolles Handeln zugeschrieben. So wie das Subjekt in drei Kategorien beschrieben wird, so steht es auch einem sechsfachen Objekt gegenüber. (vlg. Geißler 2003, 335) Eine sechsfache Aufgliederung des Objekts beinhaltet nämlich nicht nur das Gegenüber von anderen[13], also nicht nur die Verpflichtung, sondern auch die Selbstverpflichtung sich selbst gegenüber.

Die Instanz als weiteres Element wird hier im Zusammenhang mit dem Objekt genannt. Erst durch die Wirkung des Handelns vom Objekt folgt eine Rechtfertigung einer anderen, von der handelnden Peron (Subjekt) unabhängigen Instanz. (vgl. Mittelstraß 1996: 500) Es muss also erst etwas geschehen, soll die Handlung argumentiert werden. An diesem Punkt knüpft auch die Ethik an, nämlich mit der Frage, welcher Instanz man Rechtfertigung schuldet. Wenn Micha H. Werner meint, dass Verantwortung auf die Praxis des „Für-etwas-Rede-und-Antwort-Stehens" (Werner 2002, 501) verweist, so muss man sich die Frage stellen, wem gegenüber für etwas Rede und Antwort gestanden werden muss. Über diese Fragestellung kommt man auch zum wohl schwierigsten Element in dieser Differenzierung, nämlich dem Normen- und Wertesystem. Denn hier erweitert sich die Frage nicht nur um das „wem" gegenüber Verantwortung zuteil werden soll, sondern beleuchtet auch das „warum". Erst dadurch gewinnen die Folgeerscheinungen (bspw. Attribution) an Bedeutung, da – vorerst neutral – sie „(…)ihre moralische Dimension erst durch einen Akt der Bewertung

[12] Vgl. ÖVP: Regierungsprogramm. http://www.oevp.at/download/Regierungsprogramm_2007-2010.pdf 14.05.08
Nicht nur in Politik, auch in der Wirtschaft findet man oft Ausdrücke prospektiver Eigenverantwortung, wie sich z.B. die Telekom Austria ihrer „wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung gegenüber unseren MitarbeiterInnen, unseren Kunden und der Gesellschaft bewußt" sind. (Telekom Austria, 2008. http://www.telekomaustria.com/verantwortung/verantwortung.php).

[13] Das Objekt wird aufgegliedert in Verpflichtungen gegenüber anderen (1), der sprachunfähigen Natur (2), geistigen Ansprüchen (3), „Potentialen der Gegenwart und ihrer Entfaltung in der Zukunft" (4), gegenüber der Wahrnehmung der Verantwortung hinsichtlich den ersten vier Dimensionen (5) und schließlich der Selbstverantwortung , also jene, gegenüber sich selbst. (Geißler 2003, 335).

(…)“(Bayertz 1999, 1685) erlangen. Gott als Instanz ist in der modernen Welt in vielerlei Hinsicht nicht mehr die höchste Instanz. Auch bleibt die Frage nicht erspart, ob es heute noch ein einheitliches Normen- und Wertesysteme gibt.

„Verantwortung wird, wie man weiß, oft missbraucht, kann man sie ablehnen, von sich weisen, anderen aufbürden (…)“. (Mieg 1994, 11)

Harald A. Mieg unterscheidet wenigstens drei verschiedene Sinnrichtungen im Gebrauch mit Verantwortung: Schuld(Verantwortlichkeit), Fürsorge (Verantwortung) und Legitimation. (vgl. Mieg 1994, 11)
In der psychologischen Diskussion wird der Begriff der Verantwortung oft meist als „beabsichtigtes moralisches Handeln“ (Mieg 1994, 30) definiert. Explizit wird in der psychologischen Verantwortungsforschung zwischen den Ebenen „Individuum, Interaktion und soziales System (…)“ unterschieden, welche den „(…) grundlegenden sozialen Einheiten in der Gesellschaft, nämlich Einzelperson, Dyaden respektive Gruppen und größeren systemischen Entitäten wie Netzwerken, Arbeitsorganisationen oder Kulturkreisen(…)“ entsprechen. (Auhagen 1999, 23)
In seinem Buch „Verantwortung. Moralische Motivation und die Bewältigung sozialer Komplexität“ stellt Harald A. Mieg die Hypothese auf, dass mit einer Verallgemeinerung der Situationsinterpretation, d.h. wenn im Luhmann’schen Sinn die Komplexität der Situationsinterpretation zunimmt, auch die Verantwortung zunimmt. (vgl. Mieg 1994, 83) In diesem Sinne ist das Ziel von Verantwortung „(…) die Steigerung von Funktionalität und Effizienz sowie von Humanität.“ (Geißler 2003, 335) Das Ziel der Zunahme an Humanität stellt aber auch die Selbstverpflichtung dar, die es gilt von Organisationen, aber auch von politischen Positionen wahrzunehmen. In Anlehnung an Geißler wird hier das große Defizit von Organisationen, diese Selbstverantwortung wahrzunehmen (vgl. Geißler 2003, 341), auch auf die Politik übertragen. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass Verantwortung nicht direkt beobachtbar ist, es sich demnach um ein Konstrukt handelt, das nur indirekt ausgelegt werden kann. (vgl. Auhagen 1999, 23 f.)
Verantwortung ist abhängig von der jeweiligen Perspektive, ist also nach diesem Verständnis *„eine Funktion sozialer Reflexion*“. (Mieg 1994, 153 [Kursivschrift übernommen]) Verantwortung muss von zwei Seiten betrachtet werden. Einerseits steht sie in Abhängigkeit zur Komplexität der Situation des jeweils Handelnden. Auf der anderen Seite stehen

moralisch relevante Perspektiven als Ausdruck von Selbstbestimmung und Anerkennung von anderen sozialen Gegebenheiten. (vgl. Mieg 1994, 153 f.)
„Wir können Verantwortung als eine Leistung auffassen, die der elterlichen Fürsorge für das Kind und der Entscheidung des Politikers in Vertretung für Staat und Bürger gemeinsam ist. Diese Leistung besteht, kurz gefasst, in der „Bindung" von Ungewissheit bzw. Schadensrisiko." (Mieg 1994: 153)

Dies würde bedeuten, dass Verantwortung einen funktionalen Anspruch erhebt und obwohl sie als soziales Konstrukt existiert, dennoch einen realen Bezugspunkt einnimmt.[14]
Man hat allein an diesen Beispielen gesehen, dass der Begriff der Verantwortung einhergeht mit der Attribution derselben. Im folgenden Abschnitt kommt es daher zu einer Klärung des Begriffs Durch die Darstellung verschiedene Ansätze aus der Sozialpsychologie sollen auch Bemühungen der Forschung aufgezeigt werden, welche einen Beitrag für kommunikationswissenschaftliche Belange leisten können.

3.2. Attribution

Der Duden definiert Attribution (abgeleitet vom lateinischen attributio) als „die Verleihung von Rechten und Bevollmächtigung". (Duden 2003, 159) Abgeleitet vom lateinischen Wort *attribuere* (zuteilen) wird es dem allgemeinen Verständnis nach als die Zuschreibung von Ursachen verwendet und oftmals mit Kausalattribution synonym verwendet. (vgl. Alexandrovicz 2006, 3)
„Attributionen sind Meinungen oder Überzeugungen über die Ursachen von Handlungen, Ereignissen und Sachverhalten". (Alexandrovicz 2006, ebd.)
Der wissenschaftliche Zugang zum Attributionsbegriff soll kurz auf die Genese des Attributionsmodells eingehen, um danach eine Verbindung zum Verantwortungsbegriff zu schaffen.

[14] Obwohl hier zwei wissenschaftstheoretische Sichtweisen zum Vorschein kommen - positivistische und konstruktivistische Ansichten - wird in der Diskussion, ob Verantwortung real oder konstruiert ist, keine klare Stellung eingenommen. (vgl. Auhagen 1999, 24)

3.2.1. Heiders Balancemodell

Den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen von Attribution geht die Forschung Fritz Heiders voraus, der „den Begriff ‚Attribution' als Wahrnehmung von Kausalbeziehungen definierte."(Adler 1982, 1)

„Heiders Balancemodell entstand aus seinem Interesse an der Kausalattribution, d.h. der Bildung von kausalen Einheiten. Er beschäftigte sich zunächst mit der Frage, inwieweit eine Handlung oder ein Geschehnis zu einer Person oder Objekt attribuiert werden kann." (Banner 1980, 25)

Die dahingehende Forschung beschäftigt sich mit der Frage, „wie das Individuum zu einer Erklärung eigenen und fremden Verhaltens gelangt" (Adler 1982, 6) Heider geht dabei von „naiven psychologischen Annahmen" aus, das heißt, dass dabei Kausalwahrnehmungen aus dem täglichen Leben betrachtet werden. Fahl-Spiewack konstatiert dazu:

„Kausalattribution habe letztlich überhaupt das Ziel, durch ‚naive Handlungsanalyse' zu Vorhersagbarkeit und Kontrollierbarkeit bzw. Schuld- und Verantwortlichkeitszuschreibung zu kommen (…)." (Fahl-Spiewack 1982, 72)

Im Blick auf die Attribution wird also nicht nur auf die Information der Aussage geachtet, sondern vor allem werden von den „Informationen, die in den Reaktionen enthalten sind" auf diejenigen Informationen geschlossen, welche diese Reaktionen hervorgerufen haben. (vgl. Adler 1982, 6)

Hans-Werner Bierhoff (2000, 239) drückt es vereinfacht aus indem er meint: *„Generell kann man zwischen den Ursachen und den Folgen der Attribution unterscheiden."*

In ein Schema gebracht, kann man zwei Seiten des Attributionsfeldes erkennen, nämlich Attributionstheorien, die „nach dem Zusammenhang zwischen antezedenten Bedingungen (Welche Information liegt vor? Welche Meinungen hat der Beurteiler? Wie ist der Beurteiler motiviert?) und wahrgenommenen Ursachen" fragen und „attributionale Theorien", die „sich mit den Auswirkungen von Attributionen auf Verhalten, Gefühle und Erwartungen" befassen. (Bierhoff 2000, 239)

Unterschieden wurde hierbei vorerst zwischen Personen- und Situationsattribution. Heider gliedert diese Ursachen weiter: Ursachen durch Personen werden zwischen „Fähigkeit und Anstrengung", jene, die sich in der Situation befinden, zwischen „Schwierigkeitsgrad und Zufall" unterschieden. (Adler 1982, 7). Im Kern sämtlicher theoretischer Konzepte zur Attribution stehen also die Verarbeitung von Information und die daraus resultierende Zuschreibung.

3.2.2. Attributionstheorie nach Kelley

Durch die Unterschiedlichkeit der zur Verfügung stehenden Informationen ging der Sozialpsychologe Harold Kelly drei Prinzipien der Informationsverarbeitung nach: Das Kovariationsprinzip, Kausale Schemata und das Abschwächungsprinzip.
Während das Kovariationsprinzip von Mehrfachinformation und das Abschwächungsprinzip von lediglich Einmalbeobachtungen ausgeht, werden Kausale Schemata angewendet, „(…)wenn unvollständige Information ergänzt werden muss, oder wenn konkrete Annahmen über einen Zusammenhang zwischen bestimmten Ereignissen und bestimmten Ursachen bestehen." (Adler 1982, 10) An dieser Stelle sollen zwei Prinzipien, nämlich dem Kovariationsprinzip und den Kognitiven Schemata besondere Augenmerke zukommen.

3.2.2.1. Das Kovariationsprinzip

Dieses von Kelley definierte Modell ist auch als „ANOVA-Modell der Attribution (ANOVA steht für analysis of variance)" bekannt, das durch seine drei Dimensionen auch als Würfel (Kelley-Würfel) dargestellt werden kann. (Bierhoff 2000, 246) Zwischen der Ursache und dem Effekt – also der Attribution – benötigt der Beobachter Information, um die Kovariation dieser Komponenten feststellen zu können. Dabei werden drei Informationsarten unterschieden: Konsensus-Information, Distinktheitinformation und Konsistenzinformation. (vgl. Fahl-Spiewack 1982, 117 f. ; Adler 1982, 11)

Abb1.: Die drei Dimensionen des Kelley-Würfels

Konsensus-Information ist jene Information, welche etwas über die Reaktion anderer Personen gegenüber einem bestimmten Stimulus aussagt. (vgl. Adler 1982, 11) Der Beobachter kommt also zu dieser Konsensus-Information, „indem er das Verhalten einer beobachteten Person A ins Verhältnis zum Verhalten anderer Personen setzt" (Fahl-Spiewack. 1995, 118) Wenn sich also unterschiedliche Personen zu einem Sachverhalt ähnlich verhalten, wird von einem hohen Konsensus gesprochen.

Dagegen sagt die *Distinktheitsinformation* etwas über die „Auftrittshäufigkeit einer bestimmten Reaktion gegenüber anderen Stimuli aus." (Adler 1982, 11)
Wenn sich also eine Person in unterschiedlichen Tatbeständen immer in gleicher Weise verhält, liegt eine geringe Distinktheit vor. Umgekehrt ist die Distinktheit hoch, wenn sich die Person nur zu einem bestimmten Tatbestand in einer gewissen Art verhält, in anderen jedoch nicht.
Die dritte definierte Informationsart als „dritte Dimension" (Fahl-Spiewack 1995, 118) ist jene der *Konsistenzinformation*. Sie beschreibt die Häufigkeit einer bestimmten Reaktion zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unterschiedlichen Situationen gegenüber einem bestimmten Stimulus. Sie ist daher dann hoch, wenn sich eine Person zu einem bestimmten Stimulus sehr oft und in gleicher Weise verhält.
„Grundlage des attributionalen Prozesses, entsprechend dem Kovariationsprinzip, sind – wie gesagt – Daten mehrfacher Handlungs- bzw. Ereignisbeobachtungen, die unter Bezug auf die drei angeführten Informationsdimensionen eine Zuschreibung zur Person, zur Situation oder zu den besonderen Umständen als Kausalerklärungen von Handlungen bzw. Ereignissen zulassen." (Fahl-Spiewack 1995, 119)
Kelley fasst also die vier Komponenten der Personen und Situationsattribution (Fähigkeit, Anstrengung, Schwierigkeitsgrad und Zufall) innerhalb des Kovariationsprinzips zusammen und ergänzt diese wiederum um jenes der Umstände, welche die zeitliche Dimension des Attributionsprozesses berücksichtigen sollte. Kelley generierte aus den unterschiedlichen Arten von Information drei Hypothesen, auf welche Komponente ein Ereignis zugeschrieben wird.

Tabelle 1: Kelley's Hypothesen (vgl. Adler 1982, 12)

	Stimulus	**Person**	**Umstände**
Konsensus	High	Low	Low
Distinktheit	High	Low	High
Konsistenz	High	High	Low

Bspw. ergeben hoher Konsensus, hohe Distinktheit und hohe Konsistenz eine Zuschreibung zum Stimulus. Geringer Konsensus und geringe Distinktheit, jedoch hohe Konsistenz erzeugen wiederum eine Zuschreibung der Person. Wird ein Ereignis den Umständen zugeschrieben, ist sowohl Konsensus und Konsistenz gering, jedoch die Distinktheit hoch.

„Das Kovariationsprinzip […] besagt, dass ein Ereignis oder eine Handlung auf diejenige der möglichen Ursachen zurückgeführt wird, mit der es über die Zeit kovariiert." (Alexandrovicz 2006, 14)

So gründlich der Attributionsprozess im Kovariationsprinzip von Kelley dargestellt wird, so wird jedoch außer Acht gelassen, dass in alltäglichen Situationen der Prozess nicht andauernd stattfinden kann, da bspw. oft Informationsmangel herrscht oder gar die Zeit dazu fehlt. Auch wird der individuelle und persönliche Interpretationsspielraum weitestgehend außer Acht gelassen. Weiters ist dieses Prinzip *„als Grundlage der kausalen Schlussfolgerungen nur bedingt geeignet […], da Korrelation nicht notwendig auch Kausalität bedeutet"*. (Alexandrovicz 2006, 16)

Es wurde aber auch schon im Vorhinein festhalten, dass es auch nur eingesetzt werden kann, wenn über das beobachtete Ereignis hinaus auch noch Konsensus-, Distinktheit- und Konsistenzinformationen bereit stehen. (vgl. Alexandrovicz 2006, 14) Daher ging Kelley noch einen Schritt weiter und stellte die Überlegung an, dass Menschen zur Abkürzung dieses Prozesses auf kausale Schemata zurückgreifen. (vgl. Adler 1982, 12)

3.2.2.2. Das Konfigurationsprinzip

„Das Konfigurationsprinzip wird von Kelley zum Kovariationsprinzip in ein komplementäres Verhältnis gestellt. […] Derartige attributionalen Prozessen liege ein System ‚kausaler Schemata' zugrunde, die als Resultat der Verarbeitung vorausgehender ‚ähnlicher' Situationen und Sachverhalte theoretischen bzw. theorieähnlichen Charakter hätten." (Fahl-Spiewack 1995, 121 f.)

So werden grundsätzlich zwei Arten von kausalen Schemata beschrieben, nämlich solchen, die angewendet werden, wenn Information ergänzt werden soll und solchen, die bei konkreten Annahmen über einen schon bestehenden Zusammenhang zum Einsatz kommen. Diese schließen sich jedoch wiederum nicht vollständig aus, da bspw. durch konkrete Annahmen von Zusammenhängen Informationen durch Interpretationen von Information ergänzt werden.

So wurden die oben angeführten Zusammenhänge zwischen den Informationsarten und Attribution herangenommen und sog. „Ergänzungsschemata" erstellt (vgl. Adler 1982, 14) Adler erwähnt dabei Orvis et al. (1975), welche der Hypothese nachgingen, dass bei Teilinformationen diese Schemata herangezogen werden und mit dem ähnlichsten Muster interpretiert werden. D.h. im Fall, dass lediglich hohe Konsensusinformation, jedoch keine

Distinktheit- oder Konsistenzinformation vorliegt, es zu einer Stimulusattribution führt. Besteht in einem anderen Fall lediglich niedrige Konsistenzinformation und keine Konsensus- oder Distinktheit-Information, führt dies wiederum zur Umständeattribution, da dieses Detail nur zu einem Muster passt. (Adler 1982, 14 f.) Als veranschaulichendes Beispiel führt Adler die Arbeit von Kun und Weiner an, die *„zeigten, dass Erfolg bei leichten Aufgaben (alltägliches Ereignis) auf Begabung* oder *Anstrengung, Erfolg bei schwierigen Aufgaben (außergewöhnliches Ereignis) auf Begabung* und *Anstrengung zurückgeführt wird.“* (Adler 1982, 17)

3.2.2.3. Attributionsfehler

Bald musste man erkennen, dass Menschen nicht immer nach den logischen Mustern denken, wie in den Attributionstheorien angenommen und Attributionsfehler mussten definiert werden. „Obwohl die Attributionstheoretiker den Menschen grundsätzlich als rationales Wesen betrachten, wird bereits von Heider (1958) auf möglich irrationale Aspekte im Attributionsprozess hingewiesen.“ (Adler 1982, 26) Alexandrovicz teilt diese nach Häcker, (2004) in vier Gruppen von Attributionsfehlern, „die in den subjektiven Erklärungsversuchen gemacht werden“. (Alexandrovicz 2006, 21)

Fundamentale Attributionsfehler beschreiben jene, bei denen die Ursachen zuerst auf die Personen selbst und „dann erst auf personenexterne Ursachen attribuiert werden“.

Der *actor-observer-bias* beschreibt die Unterscheidung zwischen Beobachter und Handelndem, wobei ersterer meist Personen, letzterer meist Situationen attribuiert.

Der *egocentric-bias* beschreibt jenen Effekt, bei dem das eigene Verhalten als weit verbreitet, fremdes Verhalten wiederum als unangemessen angesehen wird. Adler geht davon aus, dass diese Fehler durch unvollständige Informationsverarbeitung entstehen. (Adler 1982, 26)

Als vierter Fehler wird der *self-serving-bias* angenommen, bei dem eigener Erfolg internal, Misserfolg aber external attribuiert wird. (vgl. Alexandrovicz 2006, 21 f.)

Grundsätzlich werden jedoch drei Gründe genannt, durch welche Attributionsfehler entstehen:
„Attributionsfehler können durch unvollständige Information, durch Motivationseinflüsse oder durch inhaltliche Aspekte der Information entstehen“ (Adler 1982, 26)

Weitere Attributionsfehler, -verzerrungen und -voreingenommenheiten „als Problem fehlerhafter Informationsverarbeitung“ (Fahl-Spiewack 1995, 190) sind in diversen Werken zur Attribution zu finden. (vgl. bspw. Fahl-Spiewack 1995 ; Adler 1982 ; Bierhoff 2000)

3.2.3. Zu einem Konzept der massenmedialen Attribution

Wie schon beschrieben beschäftigen sich Forschungen der Sozialpsychologie schon geraume Zeit mit dem Thema der Attribution. Dagegen ist das Thema in kommunikationswissenschaftlichen und soziologischen Bereichen ein ziemlich neuer Ansatz und stellte einen neuen Bereich dar, um das Handeln und die Zuschreibung von Verantwortung von Akteuren im öffentlichen Diskurs erklären zu versuchen. Gerhards, Offerhaus und Roose (2003) attestieren daher auch, dass die sozialpsychologische Forschung eben an individuelle Akteure abzielt, wohingegen soziologische Forschung sich mit kollektiven Akteuren beschäftigt. Daher ist eine Anwendung der vorgestellten sozialpsychologischen Forschungen eins zu eins umgelegt auf die soziologische Forschung nicht möglich und muss dementsprechend modifiziert werden. Dennoch wird davon ausgegangen, dass, wenn sich ein Akteur in Massenmedien artikuliert, er auch seine Position und Meinung artikulieren will. (vgl. Gerhards/Offerhaus/Roose 2003, 8)

3.3. Attribution von Verantwortung

Wenn aber von Zuschreibung von Verantwortung gesprochen wird, wird dies oft synonym verwendet mit der Zuschreibung von Schuld in Entscheidungen. (vgl Werner 2002, 501) Im Fall eines positiven Ergebnisses von Verhandlungen wird hingegen das Wort Schuld meist mit Erfolg gleichgesetzt. Daher wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass Akteure, welche in Massenmedien zu Wort kommen, eben auch als solch individuelle Akteure angenommen werden können, wie sie in der sozialpsychologischen Forschung den zentralen Gegenstand darstellen, umgekehrt jedoch die unterschiedlichen Zuschreibungsprozesse auf kollektive Akteure angewendet werden. Vor allem gewinnt diese Konzeptualisierung bei der Attribution von Verantwortung in politischen, massenmedial vermittelten Prozessen an Bedeutung. Hier ist es auch wichtig zu unterscheiden, welche Rolle ein Sprecher einnimmt. Denn den tatsächlichen Akt des Sprechens übernimmt tatsächlich meist eine Person. Die Frage dahinter ist meist jene, ob denn diese Person als Sprecher eines Kollektivs wahrgenommen wird oder eine individuelle Rolle einnimmt. Diese Überlegung veranschaulicht sich in der Dreier-Konstellation von einem Sprecher als Individuum, einem Sprecher von einem Kollektiv und dem Kollektiv selbst, von dem aus jedoch wiederum Sprecher agieren.

Konkret bedeutet dies, dass Institutionen als Akteure ähnliche Attributionsvoraussetzungen erfüllen müssen, wie individuelle Akteure. Dieser Tatbestand soll deswegen angeführt werden, da es zentraler Bestandteil der systematischen Inhaltsanalyse dieser Arbeit sein soll, diese kollektiven Akteure nicht nur als Objekte von Zuschreibung von Verantwortung zu sehen, sondern diese auch als Subjekte in diesem Prozess darstellen. Diese Darstellung ergibt sich daraus, dass für dieses Kollektiv wiederum Einzelsubjekte agieren müssen und somit das „Gesicht“ eines Kollektivs darstellen. Zentrales Interesse einer Untersuchung über die Attribution von und über Kollektive Akteure muss daher sein, o.a. Attributionsfehler im dem Raum zu (unter)suchen, in dem die Artikulation der jeweiligen Akteure stattfindet.

Es besteht also grundlegend eine Trias von einem Subjekt, das für ein Objekt gegenüber einer Instanz verantwortlich gemacht wird. Dieses „Verantwortlich- machen“ steht jedoch nicht in einem neutralen Raum, sondern wird stets im Bezug auf ein Wertesystem gestellt. Wenn man Verantwortung mit dieser einfachen Trias beschreiben will, so würde dies bedeuten, dass durch die Attribution von Verantwortung dieses Schema in eine Richtung

bewegt wird. Der Attributionsprozess definiert sich also nicht alleine an der Zuschreibung von Verantwortung, sondern impliziert auch den Effekt einer solchen Zuschreibung. Doch im klassischen konstruktivistischen Sinne benötigt diese Unterscheidung von Ursache und Effekt einen Beobachter, der, je nach Informationsart, zu unterschiedlichen Attributionsmustern findet. Je nachdem, wie die Information der Reaktion anderer Personen (Konsensus), die Häufigkeit des Verhaltens einer Person zu einem bestimmten Stimulus (Distinktheit) bzw. das Verhalten einer Person in unterschiedlichen Situationen zum gleichen Stimulus (Konsistenz), wahrgenommen wird, kann man verschiedene Attributionsmuster feststellen. (vgl. Adler 1992, 12 f.)

Im Fall einer Attribution von Verantwortung muss jedoch bei der Komponente „Verantwortung" die Frage gestellt werden, inwieweit bzw. an welcher Stelle die Unterscheidung von Personen und Situationsattribution eintritt. Da diese Thesen von Kelley aus sozialpsychologischen Gesichtspunkten heraus folgten, muss auf die Unschärfe von solchen Definitionen im Hinblick auf massenmedial vermittelte Attributionsmuster verwiesen werden.

Anders bzw. deutlicher müssen daher die von Kelley beschriebenen Attributionsfehler in massenmedial vermittelten Verantwortungszuschreibungen etwa, besonders in politisch-motivierten Aussagen ersichtlich werden, da bspw. durch explizite politische (Prä-) Dispositionen fundamentale Attributionsfehler auftauchen können.

Der Raum, in dem diese Prozesse ablaufen, welche im zentralen Interesse dieser Arbeit stehen, wird oft mit Öffentlichkeit bezeichnet. So scheint eine Diskussion um diesen Öffentlichkeitsbegriff an dieser Stelle unumgänglich.

Da die empirische Analyse dieser Arbeit die Berichterstattung über ein europapolitisch relevantes Thema untersucht, soll der Versuch unternommen werden, aus bestehenden Forschungsansätzen Definitionen von europäischer Öffentlichkeit zu finden, die im Zusammenhang mit nationaler Berichterstattung stehen.

4. Öffentlichkeit

Es soll nun ein Versuch einer Annäherung an einen Öffentlichkeitsbegriff gewagt werden, welcher, vor dem Hintergrund allgemeiner Öffentlichkeitsdefinitionen, ein Konzept von europäischer bzw. europäisierter Öffentlichkeit in Verbindung mit nationalen Öffentlichkeiten beschreibt. Wenn Ralf Dahrendorf davon spricht, dass Öffentlichkeit im wissenschaftlichen wie im politischen Feld mit Problemen in Verbindung gebracht wird (vgl. Dahrendorf 1967/2002, 26), ist schon zu erkennen, dass zu diesem Begriff konkrete Definitionen notwenig scheinen. Steininger erklärt diese negative Konnotation damit, dass Öffentlichkeit „von außen geregelt oder festgelegt wird. (…) Der Gegensatz ‚privat' erscheint hier als etwas Schützendes." (Steininger 2000, 332) Verschiedene Modelle von Öffentlichkeit beschreiben die unterschiedlichen Herangehensweisen an diverse Öffentlichkeitskonzepte. Brantner konstatiert daher, dass sämtlichen Öffentlichkeitsmodellen die Gemeinsamkeit zugrunde liegt, dass „(…) Öffentlichkeit als Forum, Raum, Arena, usw. (…)" beschrieben wird, „(…) in der Informationen verschiedener Akteure zusammengetragen, selektiert und weitergetragen werden." (Brantner 2007, 24) Dabei ist jedoch die Mindestanforderung von Öffentlichkeit, also der Zugang für alle Teile der Öffentlichkeit zu allen Themen grundlegend. (vgl. Brantner 2007, 24) All den theoretischen Ansätzen ist jedoch gemein, „dass sie sich der Unschärfe des zu analysierenden Phänomens bewusst sind (…)." (Jäckel 2008, 262)

Zentrales Element jeglicher Öffentlichkeit sind in der modernen Gesellschaft die Massenmedien. Alleine die Grundklassifizierung von Zeitungen nach Otto Groth lassen für die Kennzeichen von Zeitungen die Öffentlichkeit in Form von Publizität erkennen. „Potentiell (…) besagt Publizität das Offensein, die Offenheit, die allgemeine Zugänglichkeit der Sache. (…) Man versteht unter dem Prinzip der Publizität (Öffentlichkeit) den Grundsatz, dass Einrichtungen und Anstalten, Verfahren und Vorgänge, Verzeichnisse (Register) und Schriftstücke allgemein zugänglich sind (…)." (Groth 1998, 50) Groth unterscheidet jedoch zwischen aktueller und potentieller Publizität, worin er die schon im Vorhinein gegebene Bekanntheit und generell die Zugänglichkeit beschreibt. (vgl. Groth 1998, 50 f.) Wenn man die Funktionen von Öffentlichkeit außer Acht lässt, kann man der Definition von Groth folgen, in der er bei Öffentlichkeit oder eben Publizität von „(…) einer unbestimmten, nicht vornherein geschlossenen Gesamtheit unmittelbar nicht miteinander verbundener zahlreicher Personen" spricht, „die einem Gegenstand (…) gegenübersteht, Stellung zu ihm nimmt" und

„sich zu ihm aktiv oder passiv verhält." (Groth 1998, 51) Werner Faulstich fasst die Dimensionen von Öffentlichkeit aus kulturwissenschaftlicher Sicht in drei Aspekte zusammen. Sie ist demnach „raumbezogen", „medienbezogen" und „akteurbezogen". (vgl. Faulstich 2000, 86) Da es sich hier lediglich um vage und unklare Bezugskonstellationen handelt, scheinen die Definitionen, „Öffentlichkeit als Netzwerk" (Habermas[15] zit. nach Donges/Imhof 2005, 149) und „Öffentlichkeit als Forum" (Gerhards[16] zit. nach Donges/Imhof, 149) treffender.

Diese Definitionen zeigen zumindest auf formaler Ebene die Aspekte von Öffentlichkeit. Auf der einen Seite die Gesamtheit, die Öffentlichkeit also solches. Hier lässt sich auch schon die Unschärfe der Abgrenzung erkennen, da die Gesamtheit nicht im Vorhinein definiert werden kann. Sicher ist, dass viele Personen an der Öffentlichkeit teilnehmen müssen. Auf die Frage, wo denn Öffentlichkeit stattfindet, definiert Neidhart dafür ein „offenes Kommunikationsforum für alle, die etwa[s] sagen oder das was andere sagen hören wollen." (Neidhart 1994, 7) Wenn also Öffentlichkeit stattfindet, so geschieht das in einem für alle potentiell offenen Raum, in dem die (mehr oder weniger) definierte Öffentlichkeit im kommunikativen Prozess agiert. Bleibt aber noch die Frage nach dem „Warum".

Die andere Seite als zentrales Element dazu stellt also den Gegenstand dar, um den es in diesem Prozess geht. Noch einmal muss betont werden, dass aus dieser Differenzierung lediglich die formalen Strukturmerkmale von Öffentlichkeit ersichtlich gemacht werden können. Wenn man die formale Ebene einer Öffentlichkeitsdefinition verlässt, so wird in Folge meist von politischer Öffentlichkeit gesprochen.

Noch eine Definitionsschwierigkeit ergibt sich durch die Differenzierung aus normativen Öffentlichkeits-Ansprüchen und empirischen Beschreibung von Öffentlichkeit. Beschreibungen der Komplexe, welche auf einer normativen („ethischen") Dimension ansetzen, werden oft in Verbindung mit Demokratiemodellen gebracht. Tatsächlich werden Beschreibungen von Demokratie(en) an Öffentlichkeitsfunktionen geknüpft. (vgl. Seifert 2002, 10ff.) Sei es anhand eines „Elitemodell(s) von Demokratie" (ebd. 10f.), „teilnehmender Demokratie" (ebd. 12 f.) oder „deliberativen Demokratieansätzen" (Seifert 2002, 13 f.). Diese alle sehen Öffentlichkeit als Bestandteil von Demokratiemodellen und erschweren eine geeignete Begriffsdefinition. Also zurück zum Ausgang.

[15] zuerst in: Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechst und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/M.: 1992.

[16] zuerst in: Gerhards, Jürgen: Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen, Wiesbaden: 1998. 694-695.

Der Versuch, Öffentlichkeit darzustellen und zu definieren (vgl. Brantner 2007, 24 f.) scheitert wahrscheinlich an der diffusen Struktur und den sich ständig ändernden Bild von Öffentlichkeit. Nach Eder passiert dies, weil Öffentlichkeit „weder eine politische Institution noch eine soziale Institution“ ist, sondern eine (ihrerseits institutionalisierbare) Beobachtungsinstanz und Thematisierungsinstanz politischer und sozialer Institutionen“ darstellt. (Eder[17] zit. nach Brantner 2007, 25) Wobei in diesem Zusammenhang die Institutionalisierbarkeit als Instanz in Frage gestellt werden könnte. Doch definiert Eder Öffentlichkeit nicht als Raum oder Arena, er spricht von einem „Freiraum zwischen Staat und Gesellschaft, in dem Institutionen thematisiert werden“.(ebd.) Jäckel verbindet dies mit dem Massenkommunikationsbegriff nach Maletzke indem sich Öffentlichkeit „(…) nicht an die Ortsgebundenheit von Akteuren und Zuschauern (…)“ hält, sondern „(…) durch die Zwischenschaltung von Massenmedien einem dispersen Publikum[18] zugänglich gemacht(.)“ wird. (Jäckel 2008, 235)

Konkreter werden die Definitionen im Hinblick auf die Funktionen von Öffentlichkeit. Neidhardt sieht dabei drei zentrale Funktionen: Die Transparenz-, Validierungs-, und Orientierungsfunktion. (vgl. Neidhard 1994, 8) Marcinkowski verwendet die drei Definitionen jedoch lediglich im Hinblick auf politische Agenda Bildung. (vgl. Marcinkowski 2002, 102) An dieser Stelle wird versucht, weitere Schichten der Funktionen zu definieren, welche in der Agenda-Setting Forschung inzwischen Berücksichtigung finden. (vgl. Brantner 2007, 23)

Wurde zuvor im Hinblick auf die Transparenz noch von einer der Grundvoraussetzungen gesprochen, so nimmt hier die Transparenz ganz konkret eine zentrale Funktion von Öffentlichkeit ein, in dem sie „Gesellschaft für Politik (und andere) beobachtbar“ (Marcinkowski 2002, 101) macht. Öffentlichkeit dient hier also als Informationstopf, an dem alle teilhaben können, worin auch alle Informationen enthalten sind (oder sein sollen). Zentrale Vermittler davon stellen Massenmedien dar. Nicht nur, wie bei Groth, bei Tageszeitungen, sondern im gesamten massenmedialen Bereich geschieht das durch die „Tätigkeit des Offen-, Öffentlichmachens, der Veröffentlichens, Verkündigens, Bekanntmachens, Publizierens“. Durch die Verbreitung spricht Groth auch von der „verwirklichten Offenkundigkeit ihrer Inhalte“. (Groth 1998, 50) Doch das Gegenteil von öffentlich ist geheim und das ist nach Steininger „wesentlich, denn es gibt keine

[17] zuerst in: Eder, Klaus: Öffentlichkeit und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration. 2. Auflage. Leske + Budrich. Opladen: 2003. 85-120.

[18] Disperses Publikum „(…) meint dabei eine „verstreute“ Vielzahl von Rezipienten, die nicht gemeinsam, sondern unter jeweils verschiedenen Bedingungen, Medieninhalte konsumieren“. (Kunczik/Zipfel 2001, 50)

Öffentlichkeit ohne Geheimnis.“ (Steininger 2000: 332) Diese Überlegung steht ganz im Sinne eines systemtheoretischen differenzialistischen Ansatzes. (vgl. Luhmann 2002, 66 ff.)
Die Validierungsfunktion als zweites zentrales Element wird hier einerseits von gesellschaftlicher Seite in Verbindung mit der Transparenzfunktion gesehen, andererseits von der Politik als Validierung von Themen und Argumente. Dabei wird jedoch nicht lediglich auf den Begriff der Öffentlichkeit eingegangen, sondern im Spezielleren auf die öffentliche Meinung. Öffentliche Meinung stellt also für die Politik die Grundlage für ihre Argumente zur Verfügung. Doch darf man nicht in Versuchung geraten, öffentliche Meinung mit Öffentlichkeit gleichzusetzen.
Auch die Orientierungsfunktion kann von zwei unterschiedlichen Ausgangslagen betrachtet werden. Öffentlichkeit „bietet Orientierung, wenn sie aufgrund ihrer Überzeugungskraft im politischen Prozeß Wirkung hinterlässt.“ (Marcinkowski 2002, 101) Die Zweiseitigkeit dieser Funktion ergibt sich aus der Frage, für wen die Wirkung im politischen Prozess besteht.

Diese drei Funktionen werden auch als Input, Throughput und Output Modell (Sammeln, Verarbeiten und Weitergeben) definiert (vgl. Brantner 2007, 26), was den Öffentlichkeitsprozess zwar anschaulich darzustellen vermag, jedoch kommen alle drei Funktionen lediglich unter vollständigen Bedingungen zur Anwendung.
In o.a. Definitionen wurde bewusst lediglich auf Öffentlichkeit Augenmerk gelegt. Bewusst wurde hier die öffentliche Meinung definitorisch ausgelassen, da sich dadurch ein noch viel weiterer Raum ergibt, welcher den Umfang dieser Arbeit überschreiten würde. Hierzu sei nur kurz auf den Psychologen Brewster Smith und den Politologen Sidney Verba verwiesen, welche die Mannigfaltigkeit dieses Begriffes beschrieben haben, auf eine Frage, wie sich denn eigentlich die Summe aller Meinungen in ein mächtiges politisches Instrument, der öffentlichen Meinung, verwandeln kann. Die Frage ließe sich nur beantworten, „(…) wenn man den Prozess der öffentlichen Meinung als soziale Kontrolle, als Konformitätsdruck, als Integrationsmittel der Gesellschaft versteht.“ (Noelle-Neumann 1998, 84)

4.1. Dahrendorfs Öffentlichkeitsmodell und die Unerwünschtheit total aktivierter Öffentlichkeit

Bis jetzt wurden jedoch sehr wage Definitionen von Öffentlichkeit genannt, welche vielleicht grob den Begriff umschreiben. Um ein anschaulicheres Bild davon zu geben, hilft es, sich von der gesamtgesellschaftlichen Makroebene zu entfernen und auf einer Mesoebene Teilöffentlichkeit(en) zu beschreiben, wie es rund um die Verwissenschaftlichung von Öffentlichkeitsarbeit (PR) geschieht. Hier wird nämlich zwischen Nicht-, latenten, bewussten, aktiven und aktivistischen Teilöffentlichkeiten als Ansprechpartner von PR unterschieden. (vgl. Mast/Huck/Güller 2005, 32)

Nach dem Modell von Grunig und Hunt konstituieren sich nämlich die unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten nach dem Betroffenheitsgrad, dem Problembewusstsein und dem Restriktionsempfinden, welchem Menschen gegenüber einem Thema stehen. (vgl. Mast/Huck/Güller 2005, ebd.) Je nachdem wie sehr die Menschen an diesen drei Parametern zu einem Thema hinwenden ergeben sich die vier Unterscheidungen von Teilöffentlichkeiten: Nicht-Teilöffentlichkeit, latente und aktive Teilöffentlichkeit, bis hin zur Aktivistischen Teilöffentlichkeit. Dieses Modell wurde vorzugsweise zur Beschreibung von öffentlicher Unternehmenskommunikation und nicht als Beispiel von politischer Öffentlichkeit verwendet. Im Kontext der Öffentlichkeitsarbeit werden daher die Teilöffentlichkeiten auch als Dialoggruppen beschrieben. (Bogner 1999, 126ff.) Im Hinblick auf eine Analyse dieser Faktoren bei österreichischen Tageszeitungen kann jedoch dieses Modell dazu dienen, die Motivation der einzelnen Sprechakteure zu verstehen.

Dieses Konzept der Teilöffentlichkeiten ist gewissermaßen eine ausdifferenzierte Darstellung von Dahrendorfs Konzept der latenten, passiven und aktiven Öffentlichkeit. Diese Aufteilung von Öffentlichkeit präsentiert auch den unterschiedlichen Wert für die unterschiedlichen Systeme. Zeigt sich ein gewisser Bedarf an aktiver Öffentlichkeit auf Seiten unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit, so ist diese auf gesamtgesellschaftlich politischer Ebene „gar nicht nötig, ja nicht einmal sinnvoll“.(Dahrendorf 1967/2002, 28) Dahrendorf meint auch, dass eine große Zahl aktiv am politischen Prozess Teilnehmender sogar einen Zwang signalisiert, der dem entgegen spricht, dass die Nicht-Partizipation eines jeden „Element freiheitlicher Verhältnisse (…)“ sei und „ (…) daß die Öffentlichkeit nicht aus einer Menge gleich motivierter und in gleicher Weise teilnahmeorientierter Individuen

besteht.“ (Dahrendorf 1967/ 2002, 29) „Der politische Prozeß verlangt eine aktive Öffentlichkeit, die kleiner, sehr viel kleiner ist als die Gesamtheit der Bürger (…)“ (Ebd. 33) Ulrich Sarcinelli glaubt dabei, dass die „Wechselbeziehung zwischen einer offenen, Vielfalt repräsentierenden und zur Erzeugung politischer Initiative fähigen „aktiven“ Öffentlichkeit einerseits und der „passiven“ Öffentlichkeit andererseits(.)“ entscheidend für eine funktionierende, demokratische Gemeinschaft sei. (Sarcinelli, o.A.)

Es gibt jedoch eine weitere Unterscheidung von Öffentlichkeit, welche auf die drei Ebenen der Encounter-Ebene, Themen- oder Versammlungsöffentlichkeit und Medienöffentlichkeit (vgl. Donges/Imhof 2005: 151 ff.) abzielt. Diese Unterscheidung bringt mit der Encounter-Ebnene die auch spontane Öffentlichkeit zur Sprache, in der Vermittler (Medien) nicht vorhanden sind. Eine Einbeziehung der Encounter-Ebene (Kommunikation *au trottoir*) ist jedoch bei einem Versuch, europäische Öffentlichkeit zu umreißen, schwierig mit einzubeziehen.

An dem Versuch, (Nicht-) Öffentlichkeiten sichtbar zu machen, wird auch das Dilemma von europäischer Öffentlichkeit sichtbarer. So ist es schon für nationale Politiken schwierig, „eine“ Öffentlichkeit anzusprechen. Schon alleine durch das vielfache an Mitgliedern *einer* potentiellen Öffentlichkeit der Europäischen Union, macht die Definition einer solchen schwieriger und kann als ein Indiz der akklamierten „Demokratieschwäche“ der Union herangenommen werden. Im Folgenden soll nun der Versuch unternommen werden, dies durch eine differenzierte Ansichtsweise einzudämmen.

4.2. Europäische Öffentlichkeit

Es kann prinzipiell davon ausgegangen werden, dass, sobald ein Thema in den Massenmedien vorkommt, es auch von „der“ Öffentlichkeit wahrgenommen wird bzw. werden kann. Sehr oft wird jedoch vom Fehlen einer Europäischen Öffentlichkeit gesprochen. Das würde bedeuten, dass Massenmedien ihre Öffentlichkeitsfunktion auf diesem Gebiet vernachlässigen. Bzw. bedarf es an diesem Punkt einer Definition, welche die Schnittstelle von nationaler Öffentlichkeit und europäischer Öffentlichkeit beschreibt. Anders herum kann die Frage aufgestellt werden, ob denn nicht schon Berichterstattung in oder von nationalen Öffentlichkeiten über ein europabezogenes Thema nicht auch schon einen Teil der europäischen Öffentlichkeit definiert, da es in einem Teil des Gesamtgefüges

passiert. Gerhards et al. (2004)[19] definieren in ihrem Forschungsprojekt „Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung“ ihre erste Hypothese wie folgt: „Die nationalstaatlich versäulte Struktur von Öffentlichkeit und die strukturelle Öffentlichkeitsschwäche der EU Institutionen führen dazu, das sich die nationalen Regierungen Erfolge selbst zuschreiben, Misserfolge hingegen den Institutionen der Europäischen Union zugeschrieben werden, was langfristig zu einer Delegitimierung der Institutionen der EU führen dürfte.“ (Gerhards/Offerhaus/Roose 2004, 3) Schon die erste Annahme beschreibt auch das Dilemma von europäischer Öffentlichkeit, da sie von vornherein als Öffentlichkeitsschwäche definiert und einer nationalstaatlichen Öffentlichkeit gegenüber gestellt wird. Gerade solch eine Strukturgleichstellung von beiden „Öffentlichkeiten“ bedarf auch vergleichbaren Öffentlichkeitsstrukturen, welche aber zumindest auf europäischer Seite nur bedingt erkennbar sind. Noch gibt es keine europäischen Massenmedien, welche den Bedingungen von Öffentlichkeit genügen. Im Rundfunkbereich sind die technischen Vorraussetzungen schon längst gegeben, nicht zuletzt durch die Erkenntnis, dass sich Funkwellen an keine Ländergrenzen halten. (vgl. Dörr 2002, 131) Auch die Tendenz der europäischen Union, den Rundfunkbereich zu „reglementieren“ (vgl. Dörr 2002, 131ff.) scheint im Unterschied zur Gestaltung eines gemeinsam Raumes (vgl. Siebenhaar 1994/2002, 180ff.) schon weit fortgeschritten. Jedoch passiert die Regulierung im EU-Raum mit unterschiedlichen Zielvorstellungen, ökonomischer und kultureller Natur, welche eine einheitliche Strategie nicht erkennbar machen lassen. (vgl. Haas 2008, 88)

Somit sollte an dieser Stelle eine Überlegung zur Sprache gebracht werden, welche die nationalstaatlichen Konzeptionen mit einem europäischen Öffentlichkeitsmodell vereinbaren. Brantner fasst dies in einem paneuropäischen Öffentlichkeitsmodell und einem Modell europäisierter Öffentlichkeiten zusammen. (vgl. Brantner 2007, 56) Die Vorstellung von europaweiten Massenmedien zur Herstellung einer paneuropäischen Öffentlichkeit würde zwar einen einfach zu definierenden Raum ergeben, ist aber derzeit durch vielerlei Gründe noch nicht Realität und wenn überhaupt erst in weiter Zukunft möglich. Versuche, transnationale, mediale Unternehmungen als Beweis (Pan-) europäischer Öffentlichkeit

[19] Ihre Untersuchung bezog sich auf eine systematische Inhaltsanalyse von vier Tageszeitungen, *Süddeutsche Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* aus Deutschland und die *Times* und der *Guardian* aus England, im Zeitraum von 1994 bis 2003. Es wurde hier also sowohl länder-, als auch zeit- und medienvergleichend untersucht. Ein Ergebnis der Untersuchung konnte jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausfindig gemacht werden.

darzustellen, spiegelt lediglich einen kleinen Bereich von öffentlichem Raum wieder, bewegt sich meist im Raum ökonomischer Überlegungen und ist in der Debatte rund um eine (gesamt-) europäische Öffentlichkeitsarena kontrafaktisch. Zentrale Bereiche der Europäischen Union zur Medienregulierung befassen sich zurzeit auch lediglich mit der Umsetzung des freien Waren– und Dienstleistungsverkehrs. (vgl. Haas 2008, 89) Im Hinblick auf die Vielfalt wird von den unterschiedlichen Institutionen auf die Zuständigkeit der Nationalstaaten verwiesen. Daher scheint auch ein europaweit uniformes Mediensystem, das auch nationenübergreifend agiert wenig wahrscheinlich und auch in Zukunft als wenig aussichtsreich. (vgl. Gerhards 2002, 142)

Das würde bedeuten, dass die – wenn vorhanden - nationalen Berichterstattungen in Massenmedien über die Europäische Union in den einzelnen Mitgliedsstaaten in Summe eine bestimmte Anzahl an „europäischen Öffentlichkeiten“ darstellen. Umgekehrt würde dies einer Formulierung gerecht werden, welche Europäische Öffentlichkeit als das Produkt bzw. die Summe aller medial vermittelter Reaktionen von Europapolitik formuliert. Die Überlegung geht also dahin, dass eine europäische Öffentlichkeit (oder Öffentlichkeiten) bereits besteht, wenn nationale Medien ausreichend berichten, diese jedoch in unterschiedlichsten Ausformungen zum Ausdruck gebracht wird. Im systemtheoretischen Kontext würde dann die europäische Öffentlichkeit als System zu dem Zeitpunkt existieren, sobald sie im massenmedialen Kontext erscheint. „Systeme (…) verdanken ihre Existenz ihrer Operationsweise (…) mit der sie auf spezifische Weise Weltkomplexität reduzieren, und zwar mithilfe von Selektionen, deren Auswahl und Beschaffenheit ausschließlich an eigenen Relevanzkriterien orientiert wird.“ (Dür 2001, 151) Diese Systeme bestehen demzufolge auch erst ab dem Zeitpunkt, an dem sie funktionieren. Deswegen ist es in Folge dieser Argumentation problematisch, eine Analyse von lediglich einem Teilaspekt (zwei Länder und davon jeweils 2 Tageszeitungen) auf einen Gesamtkontext zu schließen. Umgekehrt würden aber genau diese Teilaspekte aus „nationalstaatlich versäulten Strukturen“ eine solche Untersuchung legitimieren, da sie als solches schon europäische Öffentlichkeit(en) darstellen. Zumindest soll es aber Ziel dieser Arbeit sein, Informationen über einen Teilaspekt von Öffentlichkeit, vorsichtig ausgedrückt „medial-europäisierter“ Öffentlichkeit, zu gewinnen und dadurch weitere Überlegungen anstellen zu können.

Es wird aus alledem deutlich, dass ein zentraler Faktor in Öffentlichkeitskonzepten die Medien oder die Mediensysteme sind. Nachdem nun die Kernthemen Attribution,

Verantwortung und Öffentlichkeit beleuchtet wurden, ist es auch notwendig, dem Raum Aufmerksamkeit zu schenken, in dem dies alles geschieht: die (Massen-) Medien.

5. Die Öffentlichkeitsfunktion der Medien

Gerade wenn wir Medien beleuchten, wird klar, warum Öffentlichkeit in kommunikationswissenschaftlichem Zusammenhang als zentrales Element bezeichnet wird. Es soll hier jedoch keine Auflistung klassischer Medienbegriffe erfolgen (diese sind in einschlägiger Einführungsliteratur zur Publizistik und Kommunikationswissenschaft zu finden), sondern lediglich die zentralen Begrifflichkeiten werden in Beziehung mit einem „Öffentlich(-keits)"-Begriff gebracht, um die Beziehung beider Begrifflichkeiten, Medien und Öffentlichkeit und dies in Verbindung mit politischer Kommunikation, zu manifestieren.
Auf funktionaler Ebene bedeutet dies, dass Publizität, also das Öffentlich-Machen, nach Saxer die Hauptfunktion von publizistischen Medien ist. „Publizistik (…) stellt Öffentlichkeit für Personen und Sachverhalte her und macht diese bekannt." (Saxer 2002, 3) Ohne dieses Öffentlichmachen könnten Massenmedien klarerweise jegliche weitere Funktionen, die ihnen zugeschrieben werden, nicht erfüllen. Wir entfernen uns hier jedoch von Herbert Blumers (1946) Systematisierung, welche zwischen Gruppe, Menge, Öffentlichkeit und Masse unterscheidet. (vgl. Jäckel 2008, 64) Burkart's Schema von Funktionen von Massenmedien (Burkart 2002, 382) gliedert die Funktion der Massenmedien in drei Blickwinkel des gesellschaftlichen Systems, nämlich der „sozialen", „politischen" und „ökonomischen" Perspektive und sieht die Informationsfunktion als die über allen Perspektiven stehende. „Öffentlichkeit entsteht und besteht heute im Wesentlichen dadurch, dass Informationen via Massenmedien veröffentlicht, also öffentlich zugänglich gemacht werden." (Burkart 2002, 391) Und „öffentlich" meint dabei wiederum eine nicht „begrenzte oder personell definierte Empfängerschaft" (vgl. ebd., 171)
Medien nehmen also in politischer Kommunikation, neben den bekannten Ansätzen zum Verhältnis von Medien und Politik (vgl. etwa Donges/Jarren 2005, 366 ff.; Kunczik/Zipfel 2001, 84), die Mittlerrolle im intermediären System zwischen BürgerInnen und politischen Eliten ein. Darüber hinaus sind sie, neben ihrer (Ver-) Mittlerrolle auch aktiver Akteur im politischen Prozess. Neben Verbänden, Vereinen, Organisationen, politischen Parteien nehmen Medien einen eigenen Status in diesem intermediären System ein. (vgl. Donges/Jarren 2005, 368) Frank Esser entwickelte dazu ein Schalenmodell, welches die wechselseitigen Einflussfaktoren auf unterschiedlichen Ebenen differenziert. Aufgebaut wird dieses Modell von innen, auf einer Subjektsphäre, einer größeren Institutions-Sphäre, darüber einer Medienstruktursphäre und einer Gesellschaftssphäre. (vgl. Esser 1998, 27)

Dieses Modell ist deswegen hilfreich zum Verständnis des Einflusses von Journalismus, da Esser davon ausgeht, dass die jeweils größeren (äußeren) Faktoren in diesem Schalenmodell die inneren (kleineren) reglementieren und somit rein subjektive Elemente in Medieninhalten nicht eingehen können. Die äußeren Sphären „prägen einerseits das Selbstverständnis und konkrete Handeln der Akteure im Innern, behindern andererseits die Möglichkeiten, dass sich die subjektiven Überzeugungen der Akteure ungefiltert in den Medieninhalten niederschlagen können." (Esser 1998, 26) Dies bedeutet jedoch nicht, dass Journalismus gar keinen Einfluss auf das gesellschaftliche System (Gesellschaftssphäre) ausüben kann.

„Weiterhin sind Einzel- und Kollektivakteure in der Lage, die äußeren Bedingungsfaktoren zu beeinflussen. Die verschiedenen Ebenen stehen in einem engen Interaktionsverhältnis, sie beeinflussen sich gegenseitig, keine Einzelfaktor wirkt isoliert, sondern entwickelt seinen Einfluß erst im Verbund mit anderen Kräften." (Esser, 1998, ebd.)

Gerade solch eine Betrachtung vom Einfluss des Journalismus auf das gesellschaftliche System, wie es Esser darstellt, erleichtert es auch, Framing-Konzepte zu verstehen und anzuwenden, da sowohl die unterschiedlichen sozialen als auch Bezugsrahmen an Bedeutung gewinnen, d.h. auch äußere Einflussfaktoren erkannt werden und auch journalistisches Selbstverständnis in Erklärungsversuche miteinbezogen werden muss. Eine Sonderstellung in diesem Schema nimmt die Ethik ein, „die auf allen vier Ebenen verortet werden kann(…)." (Kunczik/Zipfel 2001, 159.f) Es stellt sich aber die Frage, womit dieser Einfluss ausgelöst wird, da nicht der Fehler begangen werden soll, von einem einseitigen Modell auszugehen. Dafür hat man gewisse Parameter ausfindig gemacht, nach welchen Maßstäben Journalisten ihre Nachrichten auswählen und Vermutungen angestellt, nach welchen Gegebenheiten sie sich richten, was sich in den Nachrichtenwert-Faktoren konzeptualisierte.

5.1. Selektion durch Nachrichtenwert Faktoren

Seit der Pinonierleistung von Paul Lazarsfeld – der „The People's Choice"-Studie zum US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1940 – hat sich im Bereich der Gatekeeper-Forschung einiges getan und doch wurden lediglich definitorische Ansätze gefunden. Schon bald wurde erkannt, dass ein einfaches Reiz-Reaktions-Modell zur Erklärung der Nachrichtenauswahl in Massenmedien nicht genügt und nicht lediglich der Journalist als „Schleusenwärter" fungiert. Es wurden Stufen definiert, welche die Bemühungen in der Gatekeeper-Forschung auf unterschiedlichen Organisationsebenen ansiedeln. Gertrude Joch Robinsons (1973) drei Ansätze der „Individualistischen Studien" (also auf individualpsychologischer Ebene), „Institutionelle Studien" (auf organisatorischer Ebene) und „Kybernetische Studien", welche das die Fragen aus systemtheoretischer Sicht betrachten (vgl. Kunczik/ Zipfel 2001, 242 f), geben nur einen bedingten Einblick über die Ansätze der Gatekeeper-Forschung. Kunczik und Zipfel hingegen fassen die Ergebnisse dieser Forschung nach Schulz[20] wie folgt zusammen (Kunczik/Zipfel 2001, 245):

„1. Die Nachrichtenselektion ist teilweise abhängig von subjektiven Erfahrungen, Einstellungen und Erwartungen des Journalisten.
2. Sie wird bestimmt durch organisatorische und technische Zwänge von Redaktion und Verlag. (…)
3. Die Auswahl orientiert sich oft an der Bezugsgruppe der Kollegen und Vorgesetzten; die Vorstellungen von den Bedürfnissen des Publikums sind eher diffus und unzutreffend
4. Die redaktionelle Linie ist ein wichtiges Selektionskriterium.
5. Die Berichterstattung wird weitgehend vom Agenturmaterial vorgeformt, dem gegenüber sich die Redakteure meist passiv verhalten."

Das Problem dieser Ansätze, die sich lediglich am Produktionsapparat „Medien" orientieren, lässt sich schnell erkennen und zeigt, dass die Beleuchtung lediglich eines Teils auch nur einen Teil des Ganzen erklären kann. Im Gegensatz dazu setzt die Nachrichtenwert-Theorie „(…) bei den Medieninhalten an, von denen auf die Selektionskriterien der Journalisten geschlossen wird." (vgl. ebd., 245 f.). Eine Weiterführung von Östgaards drei Nachrichtenwert-Faktoren von Vereinfachung, Identifikation und Sensationalismus (vgl.

[20] zuerst in: Schulz, Winfried: Der Kommunikationsprozeß – neubesehen. In: Wilke (Hrsg.). 1990. 25.37.

Kunczik/Zipfel 2001, 245 / Burkart 2002, 279 f.) und Galtung und Ruges acht kulturabhängigen und vier kulturunabhängigen Faktoren[21] (Kunczik/Zipfel 2001, 247 ff.) sind Winfried Schulz' sechs Dimensionen von insgesamt 18 Nachrichtenwertfaktoren (vgl. Kunczik/Zipfel 2001, 250f.).[22] Die sechs Dimensionen unterscheiden sich nach **Zeit** (Dauer, Thematisierung), **Nähe** (räumliche, politische, kulturelle Nähe und die Relevanz, also die Bedeutung), **Status** in Bezug auf die regionale und nationale Zentralität, persönliche Einflüsse und Prominenz, **Dynamik**, **Valenz** und **Identifikation**. (vgl. Kunczik/Zipfel 2001, 205 f.)
Welche Bedeutung haben also die Ergebnisse aus der Forschung von Schulz auf die Berichterstattung über den Entscheidungsprozess um ein Genmais-Importverbot? In der empirischen Analyse liefern aufgrund dieser Fragestellung die Nachrichtenwertfaktoren von Schulz zur Erklärung mehrerer Ergebnisse.

Eng verbunden mit den Auswahlkriterien von Nachrichten ist auch eine definitorische Differenzierung der Medien, in denen jene Nachrichten publiziert werden, welche den Ansprüchen der Nachrichtenwerte genügen. Nicht zuletzt durch die Unterscheidung in Qualitäts- und Boulevardmedien lassen sich verschiedene Bedeutsamkeiten der einzelnen Faktoren erkennen.

Am Beispiel der Wissenschaftsberichterstattung erweiterte Peters die Kategorien nochmals um einen Begriff, welcher von essentieller Bedeutung für die journalistischen Selektionskriterien ist und darüber hinaus die Konstruktionsprozesse in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Er gibt an, dass neben den Faktoren Aktualität, Zugänglichkeit/Angebotsdruck, Thematisierung, Legitimität, Externe Einflüsse, redaktionelle Kompetenz und Arbeitsteilung noch um die sog. „Frames" erweitert werden müssen. (Peters 1994, 171ff.) Da diese „Frames" in der kommunikationswissenschaftlichen Forschung seit geraumer Zeit eine zentrale Stelle im Bereich des Agenda Settings einnehmen, soll nun eine

[21] Nach Galtung und Ruge sind Nachrichtenwertfaktoren Selektionskriterien, die zuerst die Wahrnehmung der Journalisten lenken und somit die Nachrichtengestaltung beeinflussen. Jedoch beziehen sie auch die Auswahl der Rezipienten am Nachrichtenangebot mit ein, da diese Entscheidung der Rezipienten auch durch Nachrichtenfaktoren beeinflusst sind. (vgl. Galtung/Ruge 1965 zit. nach Ruhrmann/Göbbel 2007, 5)
Dabei sind die acht **kulturunabhängigen Faktoren**: Dauer des Ereignisses, Schwellenfaktor, Eindeutigkeit, Bedeutsamkeit, Konsonanz, Überraschung, Kontinuität und Komposition/Variation.
Die **kulturabhängigen Faktoren** sind Betroffenheit von Elite-Nationen, Betroffenheit von Elite-Personen, Personalisierung und Negativismus. (vgl. Ruhrmann/Göbbel 2007, 5)

[22] Ausführliche Beschreibungen finden sich in den meisten Studienbüchern der Kommunikationswissenschaft wider. (vgl. etwa Kunczik/Zipfel 2001, 205 f., Burkart 2002, 279 ff. oder Jäckel 2008, 199 ff.)
Wiederum zusammenfassend beschreibt Schulz den Wert von Nachrichten unter den Kriterien von „Neuigkeit, Nähe, Tragweite, Prominenz, Dramatik, Kuriosität, Konflikt, Sex, Gefühle, Fortschritt" (Schulz 2003, 335).

Annäherung an ausgewählte Begriffsdefinitionen stattfinden, um auch die Bedeutung der Frames in der medialen Berichterstattung und dadurch auch die Bedeutsamkeit für die empirische Analyse zu erkennen.

5.2. Bedeutung des Bezugrahmens in Massenmedien: „Framing“

Das „Framing“-Konzept versucht daher, auch eine Erklärung des (politischen) Agenda Settings zu geben, welche über die Definition der „klassischen“ Nachrichtenwerte hinausgeht.

„In dem Maße, wie es den Medien gelingt, (…) Aufmerksamkeitsströme auf öffentlich relevante Gegenstände zu lenken, (…) gewinnen sie eine über Thematisierungs- und Themenstrukturierungseffekte weit hinausgehende Wirkmächtigkeit: Sie setzten nicht nur Themen, sie fordern auch die offizielle Politik heraus und legen gar bestimme Handlungsweisen nahe“ (Marcinkowski 2002, 159)

Das „Framing“ ist ein Konzept, welches in empirischen Untersuchungen o.a. Prozesse greifbar machen soll. „Ein vollständiger Frame umfasst die Definition eines Sachverhaltes als Problem, die Identifikation von Ursachen und Verursachern sowie von Adressaten zur Problemlösung, das Aufzeigen von möglichem Erfolg in der Problembearbeitung und schließlich die Selbstlegitimation (…).“ (Gerhards/ Offerhaus/ Roose 2003, 6)

In kommunikationswissenschaftlichen Framing-Studien werden jedoch nicht lediglich die Aussagen der Akteure thematisiert, sondern auch die Journalisten werden als „eigenständige Deutungsakteure in den Untersuchungsfokus“ (ebd.) gestellt. Die Grundannahme, dass jegliche Realität sozial konstruiert ist, findet in der Framing-Forschung insofern Ausdruck, als dass Informationen innerhalb eines sozialen Rahmens verarbeitet werden. Werden nun dabei die Journalisten ins Zentrum des Interesses gestellt, wird der Annahme nachgegangen, dass sie „(…) Ereignisse, die sich in einen bestimmten Bezugsrahmen einfügen lassen(…)“ und jene Seiten eines Ereignisses hervorheben, „(…) die den dominanten Merkmalen des Bezugsrahmens entsprechen.“ (Gerhards/Offerhaus/Roose 2003, 6) Es wird also auch angenommen, dass bestimmte Aspekte vernachlässigt werden, sodass die dominante Bezugsrahmen zu einer spezifischen Darstellung führen. Doch darf in diesem Zusammenhang nicht verwechselt werden, dass der Begriff des Frames ein Deutungsmuster bezeichnet, nach dem Information zugeordnet wird und nicht verwechselt werden darf mit

einzelnen Meinungen zu einem Thema. (vgl. Brantner 2007, 146) Auch den JournalistInnen wird in kommunikationswissenschaftlichen Framing-Studien eine zentrale Rolle zugesprochen. (vgl. Brantner 2007, 147)

Frames werden also in diesem Zusammenhang als Erweiterung des Begriffes der journalistischen Selektionskriterien erfasst und werden als „Vor-Urteile über die Struktur der Wirklichkeit" begriffen, bei denen „Wirklichkeit als Bestätigung der Vor-Urteile aufgefaßt werden kann." (Peters 1994, 177) In der Auswahl und der Verarbeitung von Nachrichten spielen also einerseits nicht nur die allseits bekannten Nachrichtenwertfaktoren eine Rolle, sondern über diesen stehen auch noch grundsätzliche kognitive Strukturen. Dieser Überlegung folgend ist eine Konzeption von „Framing" jedoch nicht nur grundlegend für die journalistischen Selektionskriterien, sondern auch die Rezeption von (nicht nur) journalistischen Inhalten und die Weiterverarbeitung- und Anwendung sowohl auf RezipientInnenseite, als auch auf der Seite der Akteure. Doch würden solche Überlegungen weit über den Horizont einer öffentlichen Diskussion weitergeführt werden können. Welche Bedeutung haben aber „Frames" für Akteure in öffentlichen Diskursen? Brantner beschreibt den Vorgang wie folgt: „Bei öffentlichen Diskursen vor allem zu strittigen Themen versuchen die Akteure ihre Problemdeutungen einzubringen, um so eine möglichst breite öffentliche Resonanz zu erzielen und sich selbst als legitime, verantwortungsbewusste Akteure und Anbieter von Problemlösungen darzustellen." (Brantner 2007. 152) Es geht also um die Selbstdarstellung (auch Selbstkonstruktion) in einer öffentlichen Arena, welche die Medien bieten. Und in dieser Arena wird gesellschaftliche Wirklichkeit genau über diese Umwege konstruiert.

Bei der Analyse eines (europa-)politischen Entscheidungsprozesses, vor allem bei einer Darstellung der Sprechakte der in einer Debatte vorkommenden Akteure, können daher nicht lediglich die „klassischen" Nachrichtenwertfaktoren Erklärungen für bestimmte Attributionsmuster geben. Das „Framing" bietet dabei eine bessere Möglichkeit, die öffentliche Debatte weitschichtiger darzustellen.

Im Folgenden soll das Untersuchungsmaterial – die vier österreichischen Tageszeitungen - beschrieben und Unterschiede herausgearbeitet werden.

5.2.1. „Zeitungstypologie“ als Unterscheidungsmerkmal

Die Untersuchung der medialen Debatte um das Genmais-Importverbot und der Akteursaussagen in dieser Debatte erfolgt anhand vier ausgewählter österreichischer Tageszeitungen. Ziel dieses Abschnittes soll es nun sein, die Eigenheiten der unterschiedlichen Tageszeitungen darzustellen. Eine Analyse des gewonnenen Materials kann daher nicht gewinnbringend sein, ohne sich die unterschiedlichen Zeitungsmerkmale- und Typologien als einen von mehreren „Frames“ vor Augen zu halten,

Anhand des Beispiels des österreichischen Zeitungsmarktes soll aufgezeigt werden, wie sich Qualitätszeitungen von Boulevardzeitungen unterschieden, da der Markt hier eine überschaubare Anzahl an überregionalen Medien bietet und die hier behandelten Printmedien auch Gegenstand der Untersuchung sein werden. Die Funktionen von Printmedien – Information, Bildung, Meinungsäußerung, Einflussnahme, Soziale Wiederanknüpfung und Unterhaltung – spiegeln in verkürzter Form grundsätzlich die Funktionen von Massenmedien nach Burkart (vgl. Burkart 2002: 378 ff.) wieder.

Abgesehen vom Inhalt gibt es nach Haas noch die Unterscheidungskriterien des Vertriebs und der Verbreitung, um die unterschiedlichen Zeitungen zu Typologisieren. (vgl. Haas 2008, 101 f.) Da im Fall dieser Arbeit vier österreichische, überregionale Tageszeitungen Beachtung finden, können in Bezug auf Vertrieb und Verbreitung nur marginale Unterschiede definiert werden (abgesehen von der Auflagenstärke). Auch Haas verweist darauf, dass in Österreich eine Typologisierung nicht nach Vertrieb und Verbreitung, sondern nach inhaltlichen Kriterien erfolgt.[23] (Haas 2008, 102) Somit müssen die Unterschiedlichkeiten auf anderen Ebenen gefunden werden. Doch gibt es sowohl formale als auch inhaltliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Tageszeitungen, wonach sie als Boulevard- oder Qualitätszeitung bezeichnet werden, nur lassen sich diese Unterschiede nicht immer eindeutig definieren. „Der Begriff der „Qualitätszeitung“ erweist sich als schwierige Zuschreibung, da es keine genau festgelegten, allgemein anerkannten Kriterien zur Bestimmung einer Qualitätszeitung gibt.“ (Haas 2008, 102)

Stefan Ruß-Mohl stellt hierbei 5 Eckpunkte zur Verfügung, nach denen sich eine Definition von Qualität im Journalismus orientieren kann (vgl. Ruß-Mohl 1993, 189 f.):

1. **Objektivität**, 2. **Reduktion der Komplexität**, 3. **Aktualität,** 4. **Originalität** und 5. **Reflexivität bzw. Transparenz.**

[23] An dieser Stelle sei erwähnt, dass in dieser Arbeit lediglich die Tageszeitungen „Die Presse“, „Der Standard“, „Kurier“ und „Kronen Zeitung“ Berücksichtigung finden und durch die überregionale Verbreitung das Verbreitungsgebiet, trotz einigen Unterschiedlichkeiten, als einheitlicher Faktor angesehen wird.

Unter der Objektivität wird sowohl die Fähigkeit eines Blattes beschrieben, Nachricht und Meinung strikt zu trennen, als auch die Fakten zu berichten und auf eine seriöse Auswahl auch im Hinblick auf die Vielfalt und Ausgewogenheit der Themen und Meinungen zu achten.
Die Reduktion von Komplexität hingegen meint, dass sich Journalisten verständlich ausdrücken müssen und komplexe Sachverhalte in einfacherer Form wiedergeben. Dies setzt folgerichtig eine Selektion voraus, welche unter verschiedenen Ansprüchen, unterschiedlich ausfallen kann.
Aktualität impliziert hier sowohl zeitliche, als auch die problemorientierte Aktualität. Das bedeutet, dass sowohl die Berichterstattung von aktuellen Ereignissen publiziert werden, als auch nicht aktuellen Themen aufgegriffen werden, die jedoch von gesellschaftlich/ gesellschaftspolitischer Relevanz sind.
Die Originalität drückt das „Können" der Journalisten aus und kann als die „handwerkliche" Komponente bezeichnet werden. Journalistische Texte bieten Anreize zum (Weiter-) Lesen, aber auch Hintergrundwissen zur aktuellen Berichterstattung.
Im Unterschied dazu streichen die Reflexivität und die Transparenz vor allem den kritischen Umgang mit Quellen hervor.

Diese Darstellung bedeutet: je mehr Kategorien auf eine Zeitung zutreffen, desto qualitativ hochwertiger ist sie und umgekehrt, je weniger Kategorien in einer Zeitung erkannt werden, desto eher tendiert sie zum Boulevardsegment. Doch bedeutet es nicht, dass Boulevardblätter nicht einige Punkte o.a. Liste erfüllen können. „Qualität findet sich nicht nur und nicht immer in den so titulierten Zeitungen; es gibt sie in den Bundesländerzeitungen ebenso wie in Boulevardblättern." (Haas 2008, 102) Diese Punkte stellen jedoch brauchbare Richtwerte dar, welche eine Unterscheidung möglich machen. Wie werden aber Boulevardperiodika in der Literatur beschrieben? Hierzu ist eine Darstellung von Koszyk/Pruys von 1969 dienlich, welche sowohl die Distributionsbedingungen und formalen Kriterien, als auch die inhaltlich-semantischen Eigenschaften von Boulevardpresse bezeichnen:
„Jene Periodika, die vorwiegend auf der Straße zum Kauf angeboten werden, eine betont populär-sensationelle Aufmachung (Balkenüberschriften, großflächiges Foto etc.) haben, den Leser durch schockierende Stories ansprechen wollen (sex, crime, war) und sich häufig bewusst einer sehr direkten Ausdrucksweise bedienen, die nicht selten, die Vulgärsprache zu übertreffen sucht, um Neugier, Sensationshunger und Nervenkitzel einer bei der Lektüre

kaum verharrenden Leserschaft permanent zu wecken und zu befriedigen". (Koszuyk/Pruys 1969: 61, zit. nach Erhart 2005, 15)

Die Kronen Zeitung definitorisch zum Boulevardsegment gezählt wird (Hans Dichand widerspricht jedenfalls diesem Argument im Film „Kronen Zeitung. Tag für Tag ein Boulevardstück" aus dem Jahr 2002 der Argumentation, dass die Kronen Zeitung schon im Hinblick auf die Vielfältigkeit des Zeitungsinhalts nicht mit Boulevardzeitungen verglichen werden könne[24]): Hier ist jedoch zu obiger Definition die Ausnahme in Bezug auf den Straßenverkauf festzustellen, da der Abonnementen-Anteil der „Kronen Zeitung" bei über 55 Prozent liegt, wohingegen in Deutschland lediglich ein Prozent der Leser ein Boulevardblatt abonnieren. (vgl. Erhart 2005, 16) Die Tageszeitung Kurier wird per Definition zum sog. Mid-Market-Paper-Segment gezählt, da sie sich bei Elementen beider Klassifikationen bedient. (vgl. Stark/Kraus 2008, 316) Nach den klassischen Kriterien lassen sich in Österreich „Die Presse", „Der Standard" und die „Salzburger Nachrichten" zur Kategorie der überregionalen Qualitätszeitungen zählen, wobei es wiederum auch hier Überschneidungen und Unschärfen eine klare Abgrenzung nicht eindeutig zulassen.

So kann denn auch die Frage aufgeworfen werden, ob die Veränderung des Layouts der „Presse", hin zu mehr Bildlast und der Tendenz zu zusammenfassenden Kurzbeiträgen (letzte Seite) eine Qualitätsminderung bzw. eine Tendenz zum Mid-Market-Segement bedeutet.

Haas behauptet daher, dass es tatsächlich noch keine allgemein gültige Beschreibung von Qualitätszeitungen gibt, welche allen Ansprüchen und Abgrenzungen genügen, um Eindeutigkeit herbeizuführen. Charakteristika von Qualitätszeitungen lassen sich in allen anderen Segmenten auch finden. Doch beanspruchen diese die Merkmale auch für ihre Blattlinie. (vlg. Haas 2008, 104) Dieser Anspruch lässt sich auch in den Eigendefinitionen der Blattlinien herauslesen, welche wiederum zeigen, welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben, um seinen exklusiven Anspruch zu festigen.

5.2.1.1. Selbstdarstellung der untersuchten Zeitungen – Blattlinien

Auf den Internetseiten vom Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) wird zu jedem Mitglied die grundsätzliche Linie des jeweiligen Blattes bekanntgegeben. Während die „Kronen Zeitung" mit ihrer grundsätzlichen Linie „der Vielfalt der Meinungen des

[24] Etwa in der Dokumentation von Nathalie Borgers „Kronen Zeitung. Tag für Tag ein Boulevardstück", als Hans Dichand zum Kulturteil seiner Zeitung meint: „ Dann ist hier die „Kultur". Auch etwas, was zum Beispiel ein Boulevardblatt nicht hätte. Die hat keine Kultur, die „Bild-Zeitung"." (Transkription der deutschen Originalversion 2002, 4).

Herausgebers und ihrer Redakteure“(VÖZ[25]) keine weitere Erklärungen zu ihrer Position gibt bzw. auch keine weiteren Statuten und Leitsätze formuliert werden, erklärt sich der „Kurier“ ausführlich, punktuell aufgelistet durch seine „Grundsätze und Ziele“ zuerst in acht Punkten über politische und geistige Richtung. Im zweiten Teil wird eine Erklärung zum Blatt-Typus abgegeben. „Der "Kurier" ist demnach eine überregionale Tageszeitung, die sich mit dem Ziel einer möglichst weiten Verbreitung an Leser aus allen Schichten der Bevölkerung wendet und diesen umfassende, objektive und rasche Information, kritische und profilierte Kommentierung und gehaltvolle Unterhaltung bietet.“[26] Diese ausführliche Beschreibung der Blattlinie wird als Indiz für die unklare Definition dieser Zeitung herangezogen. Es scheint geradezu, dass sich die Zeitung durch ihre Statuten gewisse Legitimation verschaffen muss. Nicht zuletzt, da sie per Definition im Mid-Market-Segment angesiedelt wird und somit Merkmale sowohl von Qualitäts- als auch Boulevardpresse aufweist.

Im Unterschied dazu fallen die Erklärungen der beiden Qualitätszeitungen „Die Presse“[27] und „Der Standard“[28] ähnlich aus, es fällt lediglich auf, dass „Die Presse“ die bürgerlich-

---

[25] Quelle: http://www.voez.at/l8m90w118 (03.06.08)

[26] Quelle: http://www.voez.at/l8m90w119 (03.06.08):

A) Die politische (grundlegende geistige) Richtung des KURIER bestimmt der Herausgeber.
1. Der "Kurier" ist eine unabhängige österreichische Tageszeitung.
2. Die Redaktion hält sich daher von allen direkten und indirekten Einflüssen politischer Parteien und Interessengruppen frei.
3. Der "Kurier" setzt sich vorbehaltlos für die Integrität, Eigenstaatlichkeit und den föderalistischen Aufbau der Republik Österreich und deren konstruktiven Beitrag zum europäischen Einigungsprozess ein.
4. Der "Kurier" bekennt sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Rechtsstaat. Durch seine publizistische Tätigkeit fördert er deren Weiterentwicklung. Er bekämpft konstruktiv Missstände im demokratischen Leben.
5. Der "Kurier" betrachtet sich als Instrument der demokratischen Meinungsbildung im Sinne einer umfassenden Informationsfreiheit.
6. Der "Kurier" tritt für die größtmögliche Freiheit der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze ein. Er bejaht daher eine freie Gesellschaftsordnung und ihre geordnete Weiterentwicklung, die jeden Extremismus ausschließt.
7. Der "Kurier" unterstützt Idee und System der Sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der Ökologie.
8. Richtschnur seiner publizistischen Tätigkeit ist die Vertiefung der Toleranz in allen Lebensbereichen, die Verteidigung der Gewissensfreiheit und die Achtung vor allen Glaubens- und Religionsgemeinschaften.

B) Blatt-Typus: Der "Kurier" ist eine überregionale Tageszeitung, die sich mit dem Ziel einer möglichst weiten Verbreitung an Leser aus allen Schichten der Bevölkerung wendet und diesen umfassende, objektive und rasche Information, kritische und profilierte Kommentierung und gehaltvolle Unterhaltung bietet.

[27] Quelle: http://www.voez.at/l8m90w100 (03.06.2008):
"Die Presse" vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und für ihre Rechtsstaatlichkeit ein. "Die Presse" bekennt sich zu den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit bei Aufrechterhaltung der Eigenverantwortlichkeit des Staatsbürgers, zur Wahrung des privaten Eigentums unter Beobachtung seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft, zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, zur freien unternehmerischen Initiative und zum Leistungswettbewerb. Sie verteidigt die Grundfreiheiten und Menschenrechte und bekämpft alle Bestrebungen, die geeignet sind, diese Freiheiten und Rechte oder die demokratische rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung zu gefährden. "Die Presse" betrachtet es als journalistische Standespflicht, ihre Leser objektiv und so vollständig wie nur möglich über alle Ereignisse von allgemeinem Interesse zu informieren. Stellung zu nehmen und Kritik zu üben wird von der "Presse" als ihre Aufgabe und ihr unveräußerliches Recht angesehen.

liberalen Auffassungen gesondert zum Ausdruck bringt. Der Qualitätsanspruch beider Zeitungen lässt sich aber deutlich aus den Ausformulierungen der Blattlinien herauslesen.

5.2.1.2. „Sonderfall Kronen Zeitung“

In diesem Kapitel soll näher auf den Sonderfall „Kronen Zeitung“ und deren Anti-EU-Kampagne gegangen werden. Obwohl bei der Auswahl der zu untersuchenden Tageszeitungen kein Augenmerk auf die (quantitative) Verbreitung gelegt wurde, darf dennoch in so einer Untersuchung die „Kronen Zeitung“ als weitest verbreitete und meist gelesene Tageszeitung nicht außer Acht gelassen werden. Die Diskussion rund um ein Genmais Importverbot kommt für die „Krone“ im augenscheinlich rechten Zeitpunkt, da vermutet wird, dass sowohl in der Berichterstattung, aber vorrangig zu sehen im „Leserbriefe“-Ressort eine Kampagne gegen die Ratifizierung des „EU-Reformvertrages“ gestartet wurde. Auf den Seiten der Leserbriefe ist dies besonders durch die tägliche Überschrift „Leserbriefe zum EU-Theater“ zu sehen, welche die jeweiligen EU-kritischen Leserbriefe umrahmt. Als weiteres Indiz kann die regelmäßige Veröffentlichung einer Kolumne des EU-kritischen EU-Parlamentariers Hans-Peter Martin herangezogen werden. Doch werden die Beiträge von Martin wahrscheinlich nicht in das Schema des Untersuchungsmaterials passen, da sich dieser darauf konzentriert, Missstände innerhalb des EU-Parlaments aufzudecken und der Debatte um das Genmais-Importverbot Entscheidungen des Ministerrats und der Kommission zugrunde liegen. Im Bezug auf die politische Stellung als Position „im Vorhof der Macht“ (Dichand, in: Borgers 2002) sind jedoch solche Kampagnen vielleicht sogar schon ein Charakteristikum der „Krone“. Die Macht, welche diese Zeitung ausüben kann und auch ausübt, wurde nicht zuletzt durch die Briefe unterschiedlichster Politiker an den Herausgeber der „Kronen Zeitung“ offensichtlich, was in anderen Medien gar zu offener Empörung führte. Doch die Kampagnen-Strategie wird und wurde nicht immer kritisiert.

---

[28] Quelle: http://www.voez.at/l8m90w97 (03.06.2008):
"Der Standard" ist eine liberale Zeitung. Sie ist unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und Interessengruppen und wendet sich an alle Leser, die hohe Ansprüche an eine gründliche und umfassende Berichterstattung sowie an eine fundierte, sachgerechte Kommentierung auf den Gebieten von Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft stellen. Die Zeitung tritt ein: für die Wahrung und Förderung der parlamentarischen Demokratie und der republikanisch-politischen Kultur, für rechtsstaatliche Ziele bei Ablehnung von politischem Extremismus und Totalitarismus, für die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes nach den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft, für Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften, für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und aller Bundesländer der Republik Österreich.

„Während Kampagnen gegen Personen bzw. bei gesellschaftspolitischen Fragen zumeist kritisiert werden, gibt es bei umweltpolitischen Themen (Beispiel „Hainburg“) oder bei der vor dem Beitritt Österreichs lancierten „Pro-EU-Kampagne“ Zustimmung. Die „Krone“ verfügt über ein quasi-statistisches Organ, (…) mit dem sie einen Wandel im Meinungsklima oft schneller erkennt als die Meinungsforschung und auch schneller als jene Politiker, die sich auf Meinungsforschung und auf die „Krone“ verlassen.“ (Haas 2008, 106)

Im Hinblick auf die derzeit vorherrschende EU-Skepsis der ÖsterreicherInnen, für welche viele die „Kronen Zeitung“ verantwortlich sehen, ist die alte Henne-Ei-Frage zu stellen: Hat die „Kronen Zeitung“ mit ihrer nun schon seit Jahren laufenden Kampagne die EU-Skepsis hervorgerufen oder fungiert sie hier tatsächlich lediglich als „Sprecherin der kleinen Leute“ (Haas, ebd.).

In den meisten Untersuchungen (jedoch nicht im österreichischen Raum) werden üblicherweise die Qualitätszeitungen eines Landes beobachtet, da diese die Qualität der Massenmedien eines Landes widerspiegeln und den Anspruch der Journalistischen Qualität wiedergeben. „Es wird angenommen, dass die Qualitätsmedien die für den politischen Meinungsbildungsprozess relevanten sind. Diese setzen professionelle Standards in der medialen Darstellung von Politik und erreichen damit eine Vorbildfunktion für die anderen Medien.“ (Brantner 2007, 159) In anderen Ländern kann von Qualitätszeitungen daher auch von „Leitmedien“ gesprochen werden. In Österreich bietet sich der Sonderfall der Kronen Zeitung: Mit einer Reichweite von 42,2 % im Jahr 2007 nahm der Anteil an Lesern zum Vorjahr zwar leicht ab (43,8% im Jahr 2006), doch ist er immerhin beträchtlich im Vergleich zum „Standard“ mit 5%, der Tageszeitung „Die Presse“ mit 3,8%, oder dem „Kurier“ mit 8,9% Reichweite. (vgl. Media Analyse, 2007) Es ist durch diese Zahlen bei einer Analyse innerhalb der österreichischen Zeitungslandschaft unumgänglich, die „Kronen Zeitung“ miteinzubeziehen, obwohl sie in den Definitionen zum Boulevard-Zeitungssegment hinzugezählt wird, aber durch ihre Verbreitung den gewichtigsten Part der österreichischen Zeitungskultur widerspiegelt.

Außerdem ist die „Kronen Zeitung“ „(…) nicht nur die bei Weitem meist gelesene Tageszeitung, sondern auch eine der meistgelesene Zeitung von Eliten (…)“. (Brantner 2007, 159)

6. Empirische Untersuchung der Genmais-Importverbots-Debatte

6.1. Ausgangslage

Die Diskussion und die Entscheidungsprozesse rund um das Genmais-Importverbot finden nun schon seit 2005 statt, als sich der Umweltministerrat das erste Mal gegen eine Aufhebung des österreichischen Importverbots von 1999 aussprach. 2006 fiel das Ergebnis ähnlich zugunsten Österreichs aus und erst 2007 konnte keine Mehrheit mehr im EU-Umweltministerrat gefunden werden, welche sich für eine Beibehaltung der österreichischen Linie aussprach. Den vorläufigen Höhepunkt bildete erwartungsgemäß am 07.05.2008 die Entscheidung der Europäischen Kommission, dass das Importverbot für die gentechnisch veränderten Maissorten MON810 und T25 fallen müsse. Ein Anbauverbot dieser Maissorten wird aber von der österreichischen Bundesregierung weiterhin aufrechterhalten.
In Anlehnung an Gerhards, Offerhaus und Roose (2003) sollen vier unterschiedliche österreichische Tageszeitungen jeweils zwei Tage vor und drei Wochen nach unterschiedlichen Entscheidungsphasen untersucht werden.[29]
Die grundsätzliche Überlegung war, sich auf eine Unterscheidung zwischen Special-Interest-Zeitungen wie Agrarzeitungen und österreichweit verbreitete Tageszeitungen zu beziehen. Verschiedene Ausgangslagen, bspw. wie und warum Artikel in den unterschiedlichen Zeitungen veröffentlicht werden, machten eine vergleichende Inhaltsanalyse dieser Zeitungstypologien aber schwierig bzw. ließ sich das Forschungsinteresse hier nicht konkretisieren, da sich die Untersuchung auch auf Entscheidungen vom EU-Umwelt- und nicht Agrarministerrat beziehen. Zusätzlich wurde davon ausgegangen, dass die Unterschiede der Berichterstattung einen Vergleich nicht zulassen. Daher wurde von den Special-Interest-Medien Abstand genommen und eine nicht minder uninteressante, vor allem aber einer breiteren Masse von RezipientInnen zugängliche Untersuchungsmaterie zur Hand genommen.

Anhand dieser Überlegungen soll die Untersuchung nach folgenden Gesichtspunkten erfolgen

[29] Gerhards, Offerhaus und Roose stellten darüber hinaus noch einen ländespezifischen Vergleich zwischen deutschen und britischen Tageszeitungen an. (vgl. Gerhards/ Offerhaus/ Roose, 2004)

- Welche Rolle spielen europäische Akteure – also jene der supranationalen Staatengemeinschaft sowie aus anderen EU-Staaten - sowie außereuropäische Akteure - sowohl außerhalb der EU als auch Europas - im medialen Diskurs um die Genmais-Importverbots-Debatte?
- Welche Bedeutung kommt Expertenmeinungen im Zusammenhang mit diesem Thema zu?
- Welche weiteren Akteure finden einerseits Eingang in die mediale Berichterstattung, andererseits die Möglichkeit, in Beiträgen als Sprecher miteinbezogen zu werden?
- Welchen Akteuren – auf nationaler oder europäischer Ebene – werden Erfolg bzw. Misserfolg zugeschrieben?
- Welche Ausgewogenheit an Pro- und Kontra-Stimmen findet im Diskurs um Genmais statt?
- Welche Unterschiede zeigen sich in den untersuchten Medien?
- Welche Relevanz hat ein Thema wie das Genmais-Importverbot für die untersuchten Medien und welche Unterschiede zeigen sich in ihnen?

Diese Fragestellungen waren grundlegend zur Generierung eines Kategorienschemas und des daraus resultierenden Codebuches für die Inhaltsanalyse. Alle Fragen beziehen sich sowohl auf die formalen Kriterien der zur Inhaltsanalyse herangezogenen Artikel, als auch auf inhaltliche Hintergründe und Zusammenhänge der Akteure in der öffentlichen Debatte. Somit ergeben sich somit folgende forschungsleitende Fragen und die daraus resultierenden Annahmen:

6.2. Forschungsleitende Fragen

Im Folgenden sollen nun die für diese Untersuchung zentralen forschungsleitenden Fragen dargestellt werden, jedoch muss zuerst eine Erklärung gegeben werden, welche die Besonderheit dieser Untersuchung darstellt, da diese nicht dem klassischen Forschungsschema einer quantitativen Analyse folgt.

Da es sich bei der Analyse um eine quantitative deskriptive Analyse handelt, welche auch Elemente der qualitativen Inhaltsanalyse mit einbezieht, werden zu den Forschungsfragen keine Hypothesen aufgestellt, da im Idealfall eine Hypothesengenerierung stattfinden kann. Anstatt dessen werden aufgrund der aus dem Untersuchungsmaterial erhobenen Daten einzelne Parameter als „Unterfragen" festgesetzt, welche zur Beantwortung der Forschungsfragen dienlich sind. Eine Trennung der Ergebnisse nach den einzelnen Tageszeitung findet zwar in dieser Untersuchung statt, doch steht sie nicht dafür, unterschiedliche Qualitätskriterien der Zeitungen durch diese Analyse herauszuarbeiten. Hinweise auf gewisse Medienframes sollen und können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Die Unterscheidung nach Tageszeitungen erfolgt aus der Absicht, die verschiedenen Darstellungsvarianten des Themas im Verlauf der Debatte zu beobachten. Das zentrale Forschungsinteresse geht daher nicht davon aus, welche Qualitätskriterien der vier Tageszeitungen anhand der Genmais-Importverbotsdebatte ersichtlich werden, sondern das zentrale Augenmerk wird auf die Gesamtberichterstattung gelegt. Die Typologien der einzelnen Zeitungen wurden ohnehin in Kapitel 5.3. dargestellt und sollen durch diese Untersuchung nicht noch einmal belegt oder widerlegt werden. Wichtig ist es nur, die Eigenheiten der unterschiedlichen Tageszeitungen bei der Analyse dauernd vor Augen zu behalten. Zu jeder Forschungsfrage werden weitere Unterfragen gestellt, welche eine Operationalisierung der Forschungsfrage möglich machen.

1. Forschungsfrage

Welche Bedeutung haben die Entscheidungen rund um das Genmais-Importverbot und dessen Aufhebung in den österreichischen Tageszeitungen?

1. Wie viele Artikel wurden in den vier Tageszeitungen zum Thema der Genmais-Importsverbots-Debatte ausfindig gemacht?
2. In welchen journalistischen Genres wird die Debatte thematisiert?
3. In welchen Zeitungsressorts verläuft die Genmais-Importverbots-Debatte?
4. Welchen Umfang haben die Artikel zu dem Thema?
5. Welche weiteren Kriterien lassen sich formal in den Artikeln zur Genmais-Importsverbots-Debatte festmachen?

2. Forschungsfrage

Welche Sprechakteure treten in der Genmais-Importverbotsdebatte auf und welche weiteren Akteure kommen in dieser Debatte vor?

1. Wie groß ist die Anzahl der in der Debatte vorkommenden Akteure?
2. Wie unterschiedlich sind die in der Debatte auftretenden Akteure?
3. Inwiefern werden Expertenmeinungen im Verlauf der Debatte in die Berichterstattung mit einbezogen?

3. Forschungsfrage

Wie werden die politischen Akteure in den Gesamtartikeln, das Thema und die Akteure in den Aussagen der Sprechakteure der medial vermittelten Genmais-Debatte bewertet und welche Attributionsmuster sind erkennbar?

1. Welche unterschiedlichen Bewertungstendenzen treten in der Genmais-Debatte hervor?
2. Wie ausgewogen sind die positiven und negativen Bewertungen der unterschiedlichen Akteure?
3. Welche Sprechakteure bedienen sich an emotional behafteten Argumentationsmustern?
4. Welche Attributionsmuster lassen sich anhand der Bewertungen erkennen?

6.3. Beschreibung der Methode

Durch die Inhaltsanalyse kann sowohl auf zeitlicher als auch auf medienspezifischer Ebene ein Vergleich gezogen werden.

Dadurch, dass sich die Inhaltsanalyse auf ein spezifisches Thema beschränkt, kann im Zuge der Auswertung auch auf einzelne bzw. besondere Beiträge aus dem Datenmaterial Rücksicht genommen werden. Nach der klassischen Definition von Berelson ist die Inhaltsanalyse „a research technique fort the objective, systematic, and quantitative description of the manifest content of communication". (Berelson 1952, 18) Doch soll auf diese Art, Einzelartikel direkt in die Analyse mit einbeziehen zu können, der Kritik von Merten auf das Fehlen von Interferenzen vom Inhalt auf die soziale Wirklichkeit entgegengewirkt werden (vgl. Merten 1995: 58f.). Dass es sich bei dieser Untersuchung um einen sehr kleinen Ausschnitt politischer Wirklichkeit – hier im Kontext der Europäischen Union – handelt, birgt offensichtlich einige Nachteile mit sich. So kann von Teilergebnissen einer solchen Untersuchung nicht unbedingt auf größere und komplexere Zusammenhänge geschlossen werden. Andererseits ist es durch eine solche Einschränkung möglich, in solch kleinem Rahmen eine gesamte Darstellung der Berichterstattung zu erfassen und zu bewerten. Die überschaubare Anzahl an Beiträgen macht es zudem auch möglich, bei Erklärungsversuchen wiederum auf einzelne Beispiele einzugehen.

Zur Erstellung des Codebuches wurden neben eigenen Überlegungen sowohl die Untersuchungen von Gerhards et al. herangezogen, als auch die Dissertation von Cornelia Brantner (2007), welche aufgrund ähnlicher Fragestellungen für dieses Untersuchung nützliche Kategorisierungen liefern.

Die Untersuchung unterscheidet prinzipiell zwischen Artikel und Aussage. Man könnte lediglich die Artikel heranziehen, doch würde es sich hier nur um eine Quantifizierung des erhobenen Datenmaterials handeln, welches zwar auch Einblick geben würde, welche Akteure in den Artikeln vorkommen, doch kann kein Schluss auf etwaige Aussagen gezogen werden. Somit ist es wichtig, auch die Aussagen innerhalb der Beiträge in die Analyse mit einzubeziehen. Zusätzlich wird dabei das Wissen über den Informationsmittler ins Zentrum der Beobachtung gestellt. „Themen und Wissen, auch Kenntnisse über Normen, Werte und Verfahren, werden zwar gesellschaftsweit weitgehend über Medien vermittelt, aber nicht von ihnen (allein) erzeugt." (Jarren 2000, 38) Die Bereitstellung obliegt also nicht allein der Medien selbst, sondern ist durchwegs durch Akteure des intermediären Systems mitbestimmt

und Medien werden von diesen nicht nur als Mittler sondern auch als Vermittler in Anspruch genommen. Wie weit dieses „In-Anspruch-Nehmen“ auch das „Benutzen“ von Medien durch unterschiedlichste Akteure geschieht, ist Thema vielerlei deterministischer Ansätze. Daher müssen bei einer Analyse „(…) die Vermittlungs- (z.B. Nachrichten, Berichte) und Eigenleistungen (z.B. Kommentare) unterschieden werden.“ (Brantner 2007, 139) Demnach werden Berichte über Entscheidungen des EU-Umweltministerrats bzw. der Kommission zwar auf Artikelebene codiert, nicht aber als Aussage wahrgenommen. Die Entscheidung selbst stellt wiederum einen Sprechakt dar.

Bei Artikeln, in welchen das Genmais-Importverbot ein Nebenthema darstellt, wird in den Fällen einzeln abgewogen, ob darin eine Aussage zu codieren ist, welche den Ansprüchen des Kategorienschemas genügt. Dies gilt vor allem für Leserbriefe. Bei der Zusammenfassung einer publizierten Debatte sind jedoch wieder problematische Rückschlüsse anzustellen auf die Frage, wer in den Medien Öffentlichkeit bildet. Wenn Hans Wagner von „Kommunikation zwischen Gemeinschaften“ (Groth 1995, 229) spricht oder Gerhards meint, dass hier „organisierte Sprecher“ aufeinandertreffen und „nicht Einzelpersonen“ (Gerhards 1997, 16),[30] so wird hier eher von publizistischen Regelfällen ausgegangen und Unregelmäßigkeiten werden von vornherein ausgeschlossen. Mit Unregelmäßigkeiten ist in diesem Fall die nicht genaue Abgrenzung zwischen Kommentar und Meinung sondern die überdurchschnittliche Gewichtung von Lesermeinungen gemeint.

Abgesehen davon kann jedoch in der Analyse einiges über den Sprecher einer Aussage festgestellt werden. So kann man erkennen welche Sprechakteure auftreten, wen sie repräsentieren bzw. welche Sprecher eines Kollektivs und wie oft diese in den Beiträgen vorkommen. Der Vorteil einer Analyse von einem sehr kleinen Thema ist dabei, dass die Frage leicht zu beantworten ist, warum sie sich zu diesem Thema angesprochen fühlen.

Schönhagen sieht in einer solchen Analyse durchaus die Möglichkeit zu erkennen, „welche Sprecher bzw. Kollektive zu den verschiedenen Themen und wie diese jeweils mit ihren Äußerungen vermittelt werden(…)“. Als Produkt sieht Schönhagen die aufschlussreiche Erkenntnis, „(…) inwieweit die Berichterstattung sich um die Integration der real gegebenen Vielfalt der Interessenkonstellationen (…) und der von den verschiedenen Seiten aktualisierten Themen bzw. Themenaspekte bemüht.“ (Schönhagen 2000, 567) In der Analyse der Genmais-Importverbots-Debatte werden also nicht nur die Sprecher von Kollektiven berücksichtigt, sondern alle in der Debatte direkt oder indirekt in den Medien zu

[30] Es ist mir an dieser Stelle bewusst, dass es sich bei dem hier angeführten Beitrag um eine Auseinandersetzung von unterschiedlichen Öffentlichkeitsmodellen handelt, in welchem Gerhards genau in diesem Punkt einen großen Unterschied beschreibt.

Wort kommenden Akteure. Wenn JournalistInnen nicht nur als Vermittler der Aussagen agieren, sondern mit ihren eigenen Meinungen und Interpretationen auftreten, werden diese Aussagen codiert. Journalistische Frames stehen in einer solchen Konzeptionen in unmittelbarem Zusammenhang.

6.4. Aufbau des Codebuchs

Nachdem das Codebuch ohnehin vollständig im Anhang ausgeführt wird, soll an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung angeführt werden, um einen Überblick zu erhalten bzw. Erklärungen zum Codierverfahren zu geben.
Das Codebuch gliedert sich in drei Teile: Der erste beschäftigt sich mit den formalen Gegebenheiten der Gesamtartikel. Im zweiten Teil sollen die inhaltlichen Merkmale der Artikel erhoben werden und der dritte Teil befasst sich mit den einzelnen Aussagen, welche innerhalb der Artikel vorzufinden sind, auch auf einer inhaltlichen Ebene.

6.4.1. Formale Ebene

Anfänglich wird nach den allgemeinen, formalen Kriterien des Artikels gesucht. Nachdem der Haupttitel des Artikels codiert wird, wird nach dem formalen Grundkriterium gefragt, aus welcher der vier Tageszeitung der Artikel stammt. Weiters soll der genaue Erscheinungstag (tt,mm,jj) erhoben werden, um den Artikel auf der Zeitebene einordnen zu können. Der nächste Punkt der Erhebung betrifft das jeweilige Ressort, in welchem der Artikel beschrieben ist, welches einen zentralen Aufschluss über die Gewichtung eines Artikels geben soll. Die Ressorts müssen eindeutigen Kategorien zugeordnet werden. Neben diesem Punkt ist die Seitenzahl der Zeitung, unter der der Artikel erschienen ist, anzugeben, um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen. Als nächstes soll die Information, ob dem Artikel ein Foto, ein Bild, Illustration oder Tabelle beigestellt ist, eingegeben werden. Es wird vermutet, dass dies auch ausschlaggebend ist für die Erhebung des relativen Seitenanteils eines Artikels. Da es sich um unterschiedliche Blatt- und Druckgrößen handelt, soll lediglich zwischen drei Kategorien unterschieden werden, welche den verhältnismäßigen Anteil

bemessen sollen. „Groß“ bedeutet, dass der Artikel über mehr als dreiviertel der Seite einnimmt, „mittel“, mehr als ein Viertel und „klein“ bedeutet, dass der Artikel sich über einen kleineren Anteil als ein Viertel der Seite erstreckt. Ist jedoch ein Leserbrief, der meist nur unter „klein“ zu kategorisieren ist, überdurchschnittlich proportional zu den anderen Leserbriefen, so muss dieser unter „mittel“ kategorisiert werden. Genauso wie ein kleiner Artikel mit einer dementsprechenden Illustration.
Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem Autor des Artikels. Sofern dieser bekannt ist, ist der Name des Autors in das dementsprechende Feld einzugeben. Auch die jeweilige Funktion – handelt es sich dabei um eine/n Redakteur/in der Heimredaktion oder um eine/n Korrespondenten/in – muss im nächsten Feld kategorisiert werden. Auch bei Leserbriefen ist der jeweilige Name einzugeben und die Kategorie „Leser“ zu wählen. Handelt es sich bei dem Leserbrief jedoch um eine Stellungnahme eines Vertreters einer Organisation, so ist dies ebenfalls zu kategorisieren.

6.4.2. Inhaltliche Ebene

Der zweite Teil begibt sich auf die inhaltliche Ebene, wo zuerst das Hauptauswahlkriterium des Artikels erörtert wird, ob das Thema des Genmais-Importverbots (hier werden alle vier Perioden inkl. aller Vorentscheidungen und zukünftige Spekulationen miteinbezogen) Hauptthema oder Nebenthema des Artikels darstellt, oder das Thema lediglich in einem Verweisungskontext angeführt wird. Sobald das Thema des Importverbots gleichrangig neben einem anderen Thema besprochen wird, so ist dieses auch als Hauptthema zu kategorisieren, jedoch mit einem Verweis auf das zweite Thema.
Als nächstes wird erhoben, ob die beiden Genmaissorten MON810 der Firma „Monsanto“ und T25 der Firma „Bayer CropScience“ im Artikel genannt, nicht explizit genannt werden oder keine Erwähnung finden. Danach wird erhoben, in welchem geografischen Bezug der Artikel steht. Die Kategorien reichen dabei von einem Österreich Bezug, über den Bezug Österreich und andere EU-Staaten, nur andere EU-Staaten, die EU mit oder ohne Österreich bis hin zu außereuropäischen Regionen. Abgesehen vom geografischen Bezug wird danach erhoben, welche anderen Länder (im Verweis oder als Akteur) im Artikel erwähnt werden.
Zusätzlich sollen die in den Artikeln vorkommenden Akteure eingegeben werden wie bspw. Kommission, Politiker, Sprecher, Organisationen etc…

Zum Abschluss soll noch eine Gesamtbeurteilung des Artikels stattfinden, welche Bewertung der EU bzw. der österreichischen Politik aus dem Beitrag ersichtlich ist. Ist keine Bewertung zu erkennen, ist dies ebenso zu beurteilen wie positive, negative oder neutrale bzw. ausgewogene Bewertungen.

6.4.3. Aussagenebene

Der dritte Teil des Codebuchs beschäftigt sich mit den einzelnen Aussagen, welche aus den Artikeln zu entnehmen sind. Für Artikel, welche lediglich mit „Verweiskontext“ codiert wurden, endet das Codebuch an dieser Stelle, da nicht angenommen wird, dass im Verweiskontext konkrete Aussagen zu codieren sind.

Anfänglich wird erhoben, auf welche Entscheidung sich die Aussage konkret bezieht, diese Kategorisierung beschränkt sich jedoch nicht nur auf eine Entscheidung, sondern es können auch mehrere Bezüge auf Entscheidungen kategorisiert werden. Dies ist insofern von Bedeutung, da der Bezug der Aussage sich nicht zwingend mit dem Bezug des Artikels überschneidet. Danach wird festgestellt, wer denn der Aussageträger ist und in welcher Funktion er diese Aussage tätigt. Auch die AutorInnen der Artikel können zu Aussageträger werden, wenn der Artikel neben der Nachricht eigene Aussagen beinhaltet. Dies ist im Optimalfall nicht nötig, da eine Trennung zwischen Nachricht und Kommentar grundsätzlich passieren sollte. Bei Boulevardzeitungen kann von einer strikten Trennung nicht ausgegangen werden.

Als nächstes soll festgestellt werden, wer in der Aussage den Aussageempfänger darstellt. Anschließend wird auch bei diesem die Zugehörigkeit festgestellt. Es muss jedoch nicht in jeder Aussage ein Empfänger codiert werden, da in vielen Fällen kein Empfänger vorhanden bzw. nicht eindeutig ersichtlich ist. Ist jedoch ein Empfänger codiert, so muss als nächstes die Beurteilung des Senders über den Empfänger kategorisiert werden. Dies passiert wieder in den Kategorien „positiv“, „neutral“, negativ“ und „keine Beurteilung“.

Den letzten Teil bilden die Gesamtbewertungen der Aussagen. Hier wird jeweils zwischen den Kategorien „positiv“, „neutral“, negativ“ und „keine Beurteilung“ unterschieden. Zuerst, welche Beurteilung das Thema, über das die Aussage getätigt wurde, findet. Danach soll eine

Entscheidung getroffen werden, wie die Grund-Ausgangslage des Aussageträgers bewertet wird.

Hier geht es darum festzuhalten, welche Einstellung der jeweilige Träger zum Thema Genmais hegt. Greenpeace-Sprecher stehen hierbei sicherlich in Opposition zu einem Sprecher der Firma „Monsanto". Danach soll noch einmal die Beurteilung des Aussageträgers im Bezug auf die österreichische Bundespolitik und die Akteure der Europäischen Union festgestellt werden.

6.5. Untersuchungsmaterial

Die österreichischen Tageszeitungen, die untersucht werden, spiegeln im Allgemeinen drei unterschiedliche Formen der Zeitungstypologie wieder: zum einen die Qualitätszeitungen „Standard" und „Presse", weiters die Tageszeitung „Kurier" als Vertreter des Mid-Makret-Segments und die „Neue Kronen Zeitung" als Boulevardzeitung.

Die Grundgesamtheit des Untersuchungsmaterials bilden sämtliche Artikel, Kommentare, Leserbriefe und Glossen, aber auch Verweise von anderen Seiten auf die jeweiligen Artikel, der angegebenen vier Tageszeitungen im Zeitraum rund um die Abstimmungen im EU-Umweltministerrat 2005, 2006 und 2007 sowie die Entscheidung der Europäischen Kommission im Mai 2008 zur Aufhebung des österreichischen Importverbots. Dabei werden auch Artikel in die Untersuchung miteinbezogen, welche zwar hauptsächlich andere Themen behandeln, doch im Text sich ein Querverweis auf das Importverbot bzw. dessen Aufhebung finden lässt. Dies ist vor allem wichtig, da sich viele Leserbriefe der Importverbots-Debatte lediglich als Beispiel bedienen.[31] Solche Verweisungskontexte werden zwar als Einzelfälle codiert, nicht aber als einzelne Aussagen bewertet.

Als Aussagen werden lediglich jene Textstellen codiert, welche das Thema des Genmais-Importverbots bzw. dessen Aufhebung zum Thema haben. Bei Nachrichten bzw. Berichten kann jedoch dieses Thema auch als Nebenthema rangieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Verweisung auf die Genmais-Importverbots-Debatte. In dieser

[31] Ein Beispiel dafür ist folgender Leserbrief aus der „Kronen Zeitung" vom 08.11.2007 (Seite 29), von einem der Redaktion bekannten, jedoch nicht genannten Autor: „**EU-Sumpf…** Wir fordern eine Volksbefragung, in der die Österreicher endlich darüber entscheiden (was unser gutes Recht ist), dass unser neutraler, freier Staat auch das bleibt, was er ist, nämlich neutral und frei trotz EU. Es kann nicht sein, dass Österreich nur zu einer Marionette von Brüssel geworden ist, in der alles hingenommen werden muss (siehe Genmais und anderes), was bestimmt wird, ohne Rücksicht auf den Willen und die Gefühle des Volkes. (…)"

Untersuchung werden die sog. Supplements der unterschiedlichen Tageszeitungen nicht berücksichtigt, da bei einer Vorerhebung in keinem Supplement Beiträge gefunden wurden.
Da zusätzlich in den ersten beiden Untersuchungszeiträumen keine für die Untersuchung relevanten Artikel in diesen gefunden werden konnten, wurde davon ausgegangen, dass die Berichterstattung sich auch in den weiteren Zeitabschnitten lediglich auf die täglich erscheinenden Printausgaben beschränkt.
Eine besondere Form stellen Karikaturen und Gedichte dar, die sich zwar nicht explizit auf die jeweiligen politischen Entscheidungen beziehen, dennoch aber als Gegenstand der Untersuchung herangezogen werden müssen. Diese werden aber in die Untersuchung als „normale“ Artikel miteinbezogen, jedoch unter der Annahme, dass sie lediglich in einem Verweisungskontext auf das eigentliche Thema hinweisen.

6.5.1. Festlegung der Untersuchungszeiträume

Aufgrund der Chronologie des Entscheidungsprozesses rund um das Thema des österreichischen Genmais Importverbots der beiden Maissorten MON810 und T25 wurden im vorhinein vier Untersuchungszeiträume festgelegt, in welchen entweder durch die unterschiedlichen Zeitpunkte und/oder durch die verschiedenen Abstimmungsergebnisse voneinander abweichende Berichterstattungsmuster zu erkennen sind.

6.5.1.1. Der erste Untersuchungszeitraum

Dieser erstreckt sich vom 22. Juni 2005 bis 14. Juli 2005 und ergab sich durch den ersten Anlauf der EU-Kommission, die im Zeitraum 1997-2000 von der österreichischen Bundesregierung beschlossenen Importverbote zu kippen. Ein Entwurf wurde dem EU-Umweltministerrat vorgelegt und am 24. Juni votierten die Umweltminister mit qualifizierter Mehrheit für eine Beibehaltung des Verbots. Es wird vermutet, dass sich in den Tageszeitungen zumindest im Zeitraum von zwei Tagen vor dem Ereignis eine Vorberichterstattung finden lässt, daher beginnt der Untersuchungszeitraum am 22. Juni 2005. Nach dem Ereignis werden die vier unterschiedlichen Tagezeitungen noch drei

Wochen lang, also bis zum 13. Juli, beobachtet, da vor allem Kommentare zu diesem Thema zu einem späteren Zeitpunkt erwartet werden.

6.5.1.2. Der zweite Untersuchungszeitraum

Dieser erstreckt sich vom 16.12. 2006 bis zum 08.01.2007. Die Entscheidung des Umweltministerrats, welche auf den zweiten Anlauf der EU-Kommission gegen Importverbote reagierte und wiederum zu Ungunsten der Kommission verlief, fand am 18.12.2006 statt. Dass in diesem Fall wieder die Untersuchung zwei Tage vor dem Ereignis ansetzt beruht einerseits auf die Vergleichbarkeit mit den anderen Untersuchungszeiträumen, andererseits wird vermutet, dass durch das vorige Aussprechen der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) für eine Aufhebung der Importverbote, die Tageszeitungen zu Vorberichterstattungen veranlasst werden konnten. Die Entscheidung, in diesem Zeitraum die Tageszeitungen etwas länger zu untersuchen, also bis zum 08.01.2007 hat den Grund, dass durch die dazwischen liegenden Weihnachtsfeiertage eine Verschiebung des Erscheinungsdatums div. Kommentare und Leserbriefe vermutet werden kann. Auch werden in diesem Zeitabschnitt mehrere Kommentare erwartet, da beim zweiten Anlauf der Kommission und neuerlichen Scheitern sich die Argumentationslage verändern kann. Auch die Information und Popularität durch vorangegangene Berichterstattung könnte in diesem Zeitraum größer sein und zu einer regeren Kommentierung führen.

6.5.1.3. Der dritte Untersuchungszeitraum

Der dritte Untersuchungszeitraum steht konträr zu den ersten beiden, da sich hier die Entscheidung zu Ungunsten der österreichischen Linie, das Importverbot zu halten, wendete. Es konnte am 30.10.2007 im EU-Umweltministerrat keine qualifizierte Mehrheit mehr gefunden werden, um die Importverbote zu verlängern. Jedoch konnte sichergestellt werden, dass der Anbau von transgenem Mais in Österreich weiterhin verboten bleibt. Wiederum beginnt dieser Untersuchungsabschnitt zwei Tage vor dem Ereignis, um eventuelle Vorberichterstattung in die Untersuchung mit einbeziehen zu können. Politisch wurde hier klar gegen die österreichische Linie votiert und dies lässt eine höhere Anzahl an Berichten in den Tageszeitungen zu diesem Thema vermuten. Weiters ist diese Vermutung durch den

schon im zweiten Untersuchungszeitraum angenommene Informationszuwachs und durch den für Österreich negativen Ausgang der Abstimmung zu begründen. Um sämtliche Berichterstattung um das Thema Aufhebung des Importverbots einerseits erfassen zu können, andererseits auch wegen der Vergleichsmöglichkeit zu den beiden anderen Untersuchungsabschnitten, erstreckt sich der Zeitraum um die dritte EU-Umweltministerratsabstimmung vom 28.10.2007 bis zum 20.11.2007.

Nach dieser Entscheidung lag es also in der Hand der Kommission über eine Aufhebung des Importverbots zu entscheiden, zumal sie ein Verfahren auch gegen das österreichische Anbauverbot mit der Welthandelsorganisation (WTO) am Laufen hatte. Die Entscheidung der Kommission kam jedoch erst im darauf folgenden Jahr am 07.05.2008.

6.5.1.4. Der vierte Untersuchungszeitraum

Dieser erstreckt sich demnach vom 05.05.2008 bis zum 26.05.2008. Hier kam es also zu einer Aufhebung der Importverbote für die transgenen Maissorten MON810 und T25 durch die EU-Kommission. Eine Aufhebung des Anbauverbots konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Hierbei wird vermutet, dass es durch eine mediale Beschwichtigung und auch durch die Vorhersehbarkeit der Entscheidung jedoch lediglich zu ähnlich vielen Reaktionen kommen wird, wie im dritten Untersuchungszeitraum.

Die Gemeinsamkeiten der Untersuchungszeiträume bestehen also einerseits in ihrer Länge (abgesehen vom 2. Abschnitt, da es hier durch die Feiertagskonstellation zu Unregelmäßigkeiten kommen kann) und andererseits durch den markanten Zeitpunkt einer Ministerrats- bzw. Kommissions-Entscheidung. Es wird aufgrund des zeitlichen Verlaufs und durch die unterschiedlichen Abstimmungsergebnisse eine gewisse Prägnanz nicht nur in der Berichterstattung, sondern auch in den Reaktionen, welche in den Kommentaren und Leserbriefen zu finden sein werden, erwartet.

6.5.2. Zugang zum Untersuchungsmaterial

Es wurden wie o.a. vier unterschiedliche österreichische Tageszeitungen ausgewählt, welche wegen ihren unterschiedlichen Positionierungen einerseits und ihrer überregionalen – nicht quantitativen – Verbreitung andererseits Vergleiche zulassen. Die überregionale Verbreitung meint in diesem Sinne auch die Möglichkeit aller ÖsterreicherInnen, diese Tageszeitung rezipieren zu können. Bei der Recherche ergaben sich anfänglich einige Schwierigkeiten, sodass diese auf eine, für alle Tageszeitungen gleiche Art erfolgte. Es besteht nämlich bei der Kronen Zeitung nicht die Möglichkeit, nach Artikeln online zu recherchieren. Auch die Recherche über Artikel zu dem Thema in den Online-Archiven wäre zum Großteil mit Kosten verbunden gewesen. Somit wurde die Recherche direkt am Material in den Archiven der Österreichischen Nationalbibliothek und der Universitätsbibliothek durchgeführt.[32] Durch diese Herangehensweise war es auch möglich, die tatsächlich gedruckten Ausgaben der jew. Tageszeitungen zu untersuchen und die Positionierung der jeweiligen Artikel, nicht nur nach Ressort, sondern auch nach der Seitenzahl festzustellen. Dies ist für die Untersuchung insofern wichtig, als dass anhand der Positionierung auch festgestellt werden kann, welche Priorität das Thema bzw. der Artikel für die Tageszeitungen möglicherweise einnimmt.

[32] Je nach Zeitpunkt und Medium standen die Zeitungsausgaben in gebundener Form oder als Mikrofilm zur Verfügung.

6.6. Auswertung der Ergebnisse[33]

Die Auswertung des Materials soll vorerst dem Schema des Codebuches folgen. Somit werden im ersten Schritt die formalen Komponenten des Untersuchungsmaterials beschrieben. Diese sind bspw. Anzahl der erschienen Artikel, Größe, Ressortverteilung, journalistisches Genre und Bildlast. Durch eine deskriptive Auswertung werden hierbei die Unterschiede der vier Tageszeitungen in der Berichterstattung zum Thema Genmais-Importverbot formell ermittelt und erste Interpretationsmöglichkeiten bereitgestellt.

Der zweite Schritt folgt mit der formal-inhaltlichen Analyse des Materials. Hier werden ebenso deskriptiv formelle Parameter analysiert, als auch inhaltsimmanente Kriterien. So wird bspw. das Erscheinungsdatum bzw. die Periode, in der die Artikel erschienen sind, in Verbindung gebracht mit der politischen Entscheidung, auf die sich die Beiträge beziehen; oder ob es sich vorwiegend um generalisierende, den gesamten Prozess beschreibende, Artikel handelt. Interessant wird in diesem Zusammenhang die Aufteilung auf die verschiedenen journalistischen Genres. Weiters wird in diesem Schritt beleuchtet, ob die Berichterstattung bzw. die Artikel, die sich auf dieses Thema beziehen, exakte Angaben zu dem Gegenstand, also die beiden Genmaissorten MON810 der Firma „Monsanto“ und T25 der Firma „Bayer CropScience“, machen oder generalisierend von „Gentechnik“, „Genmais“ oder „Genfood“ und dergleichen sprechen.
Ein weiterer Analyseschwerpunkt ist in diesem Schritt der geographische und politische Bezug.

Im dritten Schritt erfolgt zuerst eine Darstellung der Gesamtbewertungen der Artikel. Hier soll erfasst werden, ob die Grundintention bzw. die Bewertung der Artikel im Gesamten positiv oder negativ im Bezug auf die jeweiligen politischen Akteure ausgefallen ist. Dies hat den Vorteil, auch die Grundintentionen der nicht-redaktionell verfassten Beiträge zu erfassen. Danach wird die Artikelebene verlassen und die Analyse begibt sich auf die Aussagenebene. Dabei rücken jene Aussagen in den Mittelpunkt, welche in den Artikeln von den verschiedenen Akteuren getätigt wurden. Jedoch lediglich jene Aussagen innerhalb der Artikeln, welche die Genmais-Debatte zum Hauptthema haben. Befindet sich in einem

[33] Im Folgenden Teil werden Berufsbezeichnungen durch die Platzverhältnisse in den Tabellen und Texten nicht genderspezifisch ausgewiesen. Die Bezeichnungen (Politiker, Autor,…) beziehen sich jedoch immer auf weibliche und männliche Vertreter dieses Berufes. Dies wurde auch in der Analyse berücksichtigt.

Artikel mit Genmais als Nebenthema eine Aussage, welche sich konkret auf die Thematik bezieht, wird diese als Ausnahme in die Auswertung miteinbezogen.
Diese Analyse ist in dieser Untersuchung die Vielschichtigste und soll auch Aufschluss über mögliche Attributionsmuster geben. Zuschreibungen und Bewertungen der Sprechakteure werden hier also in den Mittelpunkt gerückt. Vorerst ist es in diesem Zusammenhang jedoch wichtig zu sehen, wer denn innerhalb der Artikel zu Wort kommt, bzw. Aussagen tätigt.

Statistische Auswertung

Bevor aber die Auswertung erfolgt, soll kurz auf die statistische Methode der Auswertung eingegangen werden. Zur Darstellung von statistischen Zusammenhängen werden Kreuztabellen erstellt, wobei die Zusammenhänge anhand des Chi²-Tests überprüft werden. Aufgrund der Tatsache, dass beim Chi²-Test keiner der erwarteten Werte unter 5 sein darf, wurde versucht, einer Verletzung dieser Voraussetzung durch Zusammenfassen der Codiereinheiten entgegenzuwirken. Soll jedoch trotzdem der Fall eintreten, dass erwartete Werte unter 5 liegen, wird der Chi²-Test trotzdem angeführt und gesetzt dem Fall, dass es sich um signifikante Zusammenhänge handelt, auch interpretiert. Durch die geringe Fallzahl ist dies die einzige Möglichkeit, tendenzielle Aussagen treffen zu können. Von einem signifikanten Ergebnis wird ab dem Zeitpunkt gesprochen, wenn der Chi²-Test einen p-value unter 0,05 aufweist. Liegt der errechnete p-value über dem genannten Wert, so wird in der Regel keine Aussage über einen möglichen Zusammenhang gemacht.
Durch den Kontigenzkoeffizienten Cramer's V, ein auf dem Chi²-Test basierendes Zusammenhangsmaß, wird die Stärke des Zusammenhangs der Variablen angegeben. Der Vorteil des Cramer's V ist, dass der Wert unabhängig vom Stichprobenumfang angegeben werden kann. Er liegt zwischen 0 und 1 (ist also immer positiv). In den Sozialwissenschaften spricht man schon bei einem Wert von 0,3 von einem Zusammenhang. Die Analyse wird aber sowohl den Wert des Chi²-Test, als auch des Cramer's V berücksichtigen, um interpretativer Willkür entgegenzuwirken.

6.6.1. Formale Analyse des Untersuchungsmaterials

Um einen Punkt vorwegzunehmen: es konnten in den angegebenen Untersuchungszeiträumen nicht die Menge an Artikeln und Beiträgen ausfindig gemacht werden, wie zu Beginn der Untersuchung angenommen. Das öffnet jedoch das Fenster zu weiteren Möglichkeiten qualitativer Interpretationen.
Insgesamt wurden in den vier Tageszeitungen zu den vier Untersuchungszeiträumen 88 Artikel ausfindig gemacht, welche das Genmais-Importverbot der österreichischen Bundesregierung und die Debatte rund um eine Aufhebung des Importverbots thematisierten.

6.6.1.1. Zeitungen

Abb.2: Artikel der Genmais-Debatte aller Untersuchungszeiträume (n=88)

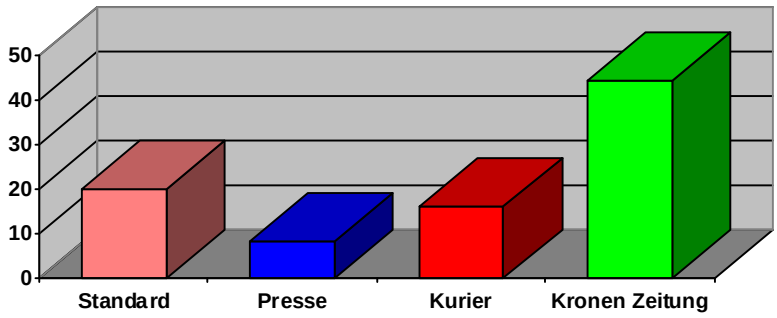
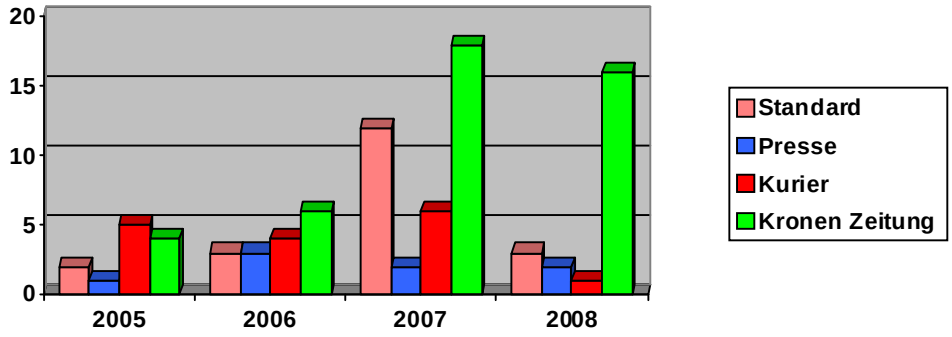


Abbildung 2 zeigt jegliche Berichte, Kommentare, Leserbriefe, Gedichte und Karikaturen, welche das Genmais-Importverbot und die Diskussionen um die Abstimmungen und Entscheidungen des EU-Umweltministerrats und der Kommission als Haupt- oder Nebenthema hatten, oder dies in einem Verweisungskontext zu finden war. Dabei publizierte „Der Standard“ 20 Artikel(22,7%), „Die Presse“ 8 (9,1%), „Kurier“ 16 (18,2%) Artikel und die „Kronen Zeitung“ mit 44 Artikeln (50%) die Hälfte aller Artikel, welche mit dem Thema in Verbindung gebracht wurden. Die Abbildung veranschaulicht, wie sehr viel mehr Artikel in der „Kronen Zeitung“ zu dem Thema erschienen sind.
Insgesamt wurde ein Untersuchungszeitraum von 93 Tagen anberaumt, wobei jene 88 Artikel lediglich in einem Zeitraum von 56 Tagen ausgemacht werden konnten und dabei auch nicht an jedem Tag jener Zeitspanne thematisch relevante Artikel publiziert wurden.

Da in dem angegebenen Untersuchungszeitraum sämtliche Artikel in den vier Tageszeitungen herangezogen wurden, die das Thema um die Genmais-Debatte behandelten, kann man in diesem Fall von einer Vollerhebung sprechen.

Einen Überblick über die Artikel der vier Untersuchungszeiträume und deren Verteilung in den Zeitungen soll nun folgende Abbildung geben:

Abb. 3: Aufteilung in Untersuchungszeiträume



Allein Abbildung 3 würde die Annahme bestätigen, dass bei negativen Entscheidungen mehr in den Tageszeitungen publiziert wird und würde somit einen Punkt der Nachrichtenwerttheorie unterstützen, nachdem für die österreichische Linie negative Ereignisse mehr Berichterstattung zur Folge haben. 2007 erschienen mit 38 Artikeln (43,2%) mit Abstand am meisten Beiträge zu dem Entscheidungsprozess. Zu diesem Zeitpunkt erlangte bekanntlich die Aufrechterhaltung des Genmais-Importverbots im EU-Umweltministerrat keine qualifizierte Mehrheit. 2008 jedoch, als das Importverbot von der Kommission tatsächlich aufgehoben wurde, nahm die Zahl der Beiträge wieder deutlich ab. Klarer wird das Bild jedoch, wenn man sich die Untersuchungszeiträume, aufgeteilt nach den Tageszeitungen genauer betrachtet.

Man bemerkt, dass vor allem die „Kronen Zeitung“, aber auch der „Standard“ dem Trend der Gesamtartikelzahlen folgen. Die Tageszeitung „Kurier“ schrieb am wenigsten im vierten Untersuchungszeitraum. Ebenso wurde in der „Presse“ mehr 2006, also als noch eine Mehrheit im Ministerrat erreicht wurde, als zur Debatte 2007 verfasst.

Der nächste Punkt der deskriptiven Analyse soll die Aufteilung der Artikel in den vier Tageszeitungen nach den Zeitungsressorts darstellen.

6.6.1.2. Ressort

Zur Anschauung der Aufteilung der Artikel in Ressorts wurden die Variablen „Zeitungsressort“ und „Zeitung“ in einer Kreuztabelle ausgewertet. Dies beruht auf der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen den Ressortzuteilungen und den Tageszeitungen gibt.

Tabelle 2: Aufteilung der Zeitungsressorts[34]

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Zeitungsressort	Innenressort					2	12,5	20	45,5	**22**	25,0
	Außenressort					7	43,8			**7**	8,0
	EU-Ressort			1	12,5					**1**	1,1
	Wirtschaft	8	40,0	3	37,5	5	31,3			**16**	18,2
	Kommentar/Leser	8	40,0	2	25,0			23	52,3	**33**	37,5
	Chronik	1	5,0							**1**	1,1
	Andere	3	15,0	2	25,0	2	12,5	1	2,3	**8**	9,1
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer’sV= 0,587, leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Hierbei fällt besonders die Ressortaufteilungen der „Kronen Zeitung“ und des „Kurier“ im Unterschied zu den beiden Qualitätszeitungen auf. Bei der Einordnung der Artikel der „Kronen Zeitung“ ist anzumerken, dass beinahe sämtliche Artikel und Berichte, welche dem Innenressort zugeteilt wurden, beim von der Zeitung als „Österreich“ überbeschrifteten Zeitungsteil und nicht auf den (meist) ersten beiden Seiten der Politikberichterstattung zu finden waren. Lediglich die Kolumnen von Wolf Martin („In den Wind gereimt“) und der Satire-Beitrag von „Herr Strudel“, welche auch das Thema zumindest in einem Verweisungskontext darstellten, wurden auf Seite 2 publiziert, was jedoch in dieser Untersuchung nicht in einem eigenen Ressort gezählt wurde, sondern als eigene Form beim Punkt „journalistisches Genre“ ausgezeichnet wurde. Somit konnten in der „Kronen Zeitung“, inklusive der beiden genannten Ausnahmen, 20 Artikel (45,5% der gesamten „Kronen Zeitung“- Artikel zu dem Thema) ausfindig gemacht werden, welche die politischen Entscheidungen um das Genmais-Importverbot zum Thema hatten und im Innenressort erschienen. 23 Beiträge (52,3%) wiederum wurden zu dem Thema im Ressort „Kommentar/ Leserbriefe“ gefunden. Lediglich ein Beitrag wurde im Punkt „andere“ codiert. Hierbei

[34] Die Prozentwerte innerhalb der Zeilen und Spalten geben den jeweiligen Anteil der Artikel an der Gesamtberichterstattung der Zeitung wieder. Die Prozentwerte neben den Gesamtspaltenwerten jedoch sind der jeweilige Anteil der Zeitungsartikel an der Gesamtartikelzahl. Auch jene Werte neben der Gesamtzeilenwerte geben den prozentuellen Anteil der Ressorts an der Gesamtberichterstattung (n=88) an. Diese Art der Darstellung wurde zudem bei allen folgenden Tabellen gewählt, was in weiterer Folge nicht mehr beschrieben wird. Sollte es jedoch zu einer anderen Darstellung kommen, so wird dies bei betroffener Tabelle in einer Fußnote angegeben.

handelt es sich um die Cartoon-Serie „Superrudi und Superstruppi“, welche meist innerhalb des Anzeigenteils zu finden ist und dieses Thema auch lediglich in einem Verweisungskontext behandelte.

Im Unterschied zur „Kronen Zeitung“, welche das Thema auf redaktioneller Ebene hauptsächlich im Innenressort behandelt, scheint es beim „Standard“ 8-mal (40%) im Wirtschaftsressort auf. Lediglich einmal kommt es im Chronikteil der Zeitung vor. Hier wird es jedoch nur als Nebenthema behandelt. Ebenso 8-mal wird es wiederum im Kommentar- bzw. Leserbriefteil thematisiert. Unter der Codiereinheit „andere“ wurden all jene Verweise codiert, welche als Ankündigung auf der Titelseite bzw. dem jeweiligen Ressortbeginn für den jeweiligen Artikel verfasst wurden.

Ähnlich findet man die Artikel zu dem Thema in der „Presse“ im Wirtschaftsressort, in dieser Zeitung mit „Economist“ betitelt, aber auch einmal im eigenen Ressort zur „Europäischen Union“. Zwei Beiträge konnten innerhalb des „Meinung“ Ressorts gefunden werden, wobei die Besonderheit hierbei besteht, dass einer der beiden Beiträge (Presse 21.12.2006, 34) eine Stellungnahme eines Politikers einer regierenden Partei ist (Reinhold Lopatka von der ÖVP) und somit den einzigen derartigen Kommentar konkret zu einer Entscheidung von allen vier Zeitungen in allen vier Untersuchungszeiträumen darstellt. Diejenigen Artikel, welche unter „andere“ codiert wurden, sind ausschließlich Verweise auf die jeweiligen Berichte im Blattinneren auf der letzten Seite („24 Stunden in 4 Minuten“).

Die Tageszeitung „Kurier“ hingegen publizierte die Artikel zur Genmais-Debatte sowohl im Innen-(12,5%), jedoch tendenziell öfters im Außen- (sieben Mal, 43,8%) und Wirtschaftsressort (fünf Mal, 31,3%). Sie ist somit die einzige der vier Tageszeitungen, welche die Genmais-Debatte sowohl innen- als auch außenpolitisch zum Thema macht.

Zusammenfassend ist bei der Betrachtung der Ressortaufteilung schon auf den ersten Blick – abgesehen von der Anzahl der Artikel – eine unterschiedliche Auffassung der vier Tageszeitungen zum Thema zu erkennen. Während die zwei Qualitätszeitungen „Standard“ und „Presse“ dem Thema eher wirtschaftlich und außenpolitisch relevante Eigenschaften anhaften, so wird das Thema in der „Kronen Zeitung“ innenpolitische Relevanz zugesprochen. Die Tageszeitung „Kurier“ weist hier auch typischerweise Tendenzen in beide Richtungen auf. Dass hier jedoch kein Artikel als „Kommentar/Leserbrief“ codiert werden konnte, hängt sicherlich mit der dem „Kurier“ eigenen Art zusammen, Leserbriefe lediglich zu einem bestimmten Thema, jedoch nicht täglich, zu veröffentlichen.

Die große Zahl an Leserbriefen der „Kronen Zeitung“ zu dem Thema ergibt sich einerseits durch die Gewichtung dieses Mediums auf das „Leserbriefe“-Ressort, andererseits schien das

Thema geeignet für die kritische Haltung der Blattlinie und deren Leser zu Vorgängen innerhalb der Europäischen Union. Diese Annahme findet dadurch Unterstützung, dass viele der Leserbriefe unter der eigenen Unterrubrik „Leserbriefe zum EU-Theater“ veröffentlicht wurden.

Statistisch kann von einem höchst signifikanten Zusammenhang gesprochen werden, da der p-value des Chi²-Tests einen Wert <0,001 angibt und Cramer’s V einen starken Zusammenhang erkennt.

Ein weiter differenzierendes Moment ergibt der Blick auf das journalistische Genre. Dabei soll aber nicht auf sämtliche Einzelheiten der Auswertung eingegangen werden, sondern lediglich Besonderheiten hervorgehoben bzw. erklärt werden.

6.6.1.3. Journalistisches Genre

Tabelle 3: Aufteilung nach journalistischem Genre

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Genre	Nachricht/Bericht	9	45,0	6	75,0	7	43,8	12	27,3	**34**	38,6
	Kommentar/Glosse	3	15,0	2	25,0	1	6,3	1	2,3	**7**	8,0
	Interview	1	5,0			3	18,8	1	2,3	**5**	5,7
	Hintergrundbericht	1	5,0			4	25,0			**5**	5,7
	Leserbrief	4	20,0					22	50,0	**26**	29,5
	Gedicht							8	18,2	**8**	9,1
	Karikatur	2	10,0			1	6,3			**3**	3,4
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer’s V=0,464, leere Felder bedeuten keine Nennungen

Betrachtet man die Tabelle 5, so fällt auf, dass der Großteil der Beiträge der „Kronen Zeitung“ auf Leserbriefe zurückzuführen ist. Exakt die Hälfte aller Artikel sind Leserbriefe. Danach sind 12 Artikel (27,3%) dem Genre „Nachricht/Bericht“ zuzuschreiben und acht Artikel (18,2%) behandeln das Thema innerhalb eines Gedichtes oder einer Satire – meist als Nebenthema oder im Verweisungskontext. Jedoch erschienen auch in der „Kronen Zeitung“ die meisten Nachrichten/Berichte zu dem Thema, gefolgt von „Standard“, „Kurier“ und „Presse“. Anteilsmäßig überwiegt das Genre Nachricht/Bericht bei der Presse, gefolgt von „Standard“ und „Kurier“. Auffallend ist wiederum, dass die Tageszeitung „Kurier“ durch eine viel höhere Zahl an Interviews und Hintergrundberichten hervorsticht. Bspw. findet sich 2006 eine Gegenüberstellung von Interviews zweier Landwirte für und gegen Gentechnik, was in keiner anderen Tageszeitung in solcher Art geschieht. Insgesamt stechen die Nachrichten/Berichte mit 34 Fällen (38,6%) und die Leserbriefe mit 26 Fällen (29,5%)

hervor. Doch bleiben die Leserbriefe zu diesem Thema nicht allein der „Kronen Zeitung“ überlassen, wurden denn auch vier Leserbriefe im „Standard“ codiert.
Auch hier kann von einem höchst signifikanten Zusammenhang zwischen den Zeitungen und dem journalistischen Genre gesprochen werden, da der p-value des Chi²-Tests einen Wert von <0,001 aufweist.
Es muss aber auch die Länge des Artikels bzw. der Anteil am Gesamtseitenumfang berücksichtigt werden, was in einem der folgenden Kapitel auch geschieht. Vorerst sollen aber noch eine Darstellung und Gegenüberstellung der Autoren und deren Funktionen erfolgen

6.6.1.4. Autoren

Tabelle 4: Funktion der Autoren[35]:

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Autor	Redakteur	10	50,0	1	12,5	6	37,5	9	20,5	**26**	29,5
	Korrespondent	1	5,0	2	25,0	4	25,0			**7**	8,0
	Gastautor	1	5,0							**1**	1,1
	Kolumnist							7	15,9	**7**	8,0
	Leser	4	20,0	1	12,5			23	52,3	**28**	31,8
	Keiner genannt	4	20,0	4	50,0	6	37,5	5	11,4	**19**	21,6
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer’s V=0,425, leere Felder bedeuten keine Nennungen

Laut Chi²-Test handelt es sich bei dieser Kreuzung um einen höchst signifikanten Zusammenhang und auch Cramer’s V geht von einem bemerkbaren Zusammenhang zwischen den Autorfunktionen und den vier Tageszeitungen aus. Die hohe Zahl an „Unklar“-codierten Beiträgen ergibt sich daraus, dass in der Codieranweisung darauf Rücksicht genommen wurde, ob ein Autor mit dem Namen genannt wurde oder ob lediglich ein Kürzel verwendet wurde bzw. gar keine Angabe des Autor zu erkennen war. Wir erkennen also auch hier bei den meisten Zeitungen, dass ein überwiegender Teil der Beiträge redaktionell ausgearbeitet wurde. Wenig überraschend sticht dagegen die „Kronen Zeitung“ hervor, bei der die Großzahl der Beiträge von Lesern verfasst wurde. Die Zahl der „Leser“ als Verfasser der Artikel vom „Standard“ deckt sich mit der Anzahl an Leserbriefen. Bei der „Kronen Zeitung“ wurde lediglich ein Leserbrief als „Gedicht“ codiert, da dieser auch optisch von den übrigen Beiträgen getrennt zu erkennen war.

[35] Es ist ersichtlich, dass sämtliche codierten Artikel in der Tabelle berücksichtigt werden. Nicht aussagekräftig ist diese darauf, ob und wie oft ein Autor in einem Medium zu diesem Thema publizierte.

Betrachtet man jedoch die Anzahl der Beiträge von „Korrespondenten“, kann bemerkt werden, dass die Tageszeitung „Kurier“ am meisten Artikel von dieser Autorenart aufweist. Gefolgt von „Presse“ und „Standard“. In der „Kronen Zeitung“ wurde kein Artikel einem/r Korrespondenten/in zugeschrieben.

6.6.1.5. Umfang

Der nächste Analyseschritt soll beschreiben, in welchem Umfang die Artikel zur Genmais-Importverbotsdebatte in den unterschiedlichen Tageszeitungen erschienen sind.
Bei der Interpretation dieser Einschätzung darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das jeweilige Zeitungsformat nicht berücksichtigt wurde. Es wurde deswegen als sinnvoll erachtet, da durch die verschiedenen Formate auch der Umfang des Textes nicht in Beziehung gestellt werden kann. Beschränkt man sich hierbei lediglich auf das Zählen von Wörtern, würde auch dies ein verzerrtes Bild abgeben, da aus rein platztechnischen Gründen ein Bericht aus dem „Standard“ anders verfasst wird als bspw. in der „Kronen Zeitung“.
Diese Einschätzungen können auch keinesfalls zu einer absoluten Bewertung herangezogen werden, da – wie schon beschrieben – die gleichen Grundvoraussetzungen fehlen und keine einheitliche Bemessungsgrundlage erstellt werden kann.

Tabelle 5: Einschätzung des Umfangs im Verhältnis zur Blattgröße

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Umfang	Klein	8	40,0	4	50,0	5	31,3	25	56,8	**42**	47,7
	Mittel	11	55,0	2	25,0	7	43,8	18	40,9	**38**	43,2
	Groß	1	5,0	2	25,0	4	25,0	1	2,3	**8**	9,1
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value= 0,051, Cramer’s V= 0,67

Eine Einteilung in „klein“, „mittel“ und „groß“ kann jedoch tendenziell Aufschluss darüber geben, welche Bedeutung und Relevanz ein Thema nach Einschätzung der Redaktion besitzt.
Beim „Standard“ findet man acht *kleine* und 11 *mittlere* Artikel und lediglich einen *großen* Artikel, welcher zumindest über eine Blattseite verfügt. Die „Presse“ berichtet in vier *kleinen* und jeweils zwei *mittleren* und *großen* Artikel über die Genmais-Debatte.
Die Artikel vom „Kurier“ wurden fünfmal (31,3%) als *klein*, siebenmal (43,8%) als *mittel* und vier mal (25%) – und somit am häufigsten von allen – als *groß* eingestuft. Im Unterschied dazu konnte lediglich ein Artikel in der „Kronen Zeitung“ als *groß* eingestuft

werden. Diese Unterscheidung sagt jedoch – wie o.a. – nichts über die Qualität bzw. über den Inhalt der Berichte aus. So könnte beispielsweise ein *mittlerer* Bericht aus der Presse vom Umfang her größer sein und mehr Inhalt liefern, als ein *großer* Bericht aus der „Kronen Zeitung". Gezählt wurden jedoch die meisten *mittleren* Artikel (18 Fälle, jedoch mit einem Anteil von 40,9% an allen Artikeln dieser Zeitung) in der „Kronen Zeitung".
Die unterschiedlichen Zeitungsformate machen also einen direkten Vergleich schwer möglich. Jedoch lassen sich durch solch eine Betrachtung doch gewisse Tendenzen zur Bedeutung eines Themas für eine Tageszeitung erkennen. Die statistischen werte sind aber nicht signifikant.

6.6.1.6. Illustrationen

Es soll nun angeschaut werden, welche Illustrationen, in Form von Fotos, Karikaturen oder Tabellen in den Artikeln zum Thema Genmais publiziert wurden.

Tabelle 6: Bildlast

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Abbildung	Kein Foto	9	45,0	3	37,5	6	37,5	39	88,6	**57**	64,8
	Foto zum Ereignis	2	10,0			4	25,0	2	4,5	**8**	9,1
	Foto symbolisch	4	20,0	3	37,5	2	12,5	2	4,5	**11**	12,5
	Abbildung/Grafik/Tabelle	1	5,0	1	12,5					**2**	2,3
	Karikatur/Zeichnung	4	20,0			1	6,3	1	2,3	**6**	6,8
	Mehrere Illustrationen			1	12,5	2	12,5			**3**	3,4
	andere					1	6,3			**1**	1,1
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer's V=0,419; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Diese Tabelle zeigt, dass insgesamt gesehen der überwiegende Teil – nämlich 57 Artikel (64,8% der Gesamtartikel) – ohne ein Bild oder eine grafische Darstellung auskommt. Diese Zahl ergibt sich einerseits aus der hohen Zahl an Leserbriefen, welche für gewöhnlich selten eine Illustration beigefügt haben, andererseits dadurch, dass es sich um eine politische Entscheidung – also ein im Prinzip abstraktes[36] Ereignis – handelt. Fotos zum Ereignis waren daher lediglich solche, welche bspw. eine Interviewsituation oder die verantwortlichen Politiker am Verhandlungstisch festhielten. Hier wurden insgesamt acht Fälle codiert. Am meisten Illustrationen konnten der Codiereinheit „Foto symbolisch" zugeordnet werden.

[36] Es konnte lediglich erkannt werden, dass die EU-Kommission und der Ministerrats lediglich in Presseaussendungen über die Entscheidungen kommunizierten. Pressekonferenzen oder andere inszenierte Ereignisse konnten hierbei nicht ausfindig gemacht werden.

Hierbei handelte es sich meist um das Bild eines Maiskolben- oder Feldes, welcher/s in Verbindung zum Artikel unterbeschriftet war. Lediglich eine Tabelle bzw. Grafik wurde jeweils in „Standard“ und „Presse“ codiert. Die vergleichsweise hohe Zahl an Karikaturen im Standard (4 Fälle) ergibt sich aus der zeitungsüblichen Praxis, Kommentatoren manchmal in Karikaturform darzustellen. Jedoch war hier auch eine konkrete Karikatur bzw. Cartoon zu dem Thema zu finden. Im Gegensatz dazu waren mehrere Illustrationen lediglich dreimal zu finden: Einmal in der „Presse“ und zweimal im „Kurier“[37].

Mit einem p-value von <0,001 kann von einem höchst signifikanten Zusammenhang ausgegangen werden, Cramer’s V geht von einem bedeutsamen Zusammenhang aus.

Dieses Bild widerspricht jedoch der Aussage, dass Boulevardmedien zu mehr Bildlast neigen. Eine Kreuzung dieser Parameter mit der geschätzten Artikelgröße ergab jedoch keine signifikanten Zusammenhänge. Daher wird davon ausgegangen, dass in der österreichischen Boulevardzeitung zu diesem Thema weit weniger Bildlast erkennbar ist als in den übrigen Tageszeitungen.

6.6.1.7. Zusammenfassung der formalen Analyse

Auf den ersten Blick scheint das Thema rund um das Genmais-Importverbot nicht allzu wichtig für die untersuchten österreichischen Tageszeitungen gewesen zu sein. Lediglich 88 Artikel konnten in den vier Tageszeitungen ausfindig gemacht werden. Dies erscheint recht wenig vor dem Hintergrund, dass die vier Untersuchungszeiträume einen Zeitraum von insgesamt 93 Tagen innehatten. Dabei konnten aber lediglich im Zeitraum von 56 Tagen Artikel zu dem Thema ausfindig gemacht werden.[38] Auffallend dabei ist hingegen, dass die Kronen Zeitung diesem Thema signifikant mehr Platz zur Verfügung stellte. Allein schon durch das Quantum der Artikel erkennt man die größere Aufmerksamkeit der Zeitung für das Thema. Jedoch nur die Anzahl an Artikel konnte noch kein ausgewogenes Bild der Berichterstattung bereitstellen. Daher wurde auch der Artikelumfang in Relation zur Zeitungsgröße in der Untersuchung erhoben. Beachtlich dabei ist, dass hier die Tageszeitung „Kurier“ hervorsticht, denn lediglich hier konnten vier Artikel als „groß“ im Verhältnis zur Blattgröße eingestuft werden. Bei den Qualitätszeitungen beschränkte man sich

[37] Kopien der Cartoons von Michael Pammesberger vom 31.10.2007 und von Oliver Schopf vom 10.05.2008 sind im Anhang 1 zu finden und stehen exemplarisch als Beispiel für Cartoons, welche im Verweisungskontext auf das Thema „Genmais“ codiert wurde.

[38] Dabei ist zu berücksichtigen, dass innerhalb dieses Zeitraums nicht an jedem Tag Artikel zur Genmais-Debatte gefunden werden konnten, also die Zahl bedeutend geringer ist.

hauptsächlich auf „mittlere“ bzw. „kleine“ Artikelgrößen, wobei es hierbei durch Blatt- und Schriftgröße durchaus zu Verzerrungen in der Ansicht kommen kann. Daher kann die relativ hohe Bildlast der Qualitätsblätter ein Indiz dafür sein, dass jene Artikel durch Bilder bzw. Illustrationen hervorgehoben und somit die Relevanz des Themas eher ersichtlich gemacht wurden. Die „Kronen Zeitung“ erscheint hier mit relativ wenigen Illustrationen, auch wenn man die relativ große Anzahl der Nachrichten/Berichte berücksichtigt.

Neben all diesen Faktoren wie Anzahl der Artikel, Größe und Erscheinungszeitraum ist jedoch die Frage nach der Positionierung innerhalb der Zeitung besonders interessant, welche die unterschiedlichen Wertigkeiten des Themas für ein Blatt bzw. die Blattlinie besitzt. So bemerkt man, dass die Qualitätsblätter das Thema als wirtschaftlich bzw. europapolitisch immanent ansehen, währen die „Kronen Zeitung“ dieses Thema meist nicht nur als für Österreich politikimmanent, sondern es sozialpolitisch für Österreich relevant einstuft, indem die Positionierung im „Österreich“- Teil der Zeitung angesiedelt ist. Hier erscheinen in der Regel sowohl tagespolitisch aktuelle Themen, als auch aktuelle gesellschaftsrelevante Beiträge. Im Gegensatz zu den Qualitätsblättern also, welche das Thema als ein europapolitisches sehen, welches Österreich betrifft.

Dadurch geht die Interpretation der Genmais-Berichterstattung der „Kronen Zeitung“ in die Richtung, dass behauptet wird, die „Kronen Zeitung“ sieht das Thema als ein Österreich-relevantes, welches durch die Entscheidung aus Brüssel berichtenswert gemacht wurde. Umgekehrt wird das Thema in den Zeitungen „Standard“ und „Presse“ als wirtschafts- und europapolitisch relevantes dargestellt, welches durch den Österreichbezug wert ist, in die Berichterstattung mit einzufließen.

An dieser Stelle soll der Rechtslehre die Begrifflichkeiten „a minore ad majus“ und „a majore ad minus“ (vgl. Schneider/Schnapp 2006, 159ff.) entlehnt werden, wenn diese auch in der Rechtslehre in anderen Zusammenhängen gebraucht werden.[39] Im Zusammenhang mit der Genmais-Debatte ist dabei gemeint, dass der Blick auf die Positionierung der Beiträge bei den Qualitätszeitungen „a majore ad minus“ erfolgt. Der Blick geht also von der EU (das Größere) auf Österreich (das Kleinere). Umgekehrt lässt die Positionierung der Beiträge in der „Kronen Zeitung“ im „Österreich“- Teil darauf schließen, dass von Österreich aus auf Brüssel geschaut wird. Dieses Bild kann aber lediglich funktionieren, wenn von Berichterstattung gesprochen wird. Einfacher könnte man den Schluss ziehen, dass in den

[39] Dabei ist von Schlüssen in der Rechtsauslegung die Rede. Der weit gebräuchlichere Schluss „ad majore ad minus“ bezeichnet den Schluss vom Allgemeinen auf das Einzelne, bzw. vom Größeren auf das Kleinere. Wenn etwas also für etwas Größeres gilt, muss es auch auf etwas Kleineres zutreffen. „Ad minore ad majus“ ist nicht allzu sehr gebräuchlich, bezeichnet aber das Gegenteil. In diesem Fall wird dies jedoch nicht mit einem Schluss auf etwas gebraucht, sondern der Schluss selbst ist das Kriterium.

Qualitätszeitungen EU-Berichterstattung erfolgt, in der „Kronen Zeitung“ Berichterstattung über die EU. Auf diese Überlegung wird jedoch noch genauer eingegangen, wenn es zur Interpretation der formalen Aspekte in Verbindung mit der inhaltlichen Interpretation kommt.

Nun soll es jedoch zu einer Gegenüberstellung der Berichterstattung eines Tages aus allen vier Tageszeitungen kommen, um die formalen Elemente anschaulich darstellen zu können. Dazu wurde der 31.10 2007 gewählt, denn an diesem Tag wurde bekannt, dass keine Mehrheit im EU-Umweltministerrat für eine Beibehaltung des Importverbots stimmte. Es handelt sich hierbei um den Artikel „Gen-Mais: Niederlage, aber kein Dammbruch“ (Seite 24) von Verena Kainrath aus dem „Standard“, „Brüssel entschied: Österreich muss Genmais zulassen“ (Seite 5) von Regina Pröll (Korrespondentin der „Presse“), „Front gegen Gentechnik keimt“(Seite 5) von Clemens Neuhold („Brüssel“) aus der Tageszeitung „Kurier“ und dem Artikel von Doris Vettermann aus der „Kronen Zeitung“: „Genmais: EU kippt Importverbot“ (Seite 10). Die Positionierung erfolgte im „Standard“ im Ressort „Wirtschaft“ und in der Presse im Ressort „Europäische Union“. Im „Kurier“ erschien der Artikel im „Politik“ Ressort und in der „Kronen Zeitung“ im Ressort „Österreich“.

Von allen vier Tageszeitungen wurde der Artikel unter das journalistische Genre „Nachricht/Bericht“ codiert. Zu jedem Artikel wurde auch ein Bild hinzugefügt. „Standard“ und „Kurier“ verwendeten das selbe Bild (im „Kurier“ deutlich größer) von einem reifen Maiskolben im Vordergrund mit mehreren Maisstängeln im Hintergrund. Im „Kurier“ befindet sich noch innerhalb des Artikels ein kleines Bild von Umweltminister Josef Pröll. In der „Presse“ erkennt man einen Maiskolben, der von einer Hand in Plastikhandschuhen gehalten wird. Die „Kronen Zeitung“ zeigt ein Bild von Minister Pröll und EU-Umweltkommissar Starvos Dimas im Gespräch, im Hintergrund einige Verhandlungsteilnehmer. Sowohl im „Kurier“ als auch in der „Presse“ findet man darüber hinaus einen Schaukasten (Quelle: APA/Transgen.de), in welchem einerseits die „Gentechnik-Zulassungen in der EU“ angegeben werden, andererseits die Chronologie der Importverbotsverhandlungen dargestellt wird.

Der Anteil an der Gesamtseite ist in der Tageszeitung „Standard“ jedoch am kleinsten. Weitere Themen auf dieser Seite stehen in keinem Bezug zum Genmais Artikel. Auch in der „Presse“ scheinen weitere Kurzmeldungen auf derselben Seite auf, welche sich nicht auf das Thema beziehen. Clemens Neuhold veröffentlicht auf der gleichen Seite eine kleine Kolumne, die zwar die EU-Umweltminister thematisiert, jedoch einen Kommentar zur Umweltpolitik des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy liefert und nicht auf die

Verhandlungen im EU-Umweltministerrat eingeht. Im Unterschied dazu findet man neben der Nachricht von Doris Vettermann in der „Kronen Zeitung“ einen kritischen Kommentar von Klaus Pándi, welcher die Kapitulation der EU vor dem „US-Diktat“ thematisiert. Von inhaltlichen Interpretationen wird jedoch an dieser Stelle Abstand genommen. Das Beispiel soll nur zeigen, wie unterschiedlich eigentlich dieselbe Nachricht in den vier Tageszeitungen dargestellt wurde. Auffällig dabei ist vor allem die unterschiedliche Positionierung der Nachrichten innerhalb der Tageszeitungen.

An dieser Stelle soll die erste formale Analyse des Untersuchungsmaterials ihren Abschluss finden und die Arbeit zu dem Punkt kommen, der die so genannte formal-inhaltliche Analyse beinhaltet.

6.6.2. Formal-inhaltliche Analyse

Wenn sich das vorige Kapitel damit beschäftigt hat, einfache Kriterien wie Anzahl der Artikel, Größe, Form und die Funktion der Autoren zu beobachten, so sollen nun jene Ergebnisse betrachtet werden, welche zwar formal codiert wurden, jedoch nur im inhaltlichen Kontext erkennbar waren. Diese sind – neben der Themenschwerpunktsetzung – der inhaltliche Bezug auf Entscheidungen, Veränderungen im Genre und exakte Gegenstandsbezeichnungen. Weiters soll dieser Teil der Arbeit Aufschluss darüber geben, welche geographischen und politischen Bezüge in den Artikeln über die Genmais-Debatte hergestellt werden.

Begonnen werden soll jedoch mit der Themenschwerpunktsetzung, denn sie befindet sich gerade an der Schnittstelle zwischen formalem und inhaltlichem Erkennen.

6.6.2.1. Themenschwerpunktsetzung

Tabelle 7: Themenschwerpunktsetzung

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Themenschwerpunkt	Hauptthema	8	40,0	8	100,0	12	75,0	19	43,2	**47**	53,4
	Nebenthema	6	30,0			3	18,8	12	27,3	**21**	23,9
	Verweisungskontext	6	30,0			1	6,3	13	29,5	**20**	22,7
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,31, Cramer's V=0,281; leere Felder bedeuten keine Nennungen

Die Betrachtung der Themenschwerpunktsetzung lässt erkennen, dass in allen Tageszeitungen insgesamt 47 Artikel (53,4%) die Importverbotsdebatte zum Hauptthema, 21 Artikel (23,9%) zum Nebenthema und 20 Fälle (22,7%) als Thema in einem Verweisungskontext hatten. Gesamt behandelten also mehr als die Hälfte der Artikel die Debatte als Hauptthema, etwas weniger als die Hälfte als Nebenthema oder Verweisungskontext.

Auffallend dabei ist, dass in der Tageszeitung „Die Presse" alle acht Artikel (100%) das Thema Genmais zum Hauptthema hatten, dementsprechend nie als Nebenthema oder im Verweisungskontext gebracht wurde. „Der Standard" weist gleich viele Hauptthemen-Artikel

auf (40%), jedoch findet man hier das Thema auch als Nebenthema (sechs Artikel, 30%) und in einem Verweisungskontext (sechs Artkiel, 30%). „Kurier“ veröffentlichte mit 12 Artikeln vom Importverbot als Hauptthema um einige mehr als die Qualitätszeitungen. Mehr als 40% (19 Artikel) aller Artikel in allen untersuchten Tageszeitungen mit der Debatte als Hauptthema wurden in der „Kronen Zeitung“ veröffentlicht. Darüber hinaus wurden in der „Kronen Zeitung“ am meisten Artikel gefunden, welche die Importverbots-Debatte zum Nebenthema hatten (12 Artikel) oder zumindest in einen Verweisungskontext stellten.[40] Durch den p-value von 0,031 im Chi²-Test kann man Zusammenhänge zwischen den Variablen interpretieren, jedoch Cramer’s V von 0,281 geht von keinem starken Zusammenhang aus.

Zur Veranschaulichung dient ein kleiner Vergleich zwischen der „Presse“ und der „Kronen Zeitung“. Die Gegenüberstellung aus diesem Kapitel in Zusammenhang gebracht mit der Einschätzung der Artikel aus der formalen Analyse (Kap. 11.1.6) zeigt, dass vor allem die „Presse“, wenn über das Thema geschrieben wird, die Hauptaufmerksamkeit auf das Thema der Genmais-Importverbotsdebatte konzentriert. Die „Kronen Zeitung“ hingegen widmete sich zwar quantitativ am öftesten dem Thema, beschränkte sich jedoch auch fast gleich oft auf Verweise zur Thematik.

6.6.2.2. Entscheidungsbezug

Nun steht im Zentrum des Interesses – neben der Erkenntnis, ob das Thema Haupt- oder Nebenthema ist oder im Verweisungskontext steht – auf welche Entscheidungen Bezug genommen wurde. Dabei können sowohl Artikel, welche die Genmais-Debatte zum Hauptthema, aber auch jene, welche sie zum Nebenthema hatten, aufscheinen. Jene Artikel mit Verweisungskontext, aber auch diejenigen, welche sich nicht konkret mit einer Entscheidung befassten, wurden mit „andere“ codiert.

Tabelle 8: Bezug auf Entscheidungen

	2005	**2005/06**	**2006**	**2007**	**2008**	**Folgende**	**Andere**	**Σ**
Häufigkeit	7	2	10	17	13	3	36	**88**
Prozent	8,0	2,3	11,4	19,3	14,8	3,4	40,9	**100,0**

[40] So wurde bspw. der Beitrag vom Kolumnisten Wolf Martin vom 14.05.2008 „In den Wind gereimt“ mit einem Verweisungskontext codiert, da in einer generellen Kritik der Europäischen Union der Satz: „sie zwingt uns jetzt das Genfood auf“ nicht direkt auf die Aufhebung des Importverbots anspricht, jedoch der unmittelbare Zusammenhang mit den politischen Ereignissen um dieses Thema erkennbar ist.

Durch dieses Ausschlussverfahren erklärt sich das Bild, das sich aus Tabelle 10 ergibt, dass sich nämlich nur fast 60% der Artikel konkret mit den Entscheidungen des Umweltministerrats bzw. der Kommission um die Aufhebung des Genmais-Importverbots beschäftigen. Die übrigen rund 40% der Artikel nahmen das Thema, jedoch nicht konkret die Entscheidung zum Anlass. Interessant ist daher auch, dass die meisten Artikel über die Entscheidung von 2007 berichteten, als die österreichischen Verhandler im EU-Ministerrat keine Mehrheit mehr für die Aufrechterhaltung des Importverbots erreichen konnten. Über Umsetzung bzw. die Aufhebung des Importverbots 2008 durch die Kommission auf Druck der WTO hingegen wurde zwar auch noch mehr berichtet, jedoch kommt es nicht an die Zahl der über 2007 berichteten Artikel heran. Dies kann daher rühren, dass dieser Vorgang der Kommission als eine logische Konsequenz des Ministerrat-Beschlusses gewertet wird und somit der Nachrichtenwert eines solchen Ereignisses sinkt. Jedoch umfasst eine solche Tabelle lediglich einen Teil der Artikel und somit ist es wichtig, sich noch einmal auf die formale Analyseebene zu begeben um zu sehen, in welchen Zeitabschnitten wie viele Artikel erschienen.

Tabelle 9: Erscheinungsjahr nach den Untersuchungszeiträumen

		Zeitung				
		Standard	**Presse**	**Kurier**	**Krone**	Σ
Erscheinungsjahr	2005	2	1	5	4	**12**
	2006	3	3	4	6	**16**
	2007	12	2	6	18	**38**
	2008	3	2	1	16	**22**
Gesamt		**20**	**8**	**16**	**44**	**88**

n=88, p-value=0,103, Cramer's V=0,235

Tabelle 11 zeigt, welche Auswirkungen auf die Berichterstattung ein (für Österreich) negatives Votum haben kann. Während 2006 sechzehn und 2005 lediglich 12 Artikel erschienen sind, so bemerkt man 2007 einen Anstieg auf 38 Artikel. Auf die Entscheidung der Kommission 2008 reagierte man immerhin nur mehr mit 22 Artikeln. Bemerkenswert dabei ist auch der Anstieg der Beiträge im „Standard" 2007, was im Unterschied zu 2006 eine Vervierfachung bedeutet. Es kann jedoch nicht von einem statistisch signifikanten Zusammenhang gesprochen werden.. Dennoch kann man hierbei das Ansteigen bis 2007 und das darauf folgende Absinken der absoluten Zahlen in dieser Tabelle anschaulich beobachten.[41]

[41] Bereits die graphische Darstellung in Abbildung 3 aus Kapitel 11.1.1. veranschaulicht die Artikelhäufigkeit in den einzelnen Erscheinungsperioden.

6.6.2.3. Veränderungen im Genre

Tabelle 10: Kreuztabelle journalistisches Genre und Zeitungen geschichtet nach dem Erscheinungsjahr

Erscheinungsjahr	Genre	Zeitung				Gesamt
		Standard	Presse	Kurier	Krone	
2005	Nachricht/Bericht	2	1	2	3	**8**
	Kommentar/Glosse			1		**1**
	Hintergrundbericht			2		**2**
	Leserbrief				1	**1**
Gesamt		**2**	**1**	**5**	**4**	**12**
2006	Nachricht/Bericht	3	2	2	3	**10**
	Kommentar/Glosse		1			**1**
	Interview			2		**2**
	Leserbrief				2	**2**
	Gedicht				1	**1**
Gesamt		**3**	**3**	**4**	**6**	**16**
2007	Nachricht/Bericht	3	1	3	4	**11**
	Kommentar/Glosse	3	1		1	**5**
	Interview	1		1	1	**3**
	Hintergrundbericht	1		1		**2**
	Leserbrief	4			8	**12**
	Gedicht				4	**4**
	Karikatur			1		**1**
Gesamt		**12**	**2**	**6**	**18**	**38**
2008	Nachricht/Bericht	1	2		2	**5**
	Hintergrundbericht			1		**1**
	Leserbrief				11	**11**
	Gedicht				3	**3**
	Karikatur	2				**2**
Gesamt		**3**	**2**	**1**	**16**	**22**

N=88, 2005: p-value=0,609, Cramer's V=0,450; 2006: p-value=0,179, Cramer's V=0,583; 2007: p-value=0,177, Cramer's V=0,453; 2008: p-value<0,001, Cramer's V=0,828; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Ein weiterer Punkt der formal-inhaltlichen Analyse bildet der Vergleich der vier Tageszeitungen im Bezug auf das journalistische Genre, in denen die Beiträge erschienen sind und deren Erscheinungsperioden. Dies bedeutet eine Erweiterung des in Punkt 11.3.2. angestellten Vergleichs zwischen den Tageszeitungen und den Perioden des Erscheinens.

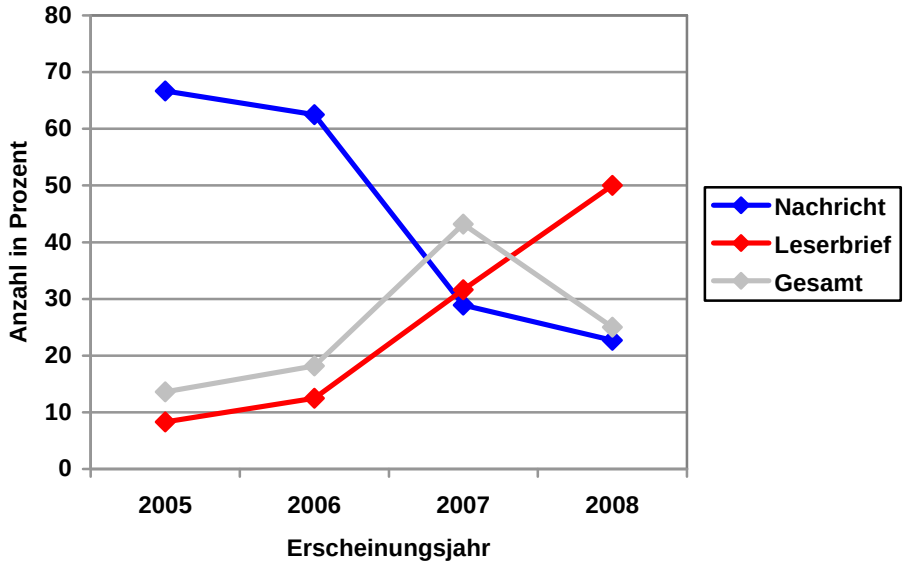
Ein Vergleich der vier Tageszeitungen und der in der Untersuchung behandelten Artikel im Blickwinkel des journalistischen Genres – geschichtet auf die vier Untersuchungszeiträume –

soll das Bild über die zeitliche Berichterstattung komplettieren. Es sollen jedoch bei der ausführenden Darstellung der Tabelle nur die herausragenden Merkmale angeführt werden.

Daher werden an dieser Stelle lediglich die Komponenten „Nachricht/Bericht“ und „Leserbrief“ gemeinsam beobachtet. So wurden 2005 acht Berichte und ein Leserbrief zu dem Thema verfasst. 2006 stieg die Zahl leicht an auf 10 Berichte und 2 Leserbriefe. Bis zu diesem Abschnitt gehen die Leserbriefe auch lediglich auf das Konto der „Kronen Zeitung“. 2007 findet man einen Bericht mehr als 2007, jedoch zwölf Leserbriefe. Diese waren in „Kronen Zeitung“ als auch „Standard“ zu finden. Die Berichte nahmen 2008 wieder ab, jedoch wurden 11 Leserbriefe vorgefunden, welche ausschließlich in der „Kronen Zeitung“ publiziert wurden. Doch besagt der Chi^2-Test, dass sowohl 2005 und 2006, als auch 2007 kein statistischer Zusammenhang besteht. Allein 2008 kann man mit einem p-value von $<0{,}001$ einen höchst signifikanten Zusammenhang interpretieren. Vor allem kann die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Leserbriefen in der „Kronen Zeitung“ dafür stehen. Auch bemerkenswert ist die Tatsache, dass die „Kronen Zeitung“ in diesem Zeitabschnitt drei Artikel publizierte, die das Thema in (satirischer) Gedichtform bearbeiteten. Im „Standard“ hingegen wurde das Thema auch zweimal in Karikaturen angedeutet.
In der Tageszeitung „Kurier“ findet sich jedoch kein Artikel, der als Nachricht /Bericht codiert wurde. Lediglich ein Artikel wurde dem Genre „Hintergrundbericht“ zugeordnet. Hierbei stand also nicht das aktuelle Ereignis der Aufhebung des Importverbots, sondern der Verlauf der Debatte und die Auswirkungen der Entscheidung im Vordergrund.

Die folgende Abbildung soll nun noch einmal die Gesamtzahlen der Genres „Nachricht/Bericht“ und „Leserbrief/Kommentar“, verglichen mit der Gesamtartikelanzahl veranschaulichen.

Abb.4.: Gesamtartikel Nachricht/Bericht und Leserbrief im Jahresvergleich.



Wie schon beschrieben, bemerkt man 2007 das größte Ansteigen der Gesamtartikelanzahl und 2008 wird ein Rückgang dieser verzeichnet. Man bemerkt jedoch, dass noch 2005 fast 67% der Artikel dem Genre „Nachricht/Bericht“ zuzuordnen sind. Die Zahl dieser Artikel nahm zwar im zeitlichen Verlauf nicht ab, jedoch wurde der Anteil dieser Artikel an der Gesamtartikelanzahl deutlich geringer – 2007 lag der Anteil gar unter 30%. Wohingegen die Artikel auf Meinungsebene von 2005 (8,3%) bis 2007 stetig zunahmen und 2008 sogar 50% aller Artikel diesem Genre zuzuordnen waren. Diese Grafik veranschaulicht, wie sehr die Berichterstattung im zeitlichen Verlauf quantitativ nicht sehr verändert, jedoch man relativ eine Zunahme an meinungsbezogenem Publizierens bemerkt. Dies ist jedoch, vor allem 2008, der „Kronen Zeitung“ zuzuschreiben, da in ihr zu diesem Zeitraum sämtliche Leserbriefe zu diesem Thema in dieser Zeitung publiziert wurden. Dennoch beachtlich ist diese Entwicklung vor dem Hintergrund, dass es sich 2005 und 2006 um Berichte zu Entscheidungen handelt, welche über ein für die österreichische Seite positives Ergebnis für das österreichische Genmais-Importverbot berichteten.

Der nächste Teil der Analyse soll daher versuchen, durch einen Parameter Unterschiede in der Qualität der Berichterstattung zu erkennen.

6.6.2.4. Exakte Bezeichnungen

In diesem Codierschritt wurde danach gefragt, ob denn die beiden Genmaissorten MON810 der Firma „Monsanto“ bzw. T25 der Firma „Bayer CropScience“ genannt werden, sie angeführt, aber nicht explizit genannt werden, oder ob lediglich von „Genmais“, „Gen-Food“ oder dergleichen gesprochen wird.
Diese Einteilung entwickelte sich aus der Frage, ob genau über die umstrittene Materie berichtet wird, oder ob quasi abstrakt von „Genmais“ gesprochen wird und die Funktion bzw. das Besondere – weil Manipulierte – aber außer Acht gelassen wird, um somit leichter wertend artikulieren zu können.

Tabelle 11: Nennung der Genmaissorten nach Zeitungen

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Nennung	genannt	7	35,0	6	75,0	4	25,0	5	11,4	**22**	25,0
	nicht expl. genannt	3	15,0	1	12,5	4	25,0	1	2,3	**9**	10,2
	nicht genannt	10	50,0	1	12,5	8	50,0	38	86,4	**57**	64,8
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer’s V=0,388

Insgesamt kann erkannt werden, dass in fast zwei Drittel (65%) der Artikel keine Nennung der Genmaissorten stattfindet. Dagegen werden die beiden Sorten in allen Tageszeitungen in einem Viertel der Artikel erwähnt und in ca. 10% zwar genannt, aber nicht explizit mit dem Namen beschrieben. Zwischen den Zeitungen bemerkt man jedoch signifikante Unterschiede. So werden bspw. im „Standard“ und im „Kurier“ die Bezeichnungen der Genmaissorten in 50% der Artikel ersichtlich, in 50% der Fälle wird jedoch lediglich von „Genmais“ (oder dergl.) gesprochen. Bemerkenswert ist aber in diesem Punkt das Ergebnis der „Presse“, da hier in 75% der Artikel die Genmaissorten explizit genannt wurden. Die Unterscheidung der Fallzahlen zeigt auch, dass sowohl im „Standard“ als auch in der „Presse“ jeweils mehr Artikel mit den genauen Bezeichnungen gefunden wurden als bspw. in der „Kronen Zeitung“. Man bemerkt also ein deutliches Ungleichgewicht bei den Nennungen in der „Kronen Zeitung“. Lediglich 11,4% der Artikel weisen genaue Bezeichnungen auf. Dies kann jedoch auf die hohe Zahl von Leserbriefen zurückzuführen sein, in denen eher allgemein gehaltene Wortmeldungen zu finden sind.[42] Dies bestätigt auch die folgende Tabelle 14. Jedoch ist in diesem Fall bemerkenswert, dass auch bei der relativ hohen Anzahl

an Berichten in der „Kronen Zeitung“ die Anzahl der Berichte, in denen die Genmaissorten explizit genannt werden, unter der Zahl der Artikel in den beiden Qualitätszeitungen liegt.

Dass die Nennung der Genmaissorten hauptsächlich in den Genres Nachricht/Bericht und Hintergrundbericht passiert, zeigt nun auch folgende Tabelle:

Tabelle 12: Nennungen der Genmaissorten nach journalistischem Genre

		Zeitung						∑	%
		genannt	**%**	**nicht expl.**	**%**	**nicht genannt**	**%**		
Genre	Nachricht/Bericht	19	86,4	4	44,4	11	19,3	**34**	38,6
	Kommentar/Glosse			3	33,3	4	7,0	**7**	8,0
	Interview			1	11,1	4	7,0	**5**	5,7
	Hintergrundbericht	2	9,1	1	11,1	2	3,5	**5**	5,7
	Leserbrief	1	4,5			25	43,9	**26**	29,5
	Gedicht					8	14,0	**8**	9,1
	Karikatur					3	5,3	**3**	3,4
Gesamt		**22**	**25,0**	**9**	**10,2**	**57**	**64,8**	**88**	100,0

n=88, p-value<0,001, Cramer’s V=0,523.[43]; leere Felder bedeuten keine Nennung.

Hier bestätigt sich, dass 86% der Artikel, in denen die Genmaissorten explizit genannt wurden, zum journalistischen Genre “Nachricht/Bericht” gezählt wurden. 9,1% waren Hintergrundberichte und ein Fall (4,5%) wurde im Genre „Leserbrief“ erkannt. Es mag verwundern, dass auch elf „Nachrichten/Berichte“ (19,3% der Fälle) die Maissorten nicht explizit anführen. Dies lässt sich jedoch nicht nur durch diverse Folge- bzw. Kurzberichterstattung erklären, bei denen nicht mehr näher bzw. konkret auf die Genmaissorten eingegangen wurde. Ein Beispiel dafür liefert der Artikel von Doris Vettermann vom 31.Oktober 2007 (Seite 10), zur Beschlussfassung im Umweltministerrat, da hier generell von Genmais oder „manipuliertem Mais“ geschrieben, jedoch nie darauf hingewiesen wird, dass es sich um besagte zwei Genmaissorten handelt.
Aussagekräftig ist auch der Fall, dass in 26 Leserbriefen lediglich einmal die Genmaissorten geschrieben wurden, alle anderen hingegen die genauen Bezeichnungen vermieden und lediglich von „Genmais“ oder dergleichen schreiben. Ein Indiz dafür kann die hohe Emotionalisierung des Themas bzw. die Verwendung des Themas zur Untermauerung der eigenen Argumente sein. Auch hier geht man von einem höchst signifikanten Zusammenhang (p-value<0,001) aus, jedoch ist dieser laut Cramer’s V (0,523) stärker, als in Tabelle 12.

6.6.2.5. Geographischer Bezug

Der nächste Punkt soll die Argumentation noch einmal auf den erkannten Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Ressortzuteilungen bringen. In der Zusammenfassung der formalen Analyse wurde nämlich die Annahme gestellt, dass das Genmais-Importverbot für die „Kronen Zeitung" ein Thema ist, dass durch die Positionierung „a minore ad majus", also vom Blick aus Österreich auf die EU und im Gegenzug dazu die Tageszeitungen „a majore ad minus", von der EU auf die Auswirkungen auf Österreich blickt.
In diesem Analyseschritt wird erkundet, ob sich ein Artikel lediglich auf die österreichische Sichtweise beschränkt oder ob auch andere Länder innerhalb des Artikels vorkommen. Die Schwäche, die dieser Punkt mit sich bringt zeigt sich zwar sofort, wenn man fragt, in welchem Zusammenhang die jeweiligen Länder in den Artikeln vorkommen, doch wird dies durch die darauf folgende Darstellung wiederum relativiert, da hier nicht nach den Ländern, sondern den jeweiligen Akteuren gefragt wird.
Der o.a. Annahme entsprechend müsste es deutliche Unterschiede in der geographischen und politischen Vielfältigkeit der Berichte zwischen den Tageszeitungen geben.

Zum Zeitpunkt der Codierphase war noch nicht klar, wie differenziert die Darstellung der vorkommenden Länder sein soll. Erst nach der Testcodierung wurden die verschiedenen Länder zusammengefasst und nach „Österreich", „ein oder mehrere EU-Länder" und „außerhalb der EU" kategorisiert. Diese Vereinfachung birgt natürlich den Nachteil, dass nicht genau angegeben werden kann, wie viele und welche Länder in den Artikeln vorkommen, doch läuft eine detaillierte Auswertung Gefahr, zu sehr in dieser Arbeit nicht berücksichtigte Momente anzuführen, die dieser Darstellung nicht dienlich sind.

Tabelle 13: Österreichbezug

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Österreichbezug	ja	18	90,0	8	100,0	16	100,0	43	97,7	**85**	96,6
	nein	2	10,0					1	2,3	**3**	3,4
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,301, Cramer's V=0,204; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Wie zu erwarten war, ist in fast allen Artikeln zur Genmais-Debatte ein Österreichbezug hergestellt. Lediglich in drei Artikeln wurde Österreich nicht erwähnt. Der „Standard" veröffentlichte zwei Berichte, es handelt sich hier um zwei Gastkommentare, und die „Kronen Zeitung" eine Kolumne, in denen kein Österreichbezug erkannt werden konnte.

Tabelle 14: EU-Länderbezug

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
EU-Länder	ja	5	25,0	5	62,5	5	31,3	5	13,6	**67**	76,1
	nein	15	75,0	3	37,5	11	68,8	38	86,4	**21**	23,9
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,022, Cramer's V= 0,330.

Neben dem Österreichbezug wurde auch nach der Nennung anderer EU-Länder gefragt. Insgesamt kann gesagt werden, dass dies in den Tageszeitungen deutlich seltener der Fall war. Jedoch wurden in allen Tageszeitungen gleich viele Artikel gefunden, in denen andere Länder angesprochen wurden. Relativ verändert sich natürlich dieses Bild durch die unterschiedlichen Fallzahlen. Somit wurde in 62,5% der „Presse"-Artikel von anderen EU-Ländern gesprochen, im „Kurier" in 31,3%, im „Standard" in 25% und in der „Kronen Zeitung" lediglich in 13,6% der Artikel.

Die Annahme „a minore a majus" scheint daher zwar, wenn man diesen Parameter als weiteres Indiz dafür verwenden will, zuzutreffen, jedoch bei den Qualitätszeitungen fällt hier lediglich die „Presse" auf, der „Standard" hat hier anteilsmäßig sogar weniger Nennungen von EU-Ländern als der „Kurier".

Tabelle 15: Außereuropäischer Bezug

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Nicht EU	ja	2	10,0	2	25,0	6	37,5	7	15,9	**17**	19,3
	nein	18	90,0	6	75,0	10	62,5	37	84,1	**71**	80,7
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=172, Cramer's V=0,238.

Die Nennung außereuropäischer Länder war lediglich in ca. 20% der Artikel zu erkennen. Jedoch erbrachte diese Kreuzung wiederum keinen signifikanten Zusammenhang. Bemerkenswert ist trotz allem der „Kurier", in dem in mehr als einem Drittel der Artikel außereuropäische Länder erwähnt wurden. Auf die Debatte kontextualisiert bedeutet dies jedoch, dass außereuropäische Länder in der Genmais-Debatte keine allzu große Bedeutung haben. Interessant ist dies jedoch durch die Tatsache, dass die WTO während der Debatte Druck auf die EU ausübte. Die ausschlaggebenden Länder waren in diesem Fall die USA, Kanada und Argentinien. Es wurde zwar darüber berichtet, doch scheint dies in der

innereuropäischen- bzw. innerösterreichischen Debatte keine allzu große Bedeutung zu haben.

Ein statistisch signifikantes Ergebnis konnte also lediglich bei Vor- und Nicht-Vorkommen anderer europäischer Länder erkannt werden, wobei hier wiederum das Resultat der Auswertung der „Kronen Zeitung“ hervorsticht, da hier lediglich in sechs Artikeln von insgesamt 44 andere EU-Länder genannt wurden. Bemerkenswert war der verhältnismäßig geringe Anteil am geographischen EU-Bezug vom „Standard“ und „Kurier“. Nicht miteinbezogen sind jedoch jene Berichte, in welchen von der „EU“ oder „Brüssel“ zu lesen war. Diese Bezeichnungen stellten in der Untersuchung keinen geographischen sondern einen politischen Bezug her, da hier aus dem Kontext gelesen von der politischen Institution der Europäischen Union die Rede ist. Darauf soll im nächsten Abschnitt eingegangen werden.

6.6.2.6. Politischer Bezug

Der nächste Schritt soll also den politischen Bezug analysieren. Hier wurden die unterschiedlichen Komponenten in vier Variablen zusammengefasst und ähnlich wie im vorhergehenden Kapitel analysiert.
Die Variablen sind österreichische Politik, EU-Politik, internationale Politik und nicht-politische Akteure. Unter den letzten Punkt fallen sowohl NGO’s wie Greenpeace und Global 2000, als auch Bauernvertreter, Konsumentenschützer und Expertengruppen. Die geringe Fallzahl und nicht allzu große Heterogenität der Akteure machten ein solches Zusammenfassen notwendig, obgleich dadurch die Differenziertheit der Analyse leidet.
Auch hier wurde lediglich auf die Nennung der jeweiligen Akteure geachtet, nicht in welchem Zusammenhang diese im Artikel gebracht wurden.

Tabelle 16: Nennung österreichischer politischer Akteure

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Akteur Österreich	ja	10	50,0	4	50,0	9	56,3	20	45,5	**43**	48,9
	nein	10	50,0	4	50,0	7	43,8	24	54,5	**45**	51,1
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,904, Cramer's V=0,080

Statistisch konnte zwischen den Zeitungen zwar kein Zusammenhang im Bezug auf die Nennung österreichischer Akteure erkannt werden, doch fällt an dieser Tabelle die Ausgewogenheit innerhalb der Artikel zwischen „Österreichischer Akteur genannt" und „Österreichischer Akteur nicht genannt" auf. Ähnlich verhält es sich mit der Nennung von politischen Akteuren der EU.

Tabelle 17: Nennung politischer Akteure EU

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Akteur EU	ja	10	50	7	87,5	9	56,3	24	54,5	**46**	56,8
	nein	10	50	1	12,5	7	43,8	20	45,5	**42**	43,2
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,315, Cramer's V=0,201

Zwar erbrachte auch hier die Prüfung auf signifikante Zusammenhänge keinen interpretierbaren Wert, doch Gesamtzahlen lassen diesen Schluss vermuten. In der „Presse" konnte sogar lediglich ein Artikel gefunden werden, in dem diese Akteursgruppe nicht vorkam. Insgesamt zeigt der Vergleich jedoch, dass EU-Akteure sogar öfters in der Debatte angesprochen werden, als österreichische politische Akteure. Dies kann ein Indiz für die ähnliche Bedeutung der jeweiligen Akteure in der Berichterstattung sein.
Ähnlich dem außereuropäischen, geographischen Bezug bleiben auch internationale Akteure öfters unerwähnt als erwähnt:

Tabelle 18: Nennungen internationaler politischer Akteure

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Akteur Internat.	ja	3	15,0	4	50,0	5	31,3	7	15,9	**19**	21,6
	nein	17	85,0	4	50,0	11	68,8	37	84,1	**69**	78,4
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,109, Cramer's V=0,262

Jedoch auch hier ist der Unterschied zwischen den Zeitungen nicht signifikant und eine Interpretation der Daten ist somit obsolet. Interessant jedoch ist, dass in der Debatte nicht nur

die politischen Akteure erwähnt wurden, sondern mit der höchsten Fallzahl sogar die nicht-politischen Akteure.

Tabelle 19: Nennung nicht-politischer Akteure

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
nicht politisch	ja	9	45,0	4	50,0	9	56,3	15	42,0	**51**	42,0
	nein	11	55,0	4	50,0	7	43,8	29	58,0	**37**	58,0
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50,0**	**88**	100,0

n=88, p-value=0,109, Cramer's V=0,177

Als nicht-politische Akteure werden all jene bezeichnet, welche keine politischen Ämter innehaben und an der Diskussion um den politischen Prozess teilnehmen bzw. mit einbezogen werden. Die Unterschiede zwischen den Medien sind aber nicht signifikant. Aber in insgesamt 42% der Artikel kommen nicht-politische Akteure vor.
Es kann also insgesamt in der Debatte – allein durch die vergleichsweise vielen Artikel, in denen nicht-politische Akteure zumindest genannt wurden – durchaus von der Darstellung unterschiedlicher Akteursgruppen gesprochen werden. Dieser Vergleich zeigt jedoch nicht, wie unterschiedlich und ausdifferenziert die jeweiligen Akteure in den Akteursgruppen waren.

6.6.2.7. Zusammenfassung der formal-inhaltlichen Analyse

Die formal-inhaltliche Analyse war in diesem Fall sowohl für eine Beschreibung über die Beschaffenheit der Artikel über die Genmais-Debatte hilfreich, als auch für eine weitere Interpretation der verschiedenen Parameter im Bezug auf die Tageszeitungen.
Zwar hatten mehr als die Hälfte der Artikel dieses Thema als Hauptthema gewählt, doch konnten auch fast so viele Artikel in die Analyse mit einfließen, weil sie das Thema zum Nebenthema hatten bzw. in einen Verweisungskontext stellten. Während hierbei sowohl die Qualitätszeitung „Standard" und auch die „Kronen Zeitung" das Thema nicht nur als Hauptthema verwendeten, bemerkt man bei der Themenschwerpunktsetzung Ähnlichkeiten zwischen „Kurier" und „Presse", da hier die Kategorie des Hauptthemas vorherrscht.
Das klassische Bild der Nachrichtenwertfaktoren „Dynamik" und „Valenz" (vgl. Kap.5.1.) kann man bei den Artikeln beobachten, wenn man den Bezug auf die Entscheidungsperioden betrachtet. So kann man 2007 bzw. in der Berichterstattung darüber, dass Österreich keine

Mehrheit mehr im EU-Umweltministerrat für die Aufrechterhaltung des Genmais-Importverbots erreichen konnte, durchaus am meisten Artikel finden, was jedoch bei der tatsächlichen Implementierung 2008 durch die EU-Kommission wieder abflaute. Die politische Entscheidung stellt also ein Thema dar, über das mehr geschrieben wird, als über die tatsächliche Umsetzung. Ein Blick auf die absoluten Zahlen im Bezug auf das journalistische Genre im Jahresvergleich zeigt auch, dass den Hauptanteil der Artikel einerseits das Genre „Nachricht/Bericht" darstellt, andererseits der Leserbrief. Im Vergleich zu dem deutlichen Anstieg dieser Artikel 2007 ist der Erscheinungszeitraum von 2008 zu beobachten, bei dem zwar die Zahl der Nachrichten abnimmt, jedoch nicht wesentlich die Zahl der Leserbriefe. Ein Blick auf die Unterschiede zwischen den Zeitungen zeigt, dass sämtliche Leserbriefe zur Genmais-Importverbotsdebatte in der „Kronen Zeitung" erschienen sind. Weiters konnte beobachtet werden, dass exakte Bezeichnungen zwar vorwiegend dem journalistischen Genre „Nachricht/Bericht" zu entnehmen waren und im Zeitungsvergleich quantitativ ähnlich oft in den Tageszeitungen vorgefunden, relativ jedoch eher in Qualitätszeitungen angegeben wurden. Dies ist durchaus auch auf die hohe Anzahl an Leserbriefen in der „Kronen Zeitung" zurückzuführen. Die Analyse des geographischen Bezugs der Artikel konnte hingegen im Zeitungsvergleich keine statistisch signifikanten Aussagen treffen, jedoch wird in den Artikeln zum Thema Genmais meist ein Österreich-Bezug hergestellt, deutlich weniger Bezug zu Europa oder Ländern außerhalb der EU. Auf der Akteursbezugsebene bemerkt man auch den Nachrichtenwertfaktor der Nähe, da österreichische Akteure am häufigsten, gefolgt von europäischen, nicht politischen und international politischen Akteuren, genannt werden. Man kann also konstatieren, dass der Bezug in der Genmais-Debatte Österreich-bezogen sowohl auf geographischer als auch politischer Ebene ist. Es konnten dabei aber im direkten Zeitungsvergleich keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen den Tageszeitungen erkannt werden.

6.6.3. Analyse der Artikelbewertungen

Der nächste Schritt soll nun die formale Ebene verlassen und auf die Bewertungsebene eingehen. Zuerst wurde daher noch einmal auf Artikelebene die Unterscheidung zwischen positiver Bewertung, neutraler bzw. keiner und negativer Bewertung angestellt. Da die Analyse sich in weiterer Folge auf die Sprechakteure innerhalb der Artikel bezieht, soll in diesem Analyseschritt der Gesamteindruck über die Bewertungstendenzen der Gesamtartikel wiedergegeben werden. Hier wurde zwischen „Gesamtbewertung EU“ und „Gesamtbewertung Österreich“ eingeteilt, wobei die Bewertung Österreichs jeweils die Bewertung der aktuellen Bundespolitik innehat. Eine Gemeinsamkeit der Bewertungsakteure der österreichischen Politik ist jedoch, dass Josef Pröll in beiden Legislaturperioden das Amt des Umweltministers besetzte und so auch die Ansprechperson in beiden Kabinetten für die Angelegenheiten um das Genmais-Importverbot war.

Der Schritt, die Gesamtbewertung in die Analyse mit einzubeziehen erfolgte aus der Überlegung heraus, dass nicht immer der Autor auch Aussageträger in einem Artikel ist und daher auch keine Aussage in die Analyse mit einfließen konnte. Es können jedoch oft auch Tendenzen der Artikel – und nicht nur innerhalb der Aussagen – in der Bewertung erkannt werden. Hierbei fließen daher auch jene Beiträge in die Untersuchung ein, welche das Thema lediglich in einem Verweisungskontext stellen bzw. lediglich als Nebenthema formulieren (bspw. auch Leserbriefe). Gerade diese Tendenz soll durch solch eine Unterscheidung ersichtlich gemacht werden soll.

Die beiden Politikbereiche sollen in diesem Schritt zuerst nach ihrer Bewertung analysiert werden und in einem zweiten Schritt sollen diese Bewertungen geschichtet nach dem jeweiligen Untersuchungszeitraum dargestellt und beschrieben werden.

6.6.3.1. Gesamtartikelbewertungen EU

Tabelle 20: Gesamtartikelbewertungen EU

		Zeitung								∑	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	**%**		
Bewertung EU	positiv			5	62,5	1	6,3	1	2,3	**7**	**8,0**
	neutral/keine Bewertung	18	90,0	2	25,0	15	93,8	4	9,1	**39**	**44,3**
	negativ	2	10,0	1	12,5	0	0,0	39	88,6	**42**	**47,7**
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50**	**88**	**100,0**

n=88, p-value<0,001, Cramer's V=0,664; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

In den insgesamt 88 Artikeln wurden 39 Beiträge vorgefunden, in welchen keine Bewertungen erkennbar waren oder die zumindest positiv und negativ in einem ausgeglichenen Ausmaß über die EU werteten. Knapp 48%, demnach 42 Beiträge, bewerteten die EU negativ und in lediglich 7 Beiträgen (8%) war eine positive Wertung über die europäische Union erkennbar.

Man bemerkt also insgesamt einen deutlichen Hang zu einer negativen bzw. neutralen Bewertung der EU. Differenzierter betrachtet bemerkt man jedoch gravierende Unterschiede zwischen den Zeitungen. So bewertet der „Standard" die EU vorwiegend neutral, bzw. sind keine Bewertungen vorzufinden. Ca. 45% aller neutralen EU-Beiträge der Untersuchung erschienen in dieser Zeitung. Und doch wurde in zwei Artikeln die EU negativ beurteilt. Man kann also eine deutlich neutrale Artikelbewertung erkennen, mit einer leichten Tendenz zu negativer Bewertung. Anders als hier konnten in der Presse weniger neutrale Berichte und dafür mehr positive EU-Bewertungen erkannt werden. Über 60% der Berichte der „Presse" werten EU-positiv. Bemerkenswert dabei ist auch, dass bei lediglich 9% aller Artikel zur Genmais-Debatte, über 70% der EU-positiven Artikel in der „Presse" erschienen. Dahingegen wurden in der Zeitung „Kurier" – ähnlich wie im „Standard" – fast alle Artikel als EU-neutral wertend codiert, lediglich ein Beitrag wurde als positiv EU-wertend eingestuft. Ein gänzlich anderes Bild ergibt die Bewertung der EU-Politik in der „Kronen Zeitung". Hier bemerkt man mit 39 negativ, vier neutral und einem positiv wertenden Artikel einen deutlichen Hang zu negativer EU-Bewertung.[44]

[44] Während die anderen drei Tageszeitungen zumindest weniger kritische Töne in ihren Überschriften zu erkennen gaben, erkennt man die kritische Haltung der „Kronen Zeitung" gegenüber der EU oft schon anhand der Titel der Artikel: „Neuer ‚EU-Anschlag': Brüssel will Gen-Importverbote kippen" (Kronen Zeitung 17.12.2006, 20), oder „EU zwingt Österreich Genmais-Sorten auf" (ebd. 08.05.2008, 14)

Insgesamt fällt daher auf, dass sowohl „Standard“ als auch „Kurier“ eher ausgewogen die EU-Politik bewerten – jedoch der „Standard“ mit eher kritischeren und „Kurier“ mit eher EU-freundlicheren Tendenzen. Die Berichterstattung der „Presse“ zur Genmais-Thematik wertet die EU überwiegend positiv wohingegen die Berichte der „Kronen Zeitung“ hauptsächlich EU-kritisch bzw. negativ wertend erscheinen. Um ein umfassenderes Bild zu erhalten, kann man sich diese Ergebnisse vor dem Hintergrund der Entscheidungs- bzw. Erscheinungsperioden genauer betrachten. Tabelle 23 gibt noch einmal einen Gesamtüberblick über die EU-Bewertungen der unterschiedlichen Tageszeitungen geschichtet nach den Erscheinungsperioden.

Tabelle 21: Kreuztabelle Gesamtbewertung EU und Zeitungen geschichtet nach Erscheinungsjahr

Erscheinungsjahr	Bewertung	Zeitung				Gesamt
		Standard	Presse	Kurier	Krone	
2005	positiv		1		1	2
	neutral/keine	2		5	1	8
	negativ				2	2
Gesamt		**2**	**1**	**5**	**4**	**12**
2006	positiv		3	1		4
	neutral/keine	3		3		6
	negativ				6	6
Gesamt		**3**	**3**	**4**	**6**	**16**
2007	positiv		1			1
	neutral/keine	10		6	1	17
	negativ	2	1		17	20
Gesamt		**12**	**2**	**6**	**18**	**38**
2008	positiv					
	neutral/keine	3	2	1	2	8
	negativ				14	14
Gesamt		**3**	**2**	**1**	**16**	**22**

n=88, 2005: p-value=0,054, Cramer’s V= 0,718; 2006: p-value<0,001, Cramer’s V=0,919; 2007: p-value<0,001, Cramer’s V=0,772; 2008: p-value=0,002, Cramer’s V=0,810; leere Felder bedeuten keine Nennungen

Hierbei wird ersichtlich, dass – abgesehen von der „Kronen Zeitung“ – die positiven EU-Bewertungen im zeitlichen Verlauf abnehmen und dass neutrale oder nicht wertende Berichte in den Vordergrund rücken. 2008 wurde gar keine positive Wertung mehr wahrgenommen. Wie schon zuvor erwähnt, konnte in dieser Unterscheidung bei den Tageszeitungen „Presse“ und „Kronen Zeitung“ die jeweils positivste bzw. negativste Ausprägung an EU-Bewertung erkannt werden. Wir finden daher auch bei der „Presse“ in jedem Untersuchungszeitraum zumindest einen Artikel, in dem die EU positiv bewertet wird. Die einzige negative

Bewertung fällt in den Zeitraum von 2007, bei dem der EU-Umweltministerratsbeschluss gegen die Aufrechterhaltung des Genmais-Importverbots entschied.
Dahingegen findet man in der Berichterstattung der „Kronen Zeitung“ 2005 den einzigen Bericht, in dem die EU positiv bewertet wird. Die Artikel mit negativer Bewertung nehmen ab diesem Zeitpunkt bis 2007 drastisch zu und 2008 wieder leicht ab, jedoch finden wir im Untersuchungszeitraum von 2008 lediglich in dieser Zeitung – und keine von den anderen vier Tageszeitungen – Artikel mit negativer EU-Bewertung. Auch statistisch ist dieser Zusammenhang von 2006 bis 2008 mit einem p-value von <0,001 bzw. 0,002 (2008) zu interpretieren und das Cramer’s V von bis zu 0,919 besagt, dass es einen starken Zusammenhang gibt.
Nachdem nun die EU-Bewertung der Artikel beschrieben wurde und hier signifikante Tendenzen erkannt werden konnten, bleibt noch ein Blick auf die Bewertungen der österreichischen Politik in Bezug auf das Thema der Genmais-Debatte.

6.6.3.2. Gesamtartikelbewertungen Österreich

Tabelle 22: Gesamtbewertung österr. Politik

		Zeitung								∑	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	**%**		
Bewertung Politik Ö	positiv	1	5,0	4	50,0	4	25,0	14	31,8	**23**	**26,1**
	neutral/keine Bewertung	16	80,0	3	37,5	12	75,0	12	27,2	**43**	**48,9**
	negativ	3	15,0	1	12,5			18	40,9	**22**	**25,0**
Gesamt		**20**	**22,7**	**8**	**9,1**	**16**	**18,2**	**44**	**50**	**88**	**100,0**

n=88, p-value<0,001, Cramer’s V=0,478; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Insgesamt fiel die Bewertung der österreichischen Politik ausgewogener aus. Allein die Tatsache, dass die Artikel, welche als „bewertend“ codiert wurden und jene, welche keine bzw. neutrale Bewertungen zeigten, fast gleich oft zu finden waren, bestätigt dieses Argument. Bei der Unterscheidung der Tageszeitungen fällt hingegen auf, dass österreichische Politik in „Presse“ und „Kurier“ durchaus positiver bewertet wurde als in den beiden anderen Zeitungen. Im „Kurier“ war gar keine negative Bewertung der österreichischen Politik zu finden. Die Beiträge im „Standard“ sind zwar vorwiegend neutral bewertet bzw. es gab keine Wertung, jedoch wird eine Tendenz zu negativer Bewertung österreichischer Politik erkannt. Die Beiträge der „Kronen Zeitung“ werten hingegen nur 12-

mal (27,2%) nicht und 32-mal positiv oder negativ. Doch müssen diese Gesamtzahlen noch auf die Untersuchungszeiträume geschichtet betrachtet werden, um ein klareres Bild davon zu erhalten.

Tabelle 23: Kreuztabelle Gesamtbewertung Österreichische Politik und Zeitungen geschichtet nach Erscheinungsjahr

Erscheinungsjahr	Bewertung	Zeitung				Σ
		Standard	Presse	Kurier	Krone	
2005	positiv	1	1	1	2	**5**
	neutral/keine	1		4	1	**6**
	negativ				1	**1**
Gesamt		**2**	**1**	**5**	**4**	**12**
2006	positiv		2	1	3	**6**
	neutral/keine	3	1	3	2	**9**
	negativ				1	**1**
Gesamt		**3**	**3**	**4**	**6**	**16**
2007	positiv		1	2	7	**10**
	neutral/keine	9		4	6	**19**
	negativ	3	1		5	**9**
Gesamt		**12**	**2**	**6**	**18**	**38**
2008	positiv				2	**2**
	neutral/keine	3	2	1	3	**9**
	negativ				11	**11**
Gesamt		**3**	**2**	**1**	**16**	**22**

n=88, 2005: p-value=0,496, Cramer's V= 0,473; 2006: p-value=0,423, Cramer's V=0,433; 2007: p-value=0,096, Cramer's V=0,376; 2008: p-value=0,064, Cramer's V=0,520; leere Felder bedeuten keine Nennungen

Interessant hierbei ist, dass die Bewertungen im Laufe der Debatte zwar zugenommen haben (was mit der Anzahl der Artikel in Zusammenhang steht), das Verhältnis zwischen Bewertung und Nicht-Bewertung bzw. neutraler Bewertung in etwa – mit Ausnahme von 2008 – gleich bleibt. Soweit zu den Gesamtzahlen der einzelnen Untersuchungsabschnitte. Die tendenziellen Bewertungen (positiv oder negativ) sind im Jahresvergleich eher positiv. Einzig 2008 dominieren die negativen Bewertungen, jedoch wurden hier sämtliche positiven und negativen Bewertungen der „Kronen Zeitung" entnommen. Doch waren die Bewertungen der österreichischen Politik innerhalb der „Kronen Zeitung" über die Untersuchungszeiträume 2005-2008 auch eher positiv. Im Zusammenhang mit der Entscheidung könnte man darauf schließen, dass zu diesem Zeitpunkt die Umsetzung durch die Kommission erfolgte und in den Artikeln, überwiegend Leserbriefe aus der „Kronen Zeitung", auf eine handlungsunfähige und der EU ausgelieferten nationalen Politik geschlossen wurde. Die statistischen Werte gehen bei dieser Differenzierung jedoch von keinem signifikanten Unterschied aus.

6.6.3.3. Zusammenfassung der Gesamtartikelbewertungen

Die Analyse der Gesamtbeurteilungen konnte, getrennt nach den Untersuchungszeiträumen, keine signifikanten Unterschiede zwischen den Zeitungen erkennen. Dennoch ist aus dieser Analyse im Vergleich der Bewertungen über österreichische Politik und EU-Politik einiger Erkenntnisgewinn zu entnehmen.

Insgesamt wurde zwar die EU-Politik eher bewertet (positiv wie negativ) als die österreichische Politik, jedoch ist der Unterschied nicht allzu groß. Daher muss man die Unterschiede in den Bewertungen näher betrachten. Als drastischen Unterschied kann man innerhalb der EU-Bewertung den Unterschied zwischen 2006 und 2007 sehen. 2006 konnten hier vier positive und sechs negative Bewertungen gefunden werden (wobei die Artikel mit der negativen Bewertung ausschließlich in der „Kronen Zeitung" zu finden waren). 2007 hingegen wurde lediglich eine positive Bewertung aber 19 negative Bewertungen codiert. 2008 setzte sich der Trend fort (0:14), wobei jedoch sämtliche negativen Bewertungen der „Kronen Zeitung" entnommen wurden. Diese fielen jedoch umso deutlicher vor allem in den Leserbriefen aus.[45]

Die Bewertungen der österreichischen Bundespolitik waren hingegen bis 2007 mehr positiv, da bspw. im Dezember 2006 in der „Kronen Zeitung von einem „Genmais-Sieg" (Kronen Zeitung 19.12.2006, 10) oder im „Standard" von einem „großen Erfolg" (Standard, 19.12.2006, 15) die Rede war. 2007 gab es dann schon kritischere Stimmen, jedoch erst 2008 wurden deutlich mehr negative als positive Bewertungen ausgemacht. Interessant ist diese Unterscheidung deswegen, weil die Aufhebung des Importverbots durch die Kommission vonstatten ging, jedoch die österreichische Politik im Zusammenhang mit diesem Politikbereich auch negativ bewertet wurde. Doch kann hier nur von der „Kronen Zeitung" gesprochen werden, da die negativen Bewertungen von 2008 allein aus dieser Zeitung stammen. Immerhin ist aber auch der Anteil an positiven Bewertungen 2008 deutlich gesunken. Lediglich eine Wertung konnte einem Artikel der „Presse" entnommen werden. Auffallend am Gesamtbild ist jedoch, dass der „Standard" eher neutrale bzw. nicht-wertende Artikel im Zusammenhang mit diesem Thema publizierte. In der „Presse" wurden hingegen weit mehr wertende als nicht-wertende Beiträge gefunden. Die Richtung der Wertungen ist dabei überwiegend positiv. Vor allem fallen dabei die positiven Wertungen der EU-Politik auf. Dies mag auch Indiz für die europafreundliche Blattlinie der „Presse" sein. Der „Kurier" hingegen wertet ausschließlich positiv. Hier ist kein einziger Artikel zu finden, welcher als

[45] Etwa ein Leserbrief der „Kronen Zeitung" vom 15. Mai 2008 (28) mit dem Titel „ Die EU zeigt schon ihr wahres Gesicht", oder gar vom 11.05.2008 (31): „Die Eu: Das Geschwür!"

negativ-bewertet eingestuft wurde. An der Zahl der Bewertungen sticht jedoch die „Kronen Zeitung“ hervor. Zwar liegt das auch an der ungemein höheren Zahl an Artikeln und vor allem Leserbriefe dürften dabei ins Gewicht fallen, jedoch kann dieses signifikante Merkmal der Zeitung in diesem Themenbereich durchaus bestätigt werden.

Zum Abschluss der Analyse der Gesamtbewertungen soll noch ein Beispiel dienlich sein, welches die Überschriften der Artikel der vier Tageszeitungen darstellen soll. Verglichen werden die Hauptartikel vom 19. Dezember 2006 und dem 31.Oktober 2007[46], da an diesen Tagen in den vier Tageszeitungen über den Ausgang der Abstimmung berichtet wurde. Diese Tage wurden aus dem Grund gewählt, da hier der signifikanteste Unterschied zwischen den Abstimmungsergebnissen vorliegt.

Die „Kronen Zeitung“ titelte 2006: „’Genmais-Sieg’ über die EU!“ und 2007: „Genmais: EU kippt Importverbot“. Die Verantwortung im ersten Titel liegt hier also bei der österreichischen Politik, im Titel von 2007 ist die EU Schuld an der Aufhebung des Importverbots.

Der „Kurier“ titelt 2006: „Das Genmais-Importverbot bleibt“ und 2007: „Front gegen Gentechnik keimt“. Im ersten Titel wird also durchaus neutral der Ausgang der Abstimmung im EU-Umweltministerrat bekanntgegeben. Hingegen 2007 wird erst bei näherer Betrachtung klar, dass im Umweltministerrat gegen ein Importverbot gestimmt wurde.

Die „Presse“ titelt jedoch 2006 ähnlich der „Kronen Zeitung“: Gen-Mais: Österreich ‚rettet’ Verbot“ und weist damit schon im Titel auf den Ausgang der Verhandlungen und den Erfolg der österreichischen Verhandlungspartner hin. Die Verantwortung liegt hier also auf der Seite der österreichischen Politik. Auch der „Kronen Zeitung“ ähnlich steht im Titel 2007: „EU lässt Genmais nach Österreich“. Die Verantwortung über die österreichische Abstimmungsniederlage wird hier also der EU zugeschrieben und Österreich ist in diesem Fall der passive Leidtragende.

Die Titel des „Standard“ lassen sehr deutlich Ähnlichkeiten zu denen des „Kuriers“ erkennen. Hier steht 2006: „Importverbot für Genmais bleibt“ und 2007 „Gen-Mais: Niederlage, aber kein Dammbruch“. Auch hier ist Titel von 2006 neutral gehalten und jener von 2007 weist zwar auf die Niederlage für die österreichische Position hin, gibt aber zu verstehen, dass diese Entscheidung keine allzu große Bedeutung für die österreichische Linie hat.

[46] Seitenreferenzen sind den Tabellen der untersuchten Artikel aus dem Anhang zu entnehmen. Im folgenden Abschnitt werden die Titel auch nur mit den Jahreszahlen in Verbindung gebracht, was jedoch den hier angegebenen Erscheinungstag impliziert.

6.6.4. Analyse auf Aussageebene

Es folgt nun die Analyse auf Aussageebene im Unterschied zu den vorhergehenden Untersuchungsschritten, welche sich auf die Gesamtzahl der Artikel konzentrierten. Hierbei soll noch einmal erwähnt werden, dass dabei sämtliche direkten Aussagen der Sprechakteure zum Thema der Genmais-Importverbotsdebatte codiert wurden.
Insgesamt konnten in den Artikeln zur Genmais-Debatte 71 Aussagen codiert werden, welche von Akteuren in den Artikeln getätigt wurden

6.6.4.1. Aussageträger

Einen Überblick über die Aussageträger und deren Funktionen bzw. Rollen gibt Tabelle 24:

Tabelle 24: Aussageträger in den Artikeln

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Aussageträger	Journalisten	2	9,1					5	19,2	7	9,9
	Politik national	9	40,9	5	62,5	5	33,3	8	30,8	27	38,0
	Opposition	2	9,1							2	2,8
	Politik EU	2	9,1	1	12,5	1	6,7			4	5,6
	Experten	1	4,5	2	25,0	3	20,0			6	8,5
	Vereine/Organisationen	2	9,1					1	3,8	3	3,4
	Leser							6	23,1	6	8,5
	Umweltorganisationen	4	18,2			3	20,0	6	23,1	13	18,3
	Landwirte					2	13,3			2	2,8
	Sonstige					1	6,7			1	1,4
Gesamt		**22**	**31,0**	**8**	**11,3**	**15**	**21,1**	**26**	**36,6**	**71**	**100,0**

n=71, p-value=0,011, Cramer's V=0,468; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Man bemerkt auch gleich bei der Unterscheidung zwischen den Tageszeitungen, dass hier die Gewichtung anders ausfällt als bei der Analyse der Artikel. Dies kann einerseits auf der unterschiedlichen Artikellänge und der damit einhergehenden umfassenden Berichterstattung (vgl. Kap. 11.1.6), andererseits auf der außergewöhnlich hohen Anzahl an Leserbriefen (vgl. Kap. 11.1.4.) und Artikel, welche das Thema lediglich in einem Verweisungskontext oder als Nebenthema behandelten, ruhen. Von den 71 Aussagen wurden 31% dem „Standard" entnommen, acht Aussagen (11,3%) stammen aus der „Presse", 15 (21,1%) aus dem „Kurier" und 26 (36,6%) aus der „Kronen Zeitung". Die meisten Aussageträger stammen aus der Kategorie „Politik national" mit 27 Aussagen (38%), gefolgt von Aussageträgern aus Umweltorganisationen mit 13 Aussagen (18,3%). Journalisten konnten 7 Aussagen – also 9,9% – zugeschrieben werden und jeweils 6 (8,5%) kamen von Experten und Lesern. Aussagen von EU-politischen Akteuren konnten 4-mal (5,6%) codiert werden. Bei den

übrigen Akteuren konnten lediglich drei oder weniger Aussagen in die Analyse mit einfließen. Auffallend in der Unterscheidung der Zeitungen ist dabei, dass zwar die Aussageträger „Politik national“ in allen vier Tageszeitungen zu finden sind, jedoch Aussagen von Umweltorganisationen in „Standard“, „Kurier“ und „Kronen Zeitung“, nicht jedoch in der „Presse“ codiert werden konnten. Ein p-value von 0,011 geht von einem Zusammenhang aus, auch innerhalb der Variablen kann Zusammenhang interpretiert werden, da der Wert von Cramer’s V bei 0,468 einen Zusammenhang erkennen lässt.

Aufgrund der Gesamtzahlen kann gesagt werden, dass bei der Aussageebene „österreichische Politik“ dominiert, gefolgt von Aussageträgern von Umweltorganisationen, Journalisten und Experten. Im qualitativen Schritt der Aussageträger können jedoch noch einige Unterschiede herausgearbeitet werden. Sieben Aussagen wurden Journalisten zugeschrieben. Von Autoren des „Standard“ war ein Kommentar der Chefredakteurin Alexandra Föderl-Schmidt über die „Österreichische Gen-Lüge“ (Standard 31.10.2007, 44). Die zweite codierte Aussage kam von Gerfried Sperl über die „Widersprüche der Gen-Debatte“ (Standard 05.11.2007, 23). Dieser Kommentar war auch der Grund für die Reaktionen von Lesern in dieser Zeitung, welche in dieser Untersuchung Beachtung fanden. Im Gegenzug dazu soll auf einen Artikel der „Kronen Zeitung“ verwiesen werden. Im Mai 2008 liest man bspw. in einem Bericht ohne Ausweisung eines Autors: „Die EU hat wieder einmal bewiesen, dass ihr die Interessen der Gentech-Lobby wichtiger sind als die Sorgen der Menschen.“ (Kronen Zeitung 09.05.2008, 12). Jedoch finden sich auch „ausgewiesene“ Aussagen aus Kommentaren von Redakteuren wieder, indem etwa Klaus Pándi am 31.12.2007 (10) einen Kommentar über die für Österreich negativ verlaufene Abstimmung gibt.

6.6.4.2. Aussagebewertungen

An dieser Stelle wird die Ebene der Unterscheidungen zwischen den Tageszeitungen verlassen, da das Erkenntnisinteresse bei den Akteuren liegt, von welchen eine Aussage in den Artikeln getätigt wurde.
Die weitere Vorgehensweise besteht nämlich zuerst im Versuch einer Darstellung der Bewertungen, welche in den Aussagen der Akteure zu erkennen waren. Dabei wurde zwischen drei Parametern unterschieden: Bewertung des Themas, also wie steht der Aussageträger zur Genmais-Debatte, Bewertung der EU im Bezug auf die Debatte, Bewertung der österreichischen Politik im Bezug auf die Debatte und die Emotionalität der Aussage. Die Kriterien „Bewertung EU“ und „Bewertung österreichische Politik“ wurden deswegen in die Untersuchung miteinbezogen und es handelt sich dabei nicht wieder um eine Wiederholung der vorher analysierten „Wertungen in den Artikeln“, da davon ausgegangen werden kann, dass eine Aussagen nicht zwingend mit dem Gesamteindruck einhergehen müssen. Es kann darüber hinaus auch der Fall eintreten, dass der Artikel als „wertend“ eingestuft wurde, die Aussage in dem gleichen Artikel jedoch keine Wertung einnimmt (oder umgekehrt). Es muss also auch nicht zwingend in jeder Aussage eine Wertung zu einem der oben genannten Parameter enthalten sein.

In den folgenden Tabellen werden also jene neun Akteursgruppen mit den jeweiligen dreistufigen Wertungskategorien in Verbindung gebracht. Im abschließenden Schritt dieses Abschnittes soll noch einmal mit Beispielen aus einzelnen Artikeln das Ergebnis interpretiert werden.

6.6.4.2.1. Bewertungen des Themas

Tabelle 25: Bewertung des Themas durch Aussageträger[47]

		Bewertung						∑	%
		positiv	**%**	**neutral/keine**	**%**	**negativ**	**%**		
Aussageträger	Journalist			1	7,7	6	18,2	**7**	**9,9**
	Politik national	18	72,0	3	23,1	6	18,2	**27**	**38,0**
	Opposition	1	4,0			1	3,0	**2**	**2,8**
	Politik EU			3	23,1	1	3,0	**4**	**5,6**
	Experten	1	4,0	2	15,4	3	9,1	**6**	**8,5**
	Vereine/Org.			2	15,4	1	3,0	**3**	**4,2**
	Leser					6	18,2	**6**	**8,5**
	Umweltorganisationen	3	12,0	2	15,4	8	24,2	**13**	**18,3**
	Landwirtschaft	1	4,0			1	3,0	**2**	**2,8**
	Sonstige	1	4,0					**1**	**1,4**
Summe		**25**	**35,2**	**13**	**18,3**	**33**	**46,5**	**7**	**100,0**

n=71, p-value=0,01, Cramer's V= 0,549; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

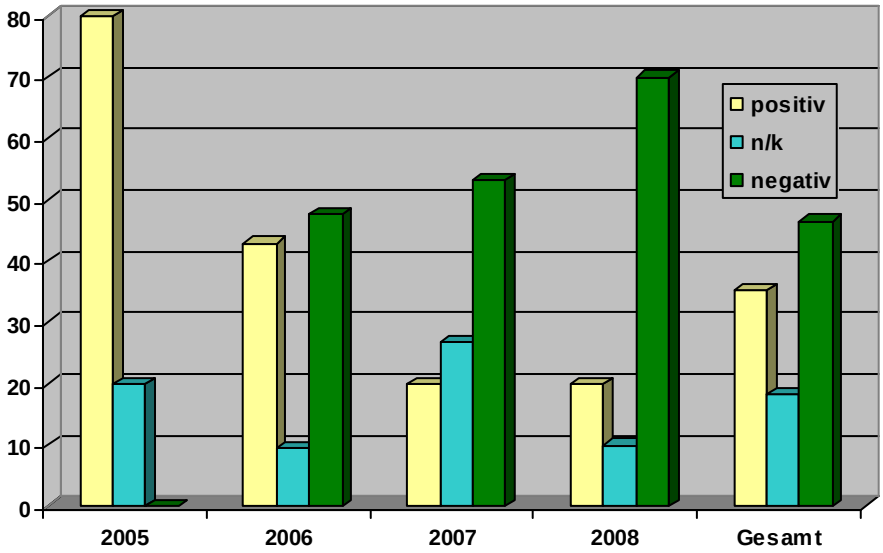
Dem Thema des politischen Verlaufs der Genmais-Importverbotsdebatte stehen demnach die sieben Journalisten, sofern sie in den Artikeln codierfähige Aussagen tätigten und auch Wertungen dazu erkenntlich waren, tendenziell kritisch gegenüber. Hier soll auch eine Unterscheidung mit eingebracht werden, da fünf der negativen Bewertungen aus der „Kronen Zeitung" stammen und zwei dem „Standard" zu entnehmen waren. Dahingegen Akteure der nationalen Politik eher positiv dem Thema gegenüberstehen. Dies ist vor allem in dem Zusammenhang zu beurteilen, als dass auch politischer Misserfolg nicht unbedingt den Abbruch des medial vermittelten politischen Optimismus bedingt.

Die zwei Aussagen seitens der Opposition sind einmal positiv einmal negativ. Akteure der EU-Politik bewerten das Thema eher neutral, jedoch auch einmal negativ. Experten treten dem Thema eher negativ gegenüber und auch bei nicht-staatlichen Organisationen bemerkt man einen Hang zur negativen Bewertung.

Interessant ist jedoch, dass Leser das Thema ausschließlich negativ bewerten. Das bedeutet, dass weder bei Erfolg als auch Misserfolg bzgl. einer Beibehaltung oder Aufhebung des Genmais-Importverbots es keine Unterschiede in der Bewertung innerhalb der Aussage gegeben hat. Also auch bei politischem Erfolg war die negative Seite des Themas deutlicher erkennbar. Anders als Umweltorganisationen, welche zwar auch mehr zu einer negativen Bewertung tendieren, wo jedoch auch positive Wertungen in den Aussagen enthalten sind. Die positive und negative Bewertung der Landwirte ergibt sich aus der im „Kurier" veröffentlichten Gegenüberstellung eines konventionellen und eines Biobauers.

Der zeitliche Vergleich der Bewertungen der Aussagen innerhalb der Artikel gibt Aufschluss darüber, wie stark sich auf der gesamten Aussageebene die Themen-Bewertungen ändern.

Abb. 5 Bewertung des Themas in den Aussagen nach Untersuchungszeiträumen[48]



n=71, p-value=0,008, Cramer's V=0,348

Abbildung 5 zeigt graphisch die relativen Bewertungsanteile in den vier Untersuchungszeiträumen. Dass im Gesamten das Thema 2007, also als es zur Entscheidung gegen die österreichische Linie kam, am häufigsten bewertet wurde, geht aus den absoluten Zahlen hervor. Jedoch der relative Anstieg der negativen Themenbewertungen wird aus dieser Grafik ersichtlich. Bemerkenswert dabei ist, dass 2006 am zweithäufigsten Bewertungen der Aussageträger erkannt werden konnten. 2005 wurde hingegen entweder positiv oder nicht über das Thema gewertet, während 2006 die positiven Wertungen zum Thema lediglich um eins stieg, wohingegen die negativen Wertungen sprunghaft auf 10 anstiegen, und 2007 sogar die Höchstzahl von 16 Wertungen erreichten. Auch 2008, trotz einer geringeren Wertungszahl, wurde in 7 von 10 Fällen negativ gewertet. Im Gegensatz dazu nahmen die positiven Wertungen 2007 leicht und 2008 gravierend ab. Dies bedeutet, dass mit mehrmaligen Wiederholungen von Entscheidungen über das Thema Genmais-Importverbot und trotz positiven Ausgangs der Verhandlungen für Österreich (2006) auch die negativen Bewertungen zum politischen Prozess zunehmen. Die Darstellungen von Tabelle 25 und Abbildung 5 ergibt sich aus der Tatsache, dass eine Darstellung der Themenbewertungen der unterschiedlichen Akteuren, geschichtet nach den

[48] Bewertungen 2005: 10; 2006: 21, 2007: 30, 2008:10

Untersuchungszeiträumen, ausgenommen für das Jahr 2007, zu keinen signifikanten Zusammenhängen führt. 2007 kann deswegen als signifikant gewertet werden, da hier alle sechs positiven Bewertungen den nationalen politischen Akteuren zugeschrieben wurden und im Unterschied dazu die negativen Bewertungen von Journalisten (5), Umweltorganisationen (3), Lesern (3), Akteuren der nationalen Politik (2), Opposition (1), Experten (1) und Vereinen (1) getätigt wurden.[49]

Abgesehen vom Thema ist für diese Untersuchung die Bewertung der Aussageträger über die politischen Institutionen von zentraler Bedeutung, was in den nächsten Kapiteln bearbeitet werden soll.
Der nächste Analyseschritt beinhaltet die Bewertungen der EU-Politik in der Genmais-Debatte von den einzelnen Akteuren.

6.6.4.2.2. Bewertungen EU

Tabelle 26: Bewertung EU der Aussageträger

		Bewertung EU						Summe	%
		positiv	%	n/k	%	negativ	%		
Aussageträger	Journalist			2	4,8	5	18,5	**7**	**9,9**
	Politik national	2	100,0	16	38,1	9	33,3	**27**	**38,0**
	Opposition			1	2,4	1	3,7	**2**	**2,8**
	Politik EU			4	9,5			**4**	**5,6**
	Experten			6	14,3			**6**	**8,5**
	Vereine/Org.			2	4,8	1	3,7	**3**	**4,2**
	Leser			1	2,4	5	18,5	**6**	**8,5**
	Umweltorganisationen			7	16,7	6	22,2	**13**	**18,3**
	Landwirtschaft			2	4,8			**2**	**2,8**
	Sonstige			1	2,4			**1**	**1,4**
Summe		**2**	**2,8**	**42**	**59,2**	**27**	**38,0**	**71**	**100,0**

n=71, p-value=0,295, Cramer's V=0,382; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

In dieser Gegenüberstellung kann jedoch durch den Chi²-Test (p-value 0,295) auf keinen signifikanten Zusammenhang geschlossen werden. Es sollen daher lediglich einige absoluten Zahlen beschrieben werden. Dabei kann erkannt werden, dass die neutralen Wertungen bzw. keine Wertungen über die EU- Politik dominieren (59,2%), gefolgt von den negativen Wertungen (38%). Lediglich zwei positive Wertungen (2,8%) über die EU- Politik wurden erkannt. Diese wurden von nationalen Politikern getätigt.

[49] Kreuztabelle: Bewertung des Themas – Aussageträger 2007. n=30, p-value=0,037, Cramer's V=0,642

6.6.4.2.3. Bewertungen österreichische Politik

Tabelle 27: Bewertung österreichischer Politik der Aussageträger

		Bewertung österr. Politik						Summe	%
		positiv	%	n/k	%	negativ	%		
Aussageträger	Journalist	2	9,1	4	9,3	1	16,7	**7**	**9,9**
	Politik national	16	72,7	11	25,6			**27**	**38,0**
	Opposition			1	2,3	1	16,7	**2**	**2,8**
	Politik EU			4	9,3			**4**	**5,6**
	Experten			6	14,0			**6**	**8,5**
	Vereine/Organisationen			3	7,0			**3**	**4,2**
	Leser	1	4,5	2	4,7	3	50,0	**6**	**8,5**
	Umweltorganisationen	3	13,6	9	20,9	1	16,7	**13**	**18,3**
	Landwirtschaft			2	4,7			**2**	**2,8**
	Sonstige			1	2,3		16,7	**1**	**1,4**
Summe		**22**	**31,0**	**43**	**60,6**	**6**	**8,5**	**71**	**100,0**

n=71, p-value=0,002, Cramer's V= 0,533; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Anders als im Fall der Bewertungen der EU-Politik kann hier sehr wohl ein bedeutender (Cramer's V = 0,533) signifikanter (p-value = 0,002) Zusammenhang interpretiert werden. Schon die Gesamtzahlen der Bewertung schließen auf ein umgekehrtes Bewertungsschema. Es gab zwar 43mal keine bzw. neutrale Bewertung, doch wurden auch 22 positive Bewertungen über die österreichische Politik erkannt und sechsmal wurde die österreichische Politik in den analysierten Aussagen negativ bewertet. Der überwiegende Teil der positiven Bewertungen wurden von den Politikern selbst über ihre Erfolge getätigt, gefolgt von Umweltorganisationen, welche den Erfolg positiv bewerteten. Zwei positive Bewertungen gehen auf Journalisten zurück und lediglich eine positive Bewertung wurde von einem Leser getätigt. Diese bewerteten aber umgekehrt dreimal negativ. Die restlichen drei negativen Bewertungen teilen sich auf Journalisten, Opposition und Umweltorganisationen auf. Interessant ist jedoch die Überlegung, dass sich ohne die Selbstbewertungen der österreichischen nationalen Politik eine Ausgewogenheit der Bewertungen zeigen würde.
Im zeitlichen Verlauf der Debatte bemerkt man zudem, ähnlich der Bewertung des Themas in den Aussagen, einen quantitativen Anstieg der Bewertungen der österreichischen Bundespolitik, jedoch konnte zwischen den Bewertungen und den Erscheinungszeiträumen statistisch kein signifikanter Zusammenhang erkannt werden.

6.6.4.2.4. Emotionen

Den Abschluss dieses Analyseschritts bildet jene Darstellung, welche sich mit der Emotionalität der Aussagen beschäftigt.

Tabelle 28: Emotionen in Bewertung der Aussageträger

		Bewertung emotional				Summe	%
		sachlich	%	emotional	%		
Aussageträger	Journalist	3	7,3	4	13,3	**7**	**9,9**
	Politik national	18	43,9	9	30,0	**27**	**38,0**
	Opposition	1	2,4	1	3,3	**2**	**2,8**
	Politik EU	4	9,8			**4**	**5,6**
	Experten	6	14,6			**6**	**8,5**
	Vereine/Org.	2	4,9	1	3,3	**3**	**4,2**
	Leser		0,0	6	20,0	**6**	**8,5**
	Umweltorganisationen	5	12,2	8	26,7	**13**	**18,3**
	Landwirtschaft	2	4,9			**2**	**2,8**
	Sonstige			1	3,3	**1**	**1,4**
Summe		**41**	**57,7**	**30**	**42,3**	**71**	**100,0**

n=71, p-value=0,009, Cramer's V= 0,557; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Hierbei erkennt man, dass neben einer sachlichen und unemotionalen Argumentation (insgesamt 41 mal) auch emotional bewertet wurde. Insgesamt wurde aber in den Aussagen 30mal emotional bewertet. In absteigender Reihenfolge wurden die emotionalen Bewertungen zumeist Aussagen von nationalen Politikern zugeschrieben (9), gefolgt von Umweltorganisationen (8), Lesern (6), Journalisten (4) und jeweils zu gleichen Teilen Opposition, Vereinen und sonstigen Akteuren. Aussagen von Journalisten sind sowohl emotional als auch sachlich, nationale politische Akteure argumentieren eher sachlich, wobei auch am öftesten emotional. EU-Akteure hingegen argumentieren ausschließlich sachlich und auch Experten. Leser hingegen argumentierten in allen, in die Untersuchung miteinbezogenen Aussagen emotional. Umweltorganisationen ist beiderlei Argumentationsart inne, wobei auch in mehreren Aussagen emotionale Argumentation erkannt werden konnte. Der Chi²-Test (p-value= 0,009) und Cramer's V (0,557) gehen von einem signifikanten Ergebnis aus. Da jedoch emotionale Argumentation eher dem Boulevard zugeschrieben wird, lohnt sich auch ein Blick in die Unterscheidung nach Tageszeitungen.

Tabelle 29: Emotionale Bewertung der Aussagen nach Zeitungen

		Zeitung								Σ	%
		Standard	**%**	**Presse**	**%**	**Kurier**	**%**	**Krone**	%		
Bewertung emotional	sachlich	17	77,3	8	100,0	9	60,0	7	26,9	**41**	57,7
	emotional	5	22,7			6	40,0	19	73,1	**30**	42,3
Gesamt		**22**	**31,0**	**8**	**11,3**	**16**	**21,1**	**44**	**36,6**	**71**	100,0

n=71, p-value<0,001, Cramer's V=0,523; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

In Tabelle 29 wird klar ersichtlich, dass emotionalisierte Aussagen quantitativ eher im Boulevard aufscheinen. Die „Kronen Zeitung" sticht hier mit 19 Bewertungen (73,1% der Aussagen in der Zeitung) unter den Zeitungen hervor. Auch einen relativ hohen Anteil an solchen Aussagen sind in der Tageszeitung „Kurier" zu finden. Der „Standard" weist in 5 Aussagen emotionale Argumentation vor und die Aussagen der „Presse" wurden zur Gänze als sachlich argumentiert eingestuft.

6.6.4.3. Zusammenfassung der Aussageanalyse

Die Analyse der Aussagen innerhalb der Artikel zum Genmais-Importverbot ergab vorerst das Bild, dass die Aussageträger insgesamt in neun Gruppen zusammengefasst werden konnten. Die Gruppe mit den meisten Aussagen in den Artikeln waren eindeutig Akteure der nationalen Politik. Dies ist deswegen nicht verwunderlich, da Umweltminister Pröll als der österreichische Vertreter im EU-Umweltministerrat direkter Ansprechpartner zu dem Thema gewesen zu sein scheint. Sprecher von Umweltorganisationen bildeten die zweitgrößte Aussageträgergruppe. Hier waren vor allem Vertreter von Greenpeace und Global 2000, welche als Aussageträger in den Artikeln vorgekommen sind. Interessant hingegen ist jedoch, dass die drittgrößte Gruppe die Journalisten darstellen. Auf der einen Seite wäre das nicht verwunderlich, wird dem Boulevard doch oft eine Vermischung zwischen Nachricht, Bericht und Kommentar nachgesagt. Interessant in dieser Untersuchung ist jedoch, dass zwar in der „Kronen Zeitung" Journalisten als Aussageträger erkannt werden konnten, doch auch in der Qualitätszeitung „Standard" flossen zwei Aussagen von Journalisten in die Untersuchung mit ein.[50] Erst nach den Journalisten findet man Experten zum Thema

[50] Diese Aussagen waren jedoch ausschließlich im „Kommentar"-Teil der Zeitung zu finden und daher als Kommentare und nicht als Nachrichten ausgezeichnet. (Siehe Kapitel 6.6.4.1.)

„Genmais“ als Aussageträger in der Untersuchung wieder.[51] Dies mag damit zusammenhängen, dass Informationen über die Materie lediglich unter dem Verweis auf die „Experten“ in die Berichterstattung Eingang fanden (für die „Kronen Zeitung“ scheint kein Experte als Aussageträger auf), andererseits in der Folgeberichterstattung oft auf derlei Informationen verzichtet wurde. Auch auffallend war die Tatsache, dass die zwei Aussagen der Opposition lediglich aus dem „Standard“ entnommen werden konnten. Auch die Tageszeitung „Kurier“ weist mit der Dar- bzw. Gegenüberstellung von Landwirten (Kurier 19.12.2006, 5) eine vielschichtigere Darstellung des Themas innerhalb der Berichte auf.

Nach dieser Veranschaulichung wurde die Ebene der Zeitungsvergleiche verlassen und die Aussageträger und deren Bewertungen in den Mittelpunkt gerückt. Die Bewertung des Themas ging von der Frage aus, wie denn das Thema von den unterschiedlichen Akteuren und im zeitlichen Verlauf innerhalb der Aussagen bewertet wurde. Insgesamt konnten den Aussagen 25 positive und 33 negative Bewertungen entnommen werden, wobei die positiven Wertungen deutlich von Seiten der nationalen Politik (18) erkannt werden konnten. Den Gegenpol dazu stellten Umweltorganisationen (8), gemeinsam mit Journalisten und Lesern dar. Jedoch zeigen auch sechs negative Wertungen von den nationalen politischen Akteuren auch die Zweiseitigkeit des politischen Diskurses, zumindest in den Aussagen. Ein signifikantes Bild zeigt jedoch die Tatsache, dass jene nationalen politischen Akteure 2007, also als die Aufrechterhaltung des Importverbots im EU-Umweltministerrat keine Mehrheit mehr erlangen konnte, in den Aussagen innerhalb der Artikel das Thema durchwegs noch als positiv werteten und keinen Meinungsumschwung zeigten. Dies ist auch der Berichterstattung von diesem Zeitraum zu entnehmen, weil zwar die Entscheidung als eine Entscheidung gegen Österreich angesehen wurde, jedoch die Betonung darauf, dass lediglich das Importverbot aufgehoben werden muss, jedoch das Anbauverbot für gentechnisch manipulierten Mais weiterhin aufrecht erhalten werde. Die Annahme eines gewissen Zwangsoptimismus kann hinter der Tatsache vermutet werden. Ein Beispiel eines Leserbriefes soll an dieser Stelle gegeben werden, worin man sieht, dass diese Einstellung nicht allen übermittelt werden konnte. Eine Familie aus Kärnten schriebt in einem Leserbrief der „Kronen Zeitung“ am 22.05.2008 (39) folgendes: „ Neuesten Meldungen zufolge wird Österreich durch die EU verpflichtet, Gen-Mais-Saatgut einzuführen und anzubauen.“ Demnach konnte von der „Kronen Zeitung“ bzw. auch von den politischen Akteuren nicht unmissverständlich klar gemacht werden, dass ein Anbauverbot seitens Österreichs nach wie

[51] Beispielgebend für einen Experten ist Gerhard Adam vom Zentrum für angewandte Genetik der Universität für Bodenkultur (Standard 31.10.2007, 24) oder Aussagen von Vertretern der EFSA (bspw. in: Presse 19.12.2006, 19)

vor besteht. Dieser Artikel soll als Verbindung zur nächsten Analysezusammenfassung hilfreich sein.

Der nächste Schritt der Analyse beschäftigte sich mit der Bewertung der Europäischen Union. Signifikante Zusammenhänge in der Unterscheidung zwischen den einzelnen Akteursgruppen konnten der Untersuchung zwar nicht entnommen werden, jedoch konnte in absoluten Zahlen deutlich erkannt werden, dass, obwohl am öftesten nicht oder neutral bewertet wurde, sie zu negativen Bewertungen tendieren. Ein Grund für die seltenen positiven Bewertungen kann zum Einen die geringe Zahl an Aussagen von Vertretern der Europäischen Union sein.[52] Andererseits kann man Vermutungen äußern, dass die doch eher schlechten Bewertungen der EU-Politik von Seiten der nationalen Politik durchaus die These bestätigen könnte, dass die Erfolge sich selbst und damit der Konterpart (in diesem Fall die EU) als die Bezwungene dargestellt wird, Misserfolge hingegen der EU zugeschrieben werden. Da in diesem Fall jedoch keine signifikanten Zusammenhänge zwischen den einzelnen Akteursaussagen entdeckt werden konnte, kann man innerhalb dieser Untersuchung lediglich diese Vermutungen anstellen. Diese Vermutungen führen jedoch schon zum nächsten Analyseschritt, der die Beurteilung der nationalen Politik beinhaltet. Hier wurde sehr wohl erkannt, dass sich das Ergebnis im Vergleich zur Bewertung der EU umgekehrt darstellt. 22 Wertungen waren positiv und sechs negativ. Signifikant wird das Ergebnis auch deshalb, da 16 der 22 positiven Wertungen über die nationale Politik von Vertretern von derselben kamen. Damit ließe sich o.a. These der Selbstzuschreibung der Erfolge bzw. der Fremdzuschreibung bei Misserfolg durchaus bestätigen.

Bestätigung findet dieses Argument auch direkt in den Aussagen der Akteure. So zitiert die „Presse“ Umweltminister Pröll am 19.12.2006 (19): „Die Kommission hat es zwei Mal versucht und hat zwei Mal verloren. Das ist ein starkes politisches Zeichen“ Dies geschieht unter der Überschrift „Gen-Mais: Österreich ‚rettet' Verbot.“ Im „Standard“ hingegen wird Pröll ausführlicher zitiert, indem er in Richtung EU-Kommission argumentiert: „Die Kommission hat es zweimal versucht und zwei Mal verloren. Ich halte nichts davon, dass sie es jetzt ein drittes Mal versucht.“ (Standard 19.12.2006, 15) Im „Kurier“ lobt er zu diesem Zeitpunkt das gute Lobbying (Kurier 19.12.2006, 5). Auch 2007 wird an der positiven Selbstverantwortung festgehalten. So kann man einem „Standard“-Interview von 2007 entnehmen: „Was ich verhindern will, ist, dass Österreich zum Anbau von GVO [gentechnisch veränderten Organismen, Anm.] gezwungen wird. Und tatsächlich ist es gelungen, das Importverbot bei Saatgut aufrechtzuerhalten.“ (Standard 10.11.2007, 20) In der

[52] Es konnten lediglich die Aussagen konnten von Umweltkommissar Starvos Dimas bzw. seiner Sprecherin Barbara Hellferich codiert werden.

„Presse“ wird die eigene Arbeit als Erfolg ausgezeichnet und der EU-Kommission Misserfolg attestiert, „weil es der EU-Kommission nicht gelungen sei, eine klare Mehrheit gegen Österreich zu organisieren.“ (Presse 30.10.2007, 17)

Der dritte Analyseschritt dieses Punktes war die emotionale Wertung der Akteure. Dabei ist zu sagen, dass eher sachlich in den Aussagen argumentiert wurde. Hierbei wurde erkannt, dass die Aussagen der Leser ausschließlich emotional argumentierten und die beiden, wenn man so sagen will, Gegenparts „nationale Politik“ und „Umweltorganisationen“ sowohl sachliche als auch emotionale Argumentationsmuster aufwiesen, wobei die sachliche Argumentation den Vorrang einnimmt. Emotionalisierung kam bspw. von Umweltminister Pröll 2006, als er von einem „(…)großen Erfolg(…)“ nach der „(…)mühevollen Arbeit(…)“ sprach. Und „(…) damit [dem Ergebnis, Anm.] können wir in die Zukunft segeln.“ (Standard 19.12.2006, 15)

Wie weit die Emotionalisierung in Leserbriefen gehen kann, zeigt noch einmal das Beispiel des Leserbriefes der Familie aus Kärnten aus der „Kronen Zeitung“ vom 22.05.2008 (39): „Ob dies im Sinne des Schöpfers ist, wenn nur einige wenige bestimmen, welche Pflanzen es überhaupt noch geben darf? Hier geht es in Wahrheit nicht um Fortschritt und Hilfe, sondern um das Streben nach dem absoluten Machtmonopol.“ Zwei Wochen zuvor konnte man der Überschrift eines Artikels der „Kronen Zeitung“ entnehmen: „Brüssel kippte überfallsartig Importverbote: EU zwingt Österreich Genmais-Sorten auf!“ Schon im Bericht hat man es mit zumindest zwei negativ emotional besetzten Begrifflichkeiten zu tun. „Überfall“ und „zwingen“ suggeriert das Heimtückische der „EU“. Jedoch interessant ist an der Leserbrief-Reaktion die Suche nach einem übergeordneten Wertesystem. Der „Schöpfer“ und die „Wahrheit“ stehen hier auf der einen Seite, „Macht“ und „Monopol“ als negatives Pendant auf der anderen Seite. Aber nicht nur bei - für die österreichische Linie – negativen Verhandlungsausgängen wird in solcher Art und Weise argumentiert. „Nach stundenlangem, zähem Ringen schmetterte eine Mehrheit der EU-Länder aber dann doch den Antrag der EU-Kommission auf Aufhebung des heimischen Importverbots für Genmais ab.“ (Kronen Zeitung 19.12.2006, 10) Geradezu als sportlicher „Genmais-Sieg“ wird das Ereignis zu diesem Zeitpunkt dargestellt.

6.6.5. Analyse Adressant-Adressat

Der letzte Analyseschritt soll jene Adressanten (Aussagesender) beschreiben, welche in ihrer Aussage auch einen Adressaten (Empfänger) mit einschließen. Wie schon in den vorigen Analyseschritten gibt es innerhalb der Artikel 71 Aussagen, welche zur Untersuchung herangezogen wurden. Die jeweiligen Beurteilungen wurden schon ausführlich beschrieben. Jedoch muss nicht jede Aussage auch einen Adressaten beinhalten. Insgesamt gab es daher in der Untersuchung 26 Aussagen, in denen kein Adressat erkannt werden konnte. Dem gegenüber stehen also 45 Aussagen, in denen auch ein Adressat bemerkbar wurde. Es wurde also bei dieser Analyse der Weg der Zuschreibung mit der Frage, wie der Adressant in der Aussage den Adressaten bewertet, verfolgt. Dabei wurden die Bewertungen wieder in „positiv“ und „negativ“ zusammengefasst. Auch die Kategorie „neutral“ fand Einklang in die Untersuchung, da auch bei Vorhandensein eines Adressaten keine Bewertung möglich war. Insgesamt wurden also die Adressaten von den Adressanten 7-mal positiv, 28-mal negativ und 10 Mal neutral bewertet.

Tabelle 30: Positive Beurteilungen der Adressaten

		Adressat		
		Politik national	**Wirtschaft national**	**Gesamt**
Adressant	Politik national	2	1	**3**
	Experten		1	**1**
	Umweltorganisationen	2	1	**3**
Gesamt		**4**	**3**	**7**

n=7, p-value=0,459, Cramer’s V=0,471; leere Felder bedeuten keine Nennungen.

Durch die statistischen Zusammenhangsmaße konnte in der positiven Beurteilung kein signifikanter Zusammenhang dargestellt werden. Auch gab es nur zwei Adressaten, nämlich die nationale Politik und die nationale Wirtschaft. Interessant ist, dass nationale Politik nicht nur, wie in den Aussagebeurteilungen, andere beurteilt. Auch (wie Tabelle 30 und Tabelle 31 zu entnehmen ist) war sie in den eigenen Aussagen dreimal der eigene Adressat. Dabei ist es durchaus möglich, dass ein Akteur der Politik nicht immer auch die – in diesem Fall – nationale Politik repräsentiert. Das muss nicht bedeuten, dass dies aus wie auch immer gearteten (gar koalitionsimmanenten) Gründen der Fall sein muss. Hier wurde auf jeden Fall die nationale Politik zweimal positiv beurteilt und die die nationale Wirtschaft einmal. Experten beurteilten die nationale Wirtschaft als Adressaten einmal positiv. Diese Bewertung

kam von einem Vertreter der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit aus dem Jahr 2005 in einem Hintergrundbericht. Hier wurde den Produzenten zugestanden, dass sie auf „saubere Ausgangsprodukte“ achten. (Kurier 28.06.2008, 15). Umweltorganisationen hingegen beurteilten die nationale Politik zweimal positiv[53], die nationale Wirtschaft einmal positiv.[54]

Tabelle 31: Neutrale bzw. keine Bewertungen der Adressaten

		Adressat			
		Politik national	**Politik EU**	**Leser**	**Gesamt**
Adressant	Journalisten			1	**1**
	Politik national	1	4		**5**
	Politik EU	1	1		**2**
	Leser	1			**1**
	Umweltorganisationen	1			**1**
Summe		**4**	**5**	**1**	**10**

n=10, p-value=0,078, Cramer’s V=0,841; leere Felder bedeuten keine Nennungen

Etwas vielschichtiger zeigt sich das Bild der neutralen Bewertungen der Adressaten, bzw. den Aussagen, in denen der Aussageempfänger nicht beurteilt wurde. Da auch bei dieser Kreuzung kein signifikanter Zusammenhang interpretiert werden kann, soll lediglich hervorgehoben werden, dass es vier Adressaten der nationalen Politik und gar fünf der EU-Politik gab. Einmal war die Kategorie „Leser“ Adressat einer Aussage.

Tabelle 32: Negative Beurteilung der Adressaten

		Adressat				
		Politik nat.	**Politik EU**	**Politik nat. EU**	**Wirtschaft int.**	**Summe**
Adressant	Journalisten		3			**3**
	Politik national		8	1	1	**10**
	Opposition	1	1			**2**
	Politik EU		1			**1**
	Vereine/Org		1		1	**2**
	Leser	1	1			**2**
	Umweltorg	1	3	1	2	**7**
	Landwirte				1	**1**
Gesamt		**3**	**18**	**2**	**5**	**28**

n=28, p-value=0,602, Cramer’s V=0,472.

Ungemein mehr Beurteilungen, nämlich 28, findet man bei der negativen Beurteilung der Adressaten, der Aussageempfänger. Hier findet man aus acht Gruppen Adressaten, welche

[53] Etwa 2006, als Minister Pröll für den „Kampf gegen die Brüsseler Gentech-Lobby“ von den Umweltorganisationen Lob erntet (Kronen Zeitung 20.12.2006, 10)

[54] Eine Aussage zur österreichischen Niederlage im EU-Umweltministerrat 2007 veranlasste einen Sprecher von Greenpeace zur Aussage: „Österreichs Lebensmittelhandel erhält die Verteidigungslinie.“

insgesamt vier Adressatengruppen negativ beurteilen. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Kategorien ist durch schon durch einen p-value von 0,602 nicht zu erklären. Nimmt man jedoch einzelne Gesamtzahlen heran, erkennt man, dass insgesamt 18 mal die Kategorie „Politik EU“ und als zweitgrößte Kategorie „Wirtschaft international“ negativ beurteilt wurde. „Politik national“ wurde dreimal, und „Politik national EU“, also politische Akteure aus anderen EU-Staaten, zweimal negativ beurteilt.

6.6.5.1. Zusammenfassung der Adressant-Adressat Analyse

Die Analyse der Bewertungen der Adressaten (Aussageempfänger) durch die Adressanten (Aussageträger) konnte zwar im Vergleich der einzelnen Kategorien keine signifikanten Zusammenhänge feststellen, doch weist das ein Bild der Gesamtzahlen tendenziell in interessante Richtungen. Durchaus waren negative Beurteilungen der Adressaten quantitativ den positiven Beurteilungen überlegen. Auffällig jedoch ist, dass unter den positiven Beurteilungen weder EU-Akteure noch internationale Akteure sowohl als Adressant, als auch Adressat erkannt werden konnten. Jedoch Akteure aus der Kategorie „Politik national“ waren in jeder Beurteilungsstufe Bewertungen dabei. Insgesamt war aber auffallend, dass hauptsächlich internationale bzw. EU-Akteure negativ von den einzelnen Adressaten bewertet wurden. Dadurch, dass das Thema sowohl EU-politisch aber vor allem national politisch bedeutsam war, gibt es Tendenzen, vor allem jene Seite negativ zu beurteilen, welche außerhalb der nationalen Interessen zu finden sind.

Da in diesem Analyseschritt keine signifikanten Ergebnisse erkannt werden konnten, sollen an dieser Stelle konkrete Beispiele aus der Berichterstattung herangezogen werden.

Da in der quantitativen Analyse am häufigsten Aussagen von Trägern aus der Kategorie „nationale Politik“ codiert wurden, sollen innerhalb der vier Tageszeitungen die Aussagen von Umweltminister Pröll angeschaut werden. Vergleichbar soll dies am Unterschied der Aussagen von 2006 und derer von 2007 gemacht werden, da es sich hier um zwei unterschiedliche Verhandlungsergebnisse handelt:

In der „Kronen Zeitung“ wird Pröll 2006 unter der Überschrift „ ‚Genmais-Sieg’ über die EU!“ zum Abschluss des Artikels zitiert: „Unser Kampf hat sich gelohnt. Eine klare Abfuhr für die EU-Bürokratie.“ (19.12.2006, 10) Hier wird also die nicht konkretisierte „EU-Bürokratie“ als Entscheidungsgegner artikuliert. Außerdem steht der eigene Kampf um eine Beibehaltung des Verbots im Vordergrund der Artikulation. Anders jedoch 2007: „Die

Kommission wird sich sehr genau überlegen müssen, ob sie dieses deutlichen Votum[55] einfach ignoriert." (31.10.2007, 10) Bei der für Österreich negativen Entscheidung wurde also die Kommission als konkretes Gegenüber der EU definiert. Nicht mehr der eigene Kampf ist wichtig, sondern es wird das Verantwortungsbewusstsein der Kommission angesprochen.

Anders als in der „Kronen Zeitung" wird Pröll im „Kurier" 2006 zitiert: „Wir können mit unserer Verbotsordnung in die Zukunft segeln." Weiter im Text setzt das Zitat fort: „Das Ergebnis ist auch ein Auftrag, in der Gentechnik und gegenüber der WTO einheitlicher vorzugehen. Das muss gemeinsam entwickelt werden." (19.12.2006, 5) „Wir" und „unsere" steht in diesem Zitat im Vordergrund. Die Metapher, dass man mit dem Verbot in die „Zukunft segeln" könne, stellt die Bedeutsamkeit der guten Arbeit für das Land in den Vordergrund. Auch wird die Selbstverantwortung, wie mit diesem Beschluss umzugehen ist, angesprochen. Er sieht in dieser Entscheidung den Auftrag, daran gemeinsam, also innerhalb der EU weiterzuarbeiten. Der Konterpart ist in diesem Fall nicht die EU-Kommission oder die anderen Mitgliedsstaaten, sondern die WTO.

2007 wird Pröll im „Kurier" wie folgt zitiert: „Verteidigen das Anbauverbot[56] für Genmais mit Zähnen und Klauen." (31.10.2007, 5) Ähnlich wie 2006 wird hier eine Aussage gleich einer Metapher zitiert. Mit allem Mitteln ist das eigene Bestreben dahin gelenkt, für die Interessen des eigenen Landes zu kämpfen. Hierbei wird jedoch kein Konterpart direkt angesprochen.

In der „Presse" wird ein Zitat von Umweltminister Pröll verwendet, welches sich auf die bisher erzielten Erfolge bezieht: „Die Kommission hat es zwei Mal versucht und zwei Mal verloren. Das ist ein starkes politisches Zeichen." (19.12.2006, 19) Hier wird also wieder die Kommission als Gegenpart zur Argumentation eingesetzt und somit die eigenen Stärken hervorgehoben. Vor allem die wiederholte Standhaftigkeit gegen die EU-Kommission steht in diesem Zitat im Vordergrund.

2007 wird Josef Pröll wieder in der „Presse", jedoch indirekt zitiert: „Umweltminister Pröll bezeichnete das Ergebnis der Sitzung als ‚Erfolg', weil es der EU-Kommission nicht gelungen sei, eine klare Mehrheit gegen Österreich zu organisieren." (31.10.2007, 17) Der für Pröll knappe Ausgang wird also als Erfolg dargestellt und die Niederlage des Gegenparts

[55] Mit dem deutlichen Votum ist gemeint, dass sich zwar 15 Staaten für die Aufrechterhaltung des Importverbots aussprachen und vier Staaten dagegen stimmten, die qualifizierte Mehrheit der Stimmen (255) jedoch mit 191 Stimmen nicht erreicht wurde.

[56] An dieser Stelle wurde eine Ungereimtheit in der Berichterstattung entdeckt „Das Importverbot für Gen-Saat will Umweltminister Josef Pröll weiterhin ‚mit Zähnen und Klauen' verteidigen." Inhaltlich ist dabei nichts einzuwenden, doch semantisch kann suggeriert werden, dass es eine Mehrheit für ein generelles Importverbot im Beschluss gegeben habe.

– der EU-Kommission – wird hierbei hervorgehoben. Vor allem aber das Bestreben der EU-Kommission, Mehrheiten „gegen Österreich“ organisieren zu wollen, unterstreicht diesen Gegensatz. Pröll, als Vertreter nationaler Interessen, sieht sich und seine Arbeit also in dem Abstimmungsergebnis, trotz einer Niederlage, bestätigt.

Im „Standard“ wird Pröll zuerst indirekt zitiert und der Anspruch der erzielten Erfolge wird noch weiter ausgebaut: „Österreichs Umweltminister Josef Pröll sprach von einer ‚mühevollen Arbeit’, deren Ergebnis für Österreich aber enorm wichtig sei.“ (19.12.2006, 15) Weiter unten im Text folgt ein Zitat, welches schon im „Kurier“ beobachtet wurde: „Damit können wir in die Zukunft segeln.“ (ebd.) Danach folgt ein Zitat, das hier schon aus der „Presse“ zitiert wurde, doch wird es hier erweitert: „Die Kommission hat es zweimal versucht und zwei Mal verloren. Ich halte nicht davon, das sie es jetzt ein drittes Mal versucht.“ (ebd.)

Die Wichtigkeit der Entscheidung wird bereits im indirekten Zitat hervorgehoben. Im direkten Zitat wird wiederum die Kommission als Gegenpart erwähnt und durch den Zusatz, dass er nichts davon halte, noch einmal über den Sachverhalt abzustimmen, gewinnt das Zitat eine neue Bedeutungsdimension. Da eben die Arbeit und das Verhandlungsgeschick von österreichischer Seite nicht von der EU-Kommission gebrochen werden konnte, werden die Bemühungen der Gegenseite heruntergespielt. Der Satzteil „Ich halte nichts davon“ geht dabei ganz klar von seiner eigenen Befindlichkeit aus. Jedoch wird Pröll im Folgenden weiter indirekt zitiert: „ Die Brüsseler Behörde [EU-Kommission, Anm.] sollte vielmehr überlegen, wie man mit der WTO und der Gentechnik nun weiter vorgehen werde.“ (ebd.) Die Argumentationslinie wechselt also in diesem Punkt von der Linie Österreich gegen die EU-Kommission zu einem Gegensatz EU-WTO. Den Ausgang der Abstimmung nimmt er also als Anlass, die Verantwortung in Fragen Gentechnik auf die EU-Kommission zu übertragen, deren Gegenpart nunmehr die WTO darstellt.

Als 2007 im Umweltministerrat keine Mehrheit mehr für eine Aufrechterhaltung erlangt werden konnte, wird im „Standard“ der Sprecher von Josef Pröll zitiert. „Bei der Abstimmung gab es 98 Enthaltungen. 56 Stimmen, etwa aus Großbritannien und Schweden, votierten gegen Österreich, rechnet der Sprecher von Landwirtschaftsminister Josef Pröll, Daniel Kapp, vor. Viele hätten den Druck aus den USA nachgegeben, sagt er.“ Und zur weiteren Vorgehensweise wird Kapp zitiert: „Wir werden unser Importverbot WTO-konform gestalten.“ Zwar wird hier kein Zitat von Minister Pröll verwendet, doch ist die Argumentationslinie der Aussage interessant zu beobachten. Nicht die Kommission ist in diesem Fall der Gegenpart, sondern jene Länder, welche gegen die Aufrechterhaltung des

Importverbots stimmten und dies allerdings, weil sie dem Druck der USA nachgegeben haben. Der eigentliche Gegenpart ist in diesem Fall also kein Akteur der Europäischen Union, sondern die Welthandelsorganisation im Auftrag der USA. Das Importverbot wird aber dennoch nicht als gescheitert angesehen, soll doch aufgrund wissenschaftlich untermauerter Einwände gegen Gegenmais ein flexibles Modell erarbeitet werden.

Zusammenfassend sind anhand dieses Beispiels einige Muster im Bezug auf Zuschreibung von Erfolg bzw. Misserfolg aufgetaucht:

Das für die österreichische Linie positive Ergebnis 2006 veranlasste den österreichischen Umweltminister, das Verhandlungsgeschick und die harte, jedoch sich lohnende Arbeit in seiner Argumentation in den Vordergrund zu stellen. Durch diese Arbeit sei es erst möglich gewesen, dem österreichischen Wunsch, frei von gentechnisch manipulierten Nahrungsmitteln zu leben, nachzukommen. Interessant ist jedoch, dass in dieser Entscheidungsphase die eigene Stärke besonders hervorgehoben wurde. Jedoch soll es in weiterer Folge das Ziel sein, gemeinsam gegen Einflüsse von außen (WTO) vorzugehen. Diese Beobachtung kann sogar mit dem sozialpsychologischen Konfigurationsprinzip (vgl. Kap. 3.2.2.2.) verglichen werden, bei dem auch davon ausgegangen wird, dass der Erfolg von schwierigen Aufgaben sowohl auf Begabung (in diesem Fall das Verhandlungsgeschick) und Anstrengung zurückgeführt wird. 2007, als dann keine Mehrheit mehr für das österreichische Importverbot erlangt werden konnte, wurde die Niederlage nicht als Misserfolg dargestellt. Das knappe Ergebnis wurde sogar als Erfolg gewertet. Jedoch wird die Verantwortung für das Scheitern zwar einerseits der Kommission zugeschrieben, doch andererseits wurde diese Entscheidung auf Druck der WTO gefällt. Kommission und WTO stehen hier klar gegen die eigene österreichische Position. Es wird bei dieser Unterscheidung auch deutlich, dass die Selbstzuschreibung von Pflicht im Vorhinein passiert. Die Zuschreibung von Schuld eher im Nachhinein. (vgl. Kap. 3.1.) Diese Unterscheidung ist im Zusammenhang dieser Analyse insofern interessant, weil zwar den Gegenpart in beiden Zeitabschnitten die Kommission oder die WTO darstellen, jedoch im Zeitraum von 2006 die eigene, starke Position hervorgehoben wird („starkes Zeichen“, „Kampf hat sich gelohnt“, „großer Erfolg“) und diese Position zwar im Zeitraum von 2007 in Erinnerung gerufen wird („Verteidigen mit Zähnen und Klauen“), doch in diesem Zusammenhang weit mehr Akteure in die Verantwortlichkeit gezogen werden („Viele hätten dem Druck aus den USA nachgegeben“, „Kommission wird sich genau überlegen müssen“)

Auf weitere Details der Analyse wird auch in der Beantwortung der dritten Forschungsfrage eingegangen.

6.7. Beantwortung der Forschungsfragen

6.7.1. Erste Forschungsfrage

Welche Bedeutung haben die Entscheidungen rund um das Genmais-Importverbot und dessen Aufhebung in den österreichischen Tageszeitungen?

Insgesamt konnten in dieser Analyse 88 Artikel zu diesem Thema untersucht werden. Allein die Gesamtzahl lässt die Vermutung aufkommen, dass das Thema nicht allzu viel Aufmerksamkeit in den untersuchten Tageszeitungen erhalten hat. Anzahlmäßig am meisten Artikel wurden im Untersuchungszeitraum von 2007 gefunden, als im EU-Umweltministerrat keine Mehrheit mehr für ein Aufrechterhalten des Importverbots gefunden werden konnte. Jedoch 2008, als tatsächlich die Aufhebung des Importverbots durch die Kommission eintrat, wurden zu diesem Thema weniger Artikel publiziert als 2007. In diesem Zusammenhang bemerkt man also durchaus eine Bedeutungssteigerung des Themas bei Änderungen zu Ungunsten der österreichischen Haltung gegenüber dem Genmais-Importverbot. Jedoch scheint das Thema gesamt gesehen nicht die erwartete Resonanz erhalten zu haben, wie im Vorhinein angenommen. Es wurde in Folgeberichten oder -artikeln das Thema latent - in Verweisungskontexten - als ein Beispiel von vielen (vorwiegend in der „Kronen Zeitung“) herangezogen. Grund dafür scheint vor allem das fehlende „drastische“ Moment zu sein. Der österreichische Markt wurde demnach nicht generell für gentechnisch manipulierte Lebensmittel freigegeben, es wurde lediglich eine Richtlinie über eine bestimmte Pflanzenart seitens der EU aufgehoben. Um dabei einen Punkt der dritten Forschungsfrage vorweg zu nehmen, kann ein Indiz dafür auch die weiterhin positive Haltung der Akteurs-Gruppe „Politik Österreich“ zum Genmais-Thema sein.

Ein Punkt, welcher in der Auswertung innerhalb der formal-inhaltlichen Analyse ausgewertet wurde und der die Bedeutung des Themas hervorhebt, war die Themenschwerpunktsetzung der Artikel, welche die Genmais-Debatte behandelten. So wurden insgesamt beinahe ebenso viele Artikel codiert, in welchen hauptsächlich über die Entscheidungsprozesse geschrieben wurde, wie solche Artikel, welche das Thema als eines von mehreren ansprechen bzw. in einem Verweisungskontext darauf hinweisen. Hier gibt es zwischen den Tageszeitungen signifikante Unterschiede. Die codierten Artikel der „Presse“ waren zur Gänze hauptthematisch dem Genmais-Entscheidungsprozess zuzuordnen. Ähnlich der Tageszeitung

„Kurier“, wobei hier auch in manchen Artikeln zur Debatte als Nebenthema oder im Verweisungskontext Bezug genommen wurde. Demgegenüber gab es sowohl im „Standard“ als auch in der „Kronen Zeitung“ mehr Artikel, in denen das Thema „Genmais“ als Nebenthema oder im Verweis stand, als Artikel mit Hauptbezug zum Entscheidungsprozess. Die Neben-Thematisierungen und Kontextverweise können zwar einerseits eine differenziertere Darstellung der Thematik bedeuten, andererseits kann dies jedoch auch dazu verwendet werden, die eigenen Standpunkte – oft auch um zu polarisieren – zu unterstützen. Vor allem die hohe Zahl an Lesermeinungen der „Kronen Zeitung“ stützen diese Vermutung.

Eine weitere Differenzierung zur Bedeutung des Themas findet man in der Ressort-Positionierung. Die „Kronen Zeitung“ behandelt das Thema ausschließlich in ihrem „Österreich“-Teil, was nicht trennscharf mit einem klassischen innenpolitischen Ressort vergleichbar ist, da hier sowohl politische Themen, aber auch Themen behandelt werden, welche in anderen Zeitungen dem „Chronik“-Ressort zugeteilt werden.

Signifikant ist jedoch im Unterschied dazu, dass in den Qualitätszeitungen die Berichte zu diesem Thema hauptsächlich im Wirtschaftsteil bzw. in der „Presse“ auch in dem eigenen Ressort „Europäische Union“ erscheinen. Der „Kurier“ positioniert sich in dieser Frage als „Sowohl-als-auch-Fall“, da hier sowohl im Innenpolitik-Ressort, als auch im Wirtschaftsressort zum Thema berichtet wird. Mitgrund für die große Fallzahl der „Kronen Zeitung“ ist auch die Gewichtung der Zeitung auf Leserbriefe, bei denen das Thema oft, jedoch auch oft nur – wie schon gesagt – im Verweisungskontext angeführt wurde. Der Verweisungskontext und die Untermauerung der kritischen Haltung der „Kronen Zeitung“ durch die Aufhebung des Genmais-Importverbots lässt sich auch an der Sonderstellung der „Kolumnisten“ als Autoren definieren, sind doch Artikel aus dieser Kategorie allein der „Kronen Zeitung“ zuzuschreiben. So wurden bspw. in der Kolumne von Martin Wolf oder „Herr Strudel“ durchaus Verweise auf das Thema gefunden.

Der Umfang wurde in der Untersuchung durch eine Einschätzung des Zeitungsartikels im Verhältnis zur Blattgröße erhoben. Hier konnte zwar eine Gewichtung festgestellt werden, doch muss man auch die unterschiedlichen Blattgrößen berücksichtigen, da ein größerer Seitenanteil nicht gleichzeitig mehr Inhalt bedeutet. Hier kann nur insgesamt gesagt werden, dass die Artikel über die Genmais-Debatte hauptsächlich im kleinen bzw. mittleren Format erscheinen. Lediglich acht Artikel nahmen eine ganze Seite oder mehr in Anspruch. Hier fiel jedoch der „Kurier“ auf, worin gleich vier große Artikel gefunden werden konnten.

Der Parameter „Dauer der Berichterstattung“ konnte zwar nicht in die Untersuchung mit einfließen, jedoch wurde eine tendenziell längere Befassung mit dem Thema in der „Kronen

Zeitung“ erkannt. Dieser Zeitraum kommt aber nicht – wie man vermuten würde – allein durch die Leserbriefe zustande. Die „Kronen Zeitung“ publizierte auch über längere Zeiträume redaktionelle Beiträge zu diesem Thema als die anderen Tageszeitungen. Dies stellt ein vages Indiz zur Bedeutung des Themas für diese Zeitung dar.
Die Hintergrundberichterstattung war besonders für den „Kurier“ wichtig, da hier die meisten eigenständigen Artikel zu finden waren. In den anderen Zeitungen waren Informationen über den Entscheidungsprozess, das Thema bzw. die Auswirkungen meist in den Artikeln impliziert. Im Bezug auf die Gewichtung durch Abbildungen zeigt sich, dass zu diesem Thema fast zwei Drittel aller Berichte keine Bilder beigestellt bekamen. Falls doch Abbildungen gedruckt wurden, waren es meist symbolische Bilder, welche sich auf das Thema bezogen. Interessant scheint jedoch die Tatsache, dass in der „Kronen Zeitung“ verhältnismäßig wenige Abbildungen zu sehen waren, obwohl eine größere Bildlast ein Charakteristikum des Boulevards (vgl. Kap. 5.3.) darstellt.

6.7.2. Zweite Forschungsfrage

Welche Akteure und Sprechakteure treten in der Genmais-Importverbotsdebatte auf und welche Unterschiede zeigen sich zwischen den Tageszeitungen?

In der Analyse wurde vorerst nicht auf die einzelnen Akteure Rücksicht genommen, sondern der generelle Akteursbezug der Artikel festgestellt. Hier ging es um eine Unterscheidung zwischen einem geographischen Bezug der Gesamtartikel und um den politischen Bezug.
Beim geographischen Bezug war interessant zu erkennen, dass, obwohl die Entscheidungen im Umweltministerrat getroffen wurden, bei dem die Minister sämtlicher EU-Staaten teilnahmen, der Bezug zu diesen nicht immer hergestellt wurde. Hier lassen sich auch zwischen den Zeitungen signifikante Unterschiede feststellen, wobei die Schere zwischen Österreich-Bezug und der Bezug auf EU-Länder bei der „Kronen Zeitung“ am ausgeprägtesten war.
Auf Akteursebene konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen den Zeitungen festgestellt werden. Auch ergab sich ein relativ ausgewogenes Bild zwischen den Zeitungen im Bezug auf die Gesamtnennungen der österreichischen-, EU-, Nicht-EU und nicht-

politischen Akteuren. Hier kam jedoch der Nachrichtenwert der Nähe durchaus zum Tragen, da am öftesten österreichische politische Akteure genannt wurden, am wenigsten Nicht-EU Akteure.

Entscheidend zur Beantwortung dieser Frage war daher der Vergleich auf Aussageebene. Die Akteure wurden in sog. Akteursgruppen zusammengefasst und zwischen den Tageszeitungen verglichen. Hier konnte festgestellt werden, dass zur Genmais-Debatte hauptsächlich Akteure der nationalen Politik als Sprechakteure auftraten. Sprecher von Umweltorganisationen stellten die zweitgrößte Gruppe dar. Die restlichen Sprechakteure konnten zwar noch acht weiteren Gruppen zugeteilt werden, jedoch lässt die geringe Fallzahl darauf schließen, dass insgesamt gesehen die Gewichtung auf den Sprechern der österreichischen Politik liegt. Deren Gegenpart in der Diskussion scheinen dahingegen Sprecher von Umweltorganisationen zu sein. Sprecher der EU konnten insgesamt nur viermal codiert werden. Im Vergleich der vier Tageszeitungen hingegen ergibt sich – vor dem Hintergrund der oben genannten geringen Differenzierung – ein weiteres Bild: So wurden zwar am häufigsten in der „Kronen Zeitung“ Journalisten zu Sprechern, doch die zweite Zeitung war der „Standard“, in welchem auch Journalisten als Sprechakteure zur Debatte fungierten. Jedoch konnte man erkennen, dass die Aussagen der Journalisten im „Standard“ jeweils dem Ressort „Kommentar“ zu entnehmen waren. Die Aussagen der „Kronen Zeitung“ Journalisten waren jedoch sowohl aus eigens gekennzeichneten Kommentaren, als auch Nachrichten bzw. Berichten zu entnehmen. Es ist jedoch insofern bemerkenswert, dass in den beiden anderen Medien „Presse“ und „Kurier“ keine Aussagen dieser Akteursgruppe codiert werden konnten.

Darüber hinaus – im Anbetracht der Differenziertheit – konnten in den Zeitungen „Standard“, „Presse“ und „Kurier“ zumindest jeweils einmal ein Sprechakt eines EU-Akteurs gefunden werden, in der „Kronen Zeitung“ hingegen nicht. Dies lässt auf eine Unausgewogenheit der maßgeblichen Akteure innerhalb der Artikel zugunsten der Akteure der österreichischen Politik schließen. Auch wurde in dieser Zeitung kein Sprechakt eines Mitgliedes der Akteursgruppe „Experten“ codiert, was zwar nicht ausschließt, dass Experten-Informationen in die Berichte mit eingeflossen sind, doch kann durch die Bedeutungszunahme eines Akteurs, wenn jener auch durch einen Sprechakt in der Berichterstattung teilnimmt, auf eine unausgewogene Berichterstattung hindeuten. Vor allem die Lesermeinungen, deren Aussagen als Sprechakt zu dem Thema codiert wurden – diese konnten nur in der „Kronen Zeitung“ gefunden werden – und bei denen ausgegangen werden

kann, dass sie sich kritisch zu dem Thema äußerten, lassen eine Unterscheidung zwischen der Boulevardzeitung und den übrigen Zeitungen erkennen.

Der quantitativ hohe Anteil an Sprechakteuren von Umweltorganisationen in der „Kronen Zeitung“ lässt zudem auch auf eine bewusst kritischere Berichterstattung schließen. Zwar konnten auch im „Standard“ derlei Sprechakte in die Analyse miteinbezogen werden, vor dem Hintergrund der größeren Heterogenität der Sprechakteure in dieser Zeitung im Unterschied zur „Kronen Zeitung“ kann dies jedoch als Indiz der Ausgewogenheit gewertet werden.

Die zweite Tageszeitung, welche in der österreichischen Medienlandschaft als „Qualitätszeitung“ angesehen wird, die „Presse“, sticht hingegen im Bezug auf die Sprechakteure nicht mit überwältigender Vielfalt hervor. Lediglich acht Sprechakteure aus drei unterschiedlichen Akteursgruppen konnten in die Untersuchung miteinbezogen werden. Doch muss dies einerseits durch die geringe Anzahl der Artikel und andererseits aufgrund der Tatsache, dass nicht jeder Teilnehmer am Diskurs automatisch zum Sprechakteur wird, relativiert werden.

Die Tageszeitung „Kurier“ hingegen fällt durch eine bemerkenswert differenzierte Sprechakteursvielfalt auf. Die Frage ist daher, welche Bedeutung eine Vielfalt von Sprechakteuren für die Berichterstattung zu einem bestimmten Thema hat. Denn einerseits kann das Erscheinen vielfältiger Akteursgruppen eine ausgewogene Darstellung und vor allem eine Bedeutungszunahme des Themas signalisieren, andererseits kann darauf hingedeutet werden, dass die Gewichtung weg von neutraler Berichterstattung hin zu meinungsbezogener Darstellungen führt. Vor allem wenn die Sprechakteure aus einer bestimmten Akteursgruppe bevorzugt werden.

Ein besonderes Augenmerk wurde in der Fragestellung auch den Experten zugemessen, welche jedoch in der Aussageakteursanalyse keinen gewichtigen Teil einnahmen. Hier sticht wiederum der „Kurier“ hervor, wo am meisten Aussagen von Experten in die Analyse der Aussageträger mit einfließen konnten, wohingegen kein Sprechakt eines Experten der „Kronen Zeitung“ entnommen werden konnte.

6.7.3. Dritte Forschungsfrage

Wie werden die politischen Akteure in den Tageszeitungen bewertet?

Einhergehend mit der Beantwortung dieser zentralen Fragestellung soll noch einmal die Abgrenzung von „Bewertung“ zur Attribuierung hervorgehoben werden. Im Rahmen dieser Arbeit sollte eine umfassende Darstellung eines politisch relevanten Diskurses geschehen. Dies impliziert auch die unterschiedlichen Bewertungen der verschiedenen Akteursgruppen. Attribuierungsmuster, wie sie aus der sozialpsychologischen Forschung vor allem im Kovariationsprinzip (vgl. Kap. 4.2.1.1.) und dem Konfigurationsprinzip (4.2.2.2.) hervorgehen, können in solch einer Studie bedingt untersucht bzw. nur vermutet werden, da in erster Linie Akteursgruppen Grundlage der Untersuchung waren und somit individuelle Akteure in diesem Zusammenhang zwar ausgemacht wurden, der Hintergrund dieser individuellen Einzelakteure, zumeist Vertreter eines Kollektivs, die Analysegrundlage schuf.
Deswegen wurden die Bewertungen analysiert, um weiterführend Attributionsmuster erkennen zu können.
Die Analyse, lediglich bezogen auf die Aussagen, führte allerdings auch dazu, dass die überdurchschnittlich hohe Fallzahl der Artikel der „Kronen Zeitung“ sich im Vergleich zu den Artikeln der anderen Tageszeitungen relativierte. Zwar stammen noch immer mehr Aussagen aus dieser Zeitung, doch betrug der Abstand zum „Standard“ lediglich vier Artikel mehr.
Im weiteren Verlauf wurde eine Analyse der Aussageträger in den unterschiedlichen Zeitungen aus zwei Gründen in den Hintergrund gedrängt, jedoch nicht vernachlässigt:
Die erste Begründung beruht darauf, dass das Hauptaugenmerk auf den Gesamtdiskurs zum Thema Genmais-Importverbot gerichtet wurde. Da in dieser Untersuchung mit „Kronen Zeitung“ und „Kurier“ zwei Tageszeitungen mit einer hohen Verbreitung und mit „Standard“ und „Presse“ zwei maßgebliche Vertreter des österreichischen Qualitätszeitungssegment ausgewählt wurden, legitimierte sich die Fragestellung nach dem Gesamtdiskurs. Der zweite Grund ist die zu weite Unterteilung der Fälle, sodass mit Einzelfällen im Vergleich keine signifikanten Aussagen getätigt werden können, um so wirkliche Unterschiede der Akteursaussagen zwischen den Zeitungen festzustellen. Deswegen war zentrales Element der Analyse die Darstellungen und Beurteilungen der Akteure, welche den unterschiedlichen Tageszeitungen zu entnehmen waren. Es ist klar, dass Zeitungen die Möglichkeit der Selektion haben, Sprechakte von Akteuren in Tageszeitungen zu publizieren. Doch muss eine

Analyse dieser Selektion aufgrund o.a. Begründungen vernachlässigt werden. Gewisse Tendenzen werden jedoch erkennbar, wenn man die Gesamtbewertungen der Artikel als Grundlage heranzieht. Signifikante Ergebnisse erzielte die Analyse im Hinblick auf die Bewertung der Europäischen Union. Zwar wurde gesamt gesehen die Bewertung in den Artikeln im zeitlichen Verlauf zunehmend negativer, doch in der Unterscheidung zwischen den Zeitungen bemerkt man, dass dies hauptsächlich durch die „Kronen Zeitung" geschieht. Von 42 Artikeln, in denen die EU negativ bewertet wurde, erschienen 39 allein in der „Kronen Zeitung".

Auf Aussageebene waren in Summe weit mehr negative Beurteilungen der Adressaten von den Adressanten zu bemerken als positive. Nicht nur die Gesamtzahl der Beurteilungen fiel dabei besonders auf, sondern auch die Unterschiedlichkeit der Akteure. Adressaten der Beurteilungen waren nationale politische Akteure, europapolitische Akteure und auch Akteure der internationalen Wirtschaft. Hier wurde vor allem die „Gen-Lobby" negativ beurteilt. Auffällig waren jedoch die Beurteilungen der nationalen politischen Akteure. Man konnte zwar sowohl positive als auch negative Beurteilungen erkennen, doch betrafen die positiven Beurteilungen vor allem auch die eigene Politik. Kritische Selbstreflexion konnte aber nicht erkannt werden, vielmehr wurde die EU-Politik negativ beurteilt. Eine differenzierte Betrachtung im zeitlichen Verlauf (aufgrund positiver und negativer Entscheidungen) konnte aber nicht erkannt werden. Interessant zumindest in der Zuschreibung der Verantwortung war die Darstellung der Überschriften der Zeitungsartikel vom 19. Dezember 2006 und vom 31.Oktober 2007. In dieser einfachen Gegenüberstellung konnte dem „Standard" und dem „Kurier" von 2006 die fast identische Überschrift entnommen werden. Diese war jedoch neutral gehalten. 2007 gab es zwar unterschiedliche Überschriften, jedoch konnte kein Akteur des Entscheidungsprozesses erkannt werden. Vielmehr wurde das Ergebnis des Ausganges relativiert („Niederlage, aber kein Dammbruch", Standard) bzw. nicht angesprochen und einem anderen Blickwinkel Platz geschenkt („Front gegen Gentechnik keimt", Kurier). Anders zeigte sich das Bild in der „Kronen Zeitung" und der „Presse", welche den Erfolg für Österreich 2006 auch den politischen Akteuren zuschrieben („Österreich ‚rettet' Verbot", Presse) bzw. die EU gar als Verlierer darstellten („‚Genmais-Sieg' über die EU" Kronen Zeitung).
2007 gaben jedoch die Titel der beiden Tageszeitungen der EU die Schuld an dem für die österreichische Linie negativen Ergebnis („EU kippt Importverbot", Kronen Zeitung; „EU lässt Genmais nach Österreich", Presse).

Aufgrund dieser Gegenüberstellung ergab sich das Bild, dass - zumindest durch die Überschriften - der Erfolg den österreichischen politischen Akteuren zugeschrieben wurde, die Schuld am Misserfolg jedoch der EU zu Lasten gelegt wird.

In einem zusätzlichen Analyseschritt (Kap. 6.6.5.1.1.) wurden die Aussagen von Josef Pröll, - also jenem politischen Akteur, von welchem auch in der gesamten Analyse die meisten Aussagen codiert wurden - in der Berichterstattung dieser beiden Tage in allen vier Tageszeitungen miteinander verglichen. Interessant war dabei zu beobachten, dass sich die Selbstdarstellung im zeitlichen Verlauf wenig änderte. Bei Erfolg wurde auf das eigene Verhandlungsgeschick und die Ausdauer hingewiesen. Der Misserfolg hingegen gab Anlass zu Aussagen, welche die Ausdauer und das Verhandlungsgeschick bestärkten. Es wurden allerdings in den Aussagen des Umweltministers - bei dem für die österreichische Linie negativen Abstimmungsergebnis - weit mehr Akteure mit dem Abstimmungsergebnis in Verbindung gebracht, als bei einem für Österreich positiven Ausgang der Abstimmung im EU-Umweltministerrat.

Man kann also behaupten, dass hier bei einem positiven Verhandlungsergebnis die Legitimierung durch das eigene Verhandlungsgeschick und die eigene Ausdauer als Legitimation ausreicht. Bei einem negativen Verhandlungsergebnis wird das Resultat jedoch externalisiert und weitere Akteure für den Ausgang der Verhandlungen in Verantwortung gezogen. Dieses Ergebnis wird auch in der Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse von zentraler Bedeutung sein, vor allem im Bezug auf die Eigenverantwortung und Fremdverantwortlichkeit.

7. Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse und Ausblick

Zusammenfassend muss noch einmal betont werden, dass zwar die Fallzahl der analysierten Artikel zum Genmais-Importverbot unerwartet gering ausfiel, es sich jedoch – bezogen auf Untersuchungszeiträume und die vier Tageszeitungen – um eine Vollerhebung handelt. Das bedeutet, dass über die Genmais-Debatte in diesen vier österreichischen Tageszeitungen auch tatsächlich Aussagen getätigt werden konnten. Vorerst soll jedoch noch einmal versucht werden, auf die theoretische Reflexion zurückzuschließen. Die tatsächliche Ursache für die Berichterstattung waren die Beschlussfassungen des EU-Umweltministerrats und die sich daraus ergebenden Folgen. Diese waren beim Thema des Genmais-Importverbots aber nicht nur umweltpolitische Konsequenzen, sondern umfassten Bereiche wie Agrar-, Gesundheits-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik. Politische Akteure handeln also im Umfeld all dieser Politikbereiche und medial wird über ihre Verantwortung diskutiert, bzw. müssen sie dieselbe artikulieren.

Bayertz (1999, 1684) beschreibt die Kriterien eines solchen Bewertesystems in vier Relationen. Darin enthalten ist das Subjekt – in diesem Fall stellen dies die politischen Akteure – das einem Objekt gegenüber in Verantwortlichkeit steht. Das Objekt stellen die Verhandlungen zum österreichischen Genmais-Importverbot dar. Bayertz beschreibt als weiteren Faktor den Bezug auf ein Wertesystem. Die Frage ist daher, aus welchem Blickwinkel argumentieren bzw. auf welches Wertesystem beziehen sich die jeweiligen Akteure. Im Fall der österreichischen politischen Akteure kann durchaus der Anspruch zu einem „gentechnikfreien“ Land und zur Verantwortung, die Konsumenten (Bürger) vor dieser Gentechnik zu schützen, hergeleitet werden. Die von Bayertz angesprochene Instanz ist im Fall der österreichischen politischen Akteure also der österreichische Bürger. Man muss jedoch weit mehr Instanzen und Wertebezüge beschreiben, um die Elemente der Bewertungskriterien von Verantwortung der EU-Politik, internationaler- und Wirtschaftspolitik zu definieren.

Die Instanz des EU-Politikers ist in diesem Sinn der EU-Bürger, die eines Akteurs aus der Wirtschaft ist das Unternehmen. Die Zuschreibung von Verantwortung ist jedoch ein auf Beobachtung basierender Prozess. Daher muss auch die Instanz des Sprechers – also derjenige, der die Verantwortung zuschreibt – berücksichtigt werden. Um eine Unterscheidung zu machen, mussten einige gemeinsame Grundparameter ausgemacht werden. Der gemeinsame Nenner aus dieser Analyse ist die Tatsache, dass sämtliche Aussagen in Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Hier steht man aber wieder vor dem

neuen Problem, dass kein bzw. wenig Wissen über den jeweiligen Informationsstand gegeben werden kann. Eine Analyse ist daher nur möglich, wenn angenommen wird, dass der Beobachter die Fähigkeit besitzt, Beurteilungen einzuschätzen, er sich also als Teil des Systems versteht. Näheres Wissen über die Sprecher besteht daher in der Adressant-Adressat-Bewertung lediglich von den politischen Akteuren, daher war hier der Grad der Bewertungen wichtig.

Dieses Konzept wird nun an einem Beispiel der Analyse festgemacht: Ein Auswertungspunkt der Analyse hat nämlich ergeben, dass Akteure der österreichischen Politik sich selbst, bzw. die Politik ihrer Akteursgruppe, nur positiv bewerten, jedoch nicht negativ. Die negativen Akteursbewertungen richten sich hier eher auf die Gegenseite, also auf die EU-Politik.
Nationale Politik tut sich in den untersuchten publizistischen Medien leichter, (eher negative) Bewertungen über die EU abzugeben. Dieses Bild kann auf Miegs Sinnrichtungen im Gebrauch mit Verantwortung (vgl. Kap.4.1.) gelegt werden:
Die negativen Beurteilungen von Akteuren nationaler Politik können ein Zeichen von Zuschreibung von Schuld bzw. Verantwortlichkeit sein, dass überhaupt über das Importverbot abgestimmt wurde und im Endeffekt diese Abstimmung negativ für die österreichische Haltung verlief. Sich selbst positiv zu beurteilen ist ein Bild von Verantwortung bzw. Fürsorge. Es wurde und wird aber alles getan, um diesen Prozess zu verhindern. Muss man eine Niederlage hinnehmen, wird zumindest von einem „moralischen Sieg“ gesprochen. Hingegen ist es für die EU-Politik schwer, sich in nationalen Medien wertend zu äußern. Dies liegt sicherlich auch an der verhältnismäßig geringen Zahl an EU-politischen Akteuren, die sich in diesen Medien äußerten.

Zusammengefasst ergibt dies ein Bild von Eigenverantwortung (im Sinne von Fürsorglichkeit) und Fremdverantwortlichkeit (im Sinne von Schuld).

Der zweite Punkt, der aus der Analyse herausgehoben werden soll ist jener, der schon in der Zusammenfassung des formalen Teils (Kap. 11.2.) angesprochen wurde und der hier durch weitere Auffälligkeiten aus der Analyse untermauert werden soll:
Es wurden dabei Begrifflichkeiten aus der Rechtspraxis entlehnt und kontextualisiert. Die Annahme in diesem Kapitel wurde aufgrund der Ergebnisse der Analyse der Ressortzuteilung gestellt. Vereinfacht wurde der Schluss mit der Argumentation, dass in Qualitätszeitungen *EU-Berichterstattung* erfolgt und die „Kronen Zeitung“ *Berichterstattung*

über die EU publiziert. Zentrale formale Kriterien als Beweis dafür sind bspw. das lediglich in der „Presse“ aufscheinende Ressort „Europäische Union“. Auch die „Kronen Zeitung“ widmet zwar ein eigenes Unterressort der Europäischen Union, doch mit dem Titel „Leserbriefe zum EU-Theater“. Dabei handelt es sich um jene Leserbriefe, die veröffentlicht werden und durchwegs kritisch der EU-Politik gegenüberstehen. Auch die jeweilige Themenschwerpunktsetzung lässt diesen Schluss zu. Zwar erschienen in der „Kronen Zeitung“ ungemein mehr Artikel mit dem Thema „Genmais“ auch als Hauptthema, jedoch in Bezug auf die Größe der Artikel und die Bewertung von den Artikeln, kann man den Schluss der *Berichterstattung über die EU* interpretieren.
Doch geht es bei solch einer Klassifizierung nicht vordergründig darum, dass, nur weil die „Kronen Zeitung“ negativ über die EU berichtet, dies keine EU-Berichterstattung darstellt. Die Frage in einer solchen Unterscheidung sollte daher sein, aus welchem Blickwinkel die Ereignisse dargestellt werden.

Vielleicht trägt diese Arbeit einen kleinen Teil dazu bei – durch den genauen Blick auf einen Teilausschnitt der öffentlichen Diskussion um ein europapolitisch relevantes Thema – Aspekte EU-bezogener Öffentlichkeit sichtbar zu machen.
Dass die Möglichkeit einer solchen Gesamtanalyse einerseits durch die politische Lage, andererseits durch die europäische Medienlandschaft scheinbar unmöglich ist und es bis jetzt zu keiner wirklich zufriedenstellenden Gesamtansicht gekommen ist, mag in vielen den Anschein erwecken, man könnte genauso gegen Windmühlen kämpfen. Doch ermöglicht die Offenheit der Materie und die Dynamik des Prozesses vielerlei Möglichkeiten, weitere Denkansätze zu etablieren oder zumindest in den Raum zu stellen.

Literaturverzeichnis

ADLER, Brigitte: Attribution als Funktion von Personen- und Handlungsmerkmalen. Dissertation, Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät der Uni Wien. 1982.

ALEXANDROVICZ, Brigitta: Erfolg und Misserfolg: Kausalattributionen im Leistungskontext. Diplomarbeit, Fakultät für Psychologie. Wien: 2006.

AUHAGEN, Ann Elisabeth: Die Realität der Verantwortung. Hogrefe, Verl. für Psychologie. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: 1999.

BANNER, Gottfried: Der Einfluss der Sympathie und der Handlungskonsequenz auf die Attribution bei sozialen Interaktionen. Dissertation aus dem Hauptfach Psychologie. Grund und Integrativwissenschaftliche Fakultät der Uni Wien: 1980.

BAYERTZ, Kurt: Verantwortung. In: Sandkühler, Hans Jörg(Hg.): Enzyklopädie Philosophie. Bd.2 O-Z. Meiner. Hamburg: 1999. 1683-86

BERELSON, Bernard: Content analysis in communication research. The free Press. Glencoe: 1952.

BIERHOFF, Hans-Werner: Sozialpsychologie. Ein Lehrbuch. 5., überarbeitete und erweiterte Auflage. Kohlhammer. Stuttgart; Berlin; Köln: 2000.

BOGNER, Franz: Das neue PR-Denken: Strategien, Konzepte, Aktivitäten. Wirtschaftsverlag Ueberreuther. Wien: 1999.

BRANTNER, Cornelia: Europäisierung der österreichischen Öffentlichkeit: eine Inhaltsanalyse des öffentlichen Diskurses zur Osterweiterung der Europäischen Union und zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik. Dissertation. Wien: 2007.

BURKART, Roland: Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. 4. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Böhlau Verlag. Wien, Köln, Weimar: 2002.

DAHRENDORF, Ralf: Aktive und Passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozeß moderner Gesellschaften. In: Haas/ Langenbucher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Braumüller. Wien: 2002. [zuerst in: Merkur, 12, 1967]. 26-35.

DONGES, Patrick / IMHOF, Kurt: Öffentlichkeit im Wandel. In: Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried /Siegert, Gabriele (Hg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft. 2.Aufl., Haupt Verlag. Bern, Stuttgart, Wien: 2005.

DUDEN. Das große Fremdwörterbuch. 2., überarb. Aufl., Dudenverlag. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: 2003. 101-133

DÜR, Wolfgang: Systemtheorie sensu Luhmann. In: Richter, Rudolf: Soziologische Paradigmen: eine Einführung in klassische und moderne Konzepte. WUV-Univ.-Verlag. Wien: 2001. 138-170

ERHART, Verena: Qualitätsjournalismus am Beispiel der New York Times. DA. Wien: 2005.

ESSER, Frank: Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich. Alber-Reihe Kommunikation. Band 23. Freiburg (Briesgau), u.a.: 1998.

FAHL-SPIEWACK, Renke: Attribution und Handlungsfähigkeit: Eine subjektwissenschaftliche Perspektive. Argument (Edition Philosophie und Sozialwissenschaften: Reihe Psychologie; 5). Hamburg, Berlin: 1995 .

FALKNER, Gerda: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems. In: Dachs et al. (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manz. Wien: 2006.

FAULSTICH, Werner: „Europäische Öffentlichkeit“: Dimensionen des Begriffs aus Kulturwissenschaftlicher Sicht. In: Faulstich, Werner / Hickethier, Knut: Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung. Wissenschaftler-Verl.. Bardowick: 2000. 86-96.

FILZMAIER, Peter et al.: Internationale Politik. Eine Einführung. Facultas. Wien: 2006.

GALTUNG, Johan / RUGE, Marie Holmboe: The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers. In: Journal of Peace Research 2. Oslo: 1965. 70 ff.

GEIßLER, Harald: Verantwortung in Organisationen. In: Auhagen, Elisabeth / Bierhoff, Hans-Werner: Angewandte Sozialpsychologie. Ein Praxishandbuch. Beltz Verlag. Weinhein, Basel, Berlin: 2003.

GERHARDS, Jürgen: Diskursive versus liberale Öffentlichkeit: Eine empirische Auseinandersetzung mit Jürgen Habermas. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49.: 1997. 1-34.

GERHARDS, Jürgen: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Campus Verlag. Frankfurt am Main u.a.: 2002. 135-158.

GERHARDS Jürgen / OFFERHAUS, Anke / ROOSE, Jochen: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Projektskizze einer länder-, zeit- und medienvergleichenden Untersuchung. BBSE-Arbeitspapier Nr.3. Freie Universität Berlin: Berlin: 2003.

GROTH, Otto: Vermittelte Mitteilung. Ein journalistisches Modell der Massenkommunikation. Hrsg. von Wolfgang R. Langenbucher. R.Fischer. München: 1995.

HAAS, Hannes: Medienkunde. Grundlagen, Strukturen, Perspektiven. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. WUV Universitätsverlag. Wien: 2008.

HOUELLEBECQ, Michel: Ausweitung der Kampfzone. Verlag Klaus Wagenbach. Berlin: 1999.

JÄCKEL, Michael: Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 4., überarb. u. erw. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden: 2008.

JARREN, Ottfried: Gesellschaftliche Integration durch Medien? Zur Begründung normativer Anforderungen an Medien. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 48.: 2000. 22-41.

KUNCZIK, Michael/ ZIPFEL, Astrid: Publizistik: ein Studienhandbuch. Böhlau Verlag. Köln, Weimar, Wien: 2001.

LUHMANN, Niklas: Einführung in die Systemtheorie. Hrsg. von Dirk Baecker. Carl-Auer-Systeme Verlag. Heidelberg: 2002.

MARCINKOWSKI, Frank: Agenda Setting als politikwissenschaftlich relevantes Paradigma. In: Gellner, Winand/ Strohmeier, Gerd (Hrsg.): Freiheit und Gemeinwohl – Politikfelder und Politikvermittlung zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Nomos Verlag. Baden-Baden: 2002. 159-170.

MAST, Claudia/ HUCK, Simone/ GÜLLER, Karoline: Kundenkommunikation. Ein Leitfaden. Lucius & Lucius. Stuttgart: 2005.

MERTEN, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Westdeutscher Verlag. Opladen: 1995.

NEIDHARDT, Friedhelm: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In : Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34. Westdeutscher Verlag. Opladen: 1994. 7-41.

NOELLE-NEUMANN, Elisabeth: Öffentliche Meinung. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Westdeutscher Verlag. Opladen (u.a.): 1998. 81-96.

MARCINKOWSKI, Frank: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen. In: Hellmann, Kai-Uwe (Hrsg.): Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie. Suhrkamp. Frankfurt am Main: 2002. 85-108.

MERTEN, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Westdeutscher Verlag. Opladen: 1995.

MIEG, Harald A.: Verantwortung. Moralische Motivation und die Bewältigung sozialer Komplexität. Westdeutscher Verlag. Opladen: 1994.

MITTELSTRAß, Jürgen (Hg.): Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie. Band 4: Sp-Z. Metzler. Stuttgart, Weimar: 1996.

POLLAK, Johannes/SLOMINSKI, Peter: Das politische System der EU. WUV Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien: 2006.

REINER, Helmut: Getreide und Gentechnik: Grundlagen aus Naturwissenschaft und Lebensmittelwissenschaft; Endbericht über die Recherche und Literaturstudie. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, Sektion IV: 2006.

SAXER, Ulrich: Der gesellschaftliche Ort der Massenkommunikation. In: Haas, Hannes / Jarren, Otfried (Hg.): Mediensysteme im Wandel. Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien. 3., völlig überarbeitete Neuauflage. Braumüller. Wien: 2002. 1-14.

SCHNEIDER, Egon / SCHNAPP, Friedrich E.: Logik für Juristen. 6. neu überarbeitete und erweiterte Auflage. Vahlen, München: 2006.

SCHÖNHAGEN, Philomen: Evaluation des Integrationspotentials von Massenmedien - theoretische und methodische Überlegungen. In: Medien & Kommunikationswissenschaft. 48 (4), 2000. 554-570.

SCHULZ, Winfried: Nachricht. In: Noelle-Neumann, Elisabeth u.a. (Hg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. 7. aktualisierte vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage. Fischer-Taschenbuch-Verlag. Frankfurt am Main. 2000: 328-362.

STEININGER, Christian: Öffentlichkeit aus politökonomischer Perspektive. In: Faulstich, Werner / Hickethier, Knut: Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung. Wissenschaftler-Verlag. Bardowick: 2000. 326-336.

WERNER, Micha H.: Verantwortung. In: Düwell, Marcus / Hübenthal, Christoph / Werner, Micha H. (Hg.): Handbuch Ethik. J.B. Metzler. Stuttgart/Weimar: 2002. 521-527.

Internetquellen

BIOLOGISCHE SICHERHEITSFORSCHUNG IN DEUTSCHLAND, BMBF: Lexikon. http://www.biosicherheit.de/de/lexikon/ [18.05.2008]

BORGERS, Nathalie: Kronenzeitung – Tag für Tag ein Boulevardstück. Transkription der deutschen Originalversion, inkl. der deutschen Kommentare. 2002. http://images.derstandard.at/20021023/kronetranskript_c0.pdf [22.05.2008]

EUROPÄISCHE KOMMISSION: Gemeinschaftsregister. http://ec.europa.eu/food/dyna/gm_register/index_en.cfm [21.05. 2008]

EUROPEAN COMMISSION: Food Safety. Community register of genetically modified food and feed. 2007. http://ec.europa.eu/food/dyna/gm_register/index_en.cfm [18.05.2008]

GERHARDS Jürgen / OFFERHAUS, Anke / ROOSE, Jochen: Die Europäische Union und die massenmediale Attribution von Verantwortung. Eine länder-, zeit- und medienvergleichende Untersuchung. Codebuch zur Inhaltsanalyse der EU-Berichterstattung der *Süddeutschen Zeitung*, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Times* und des *Guardian* von 1994 bis 2003. Universität Leipzig. 2004. http://www.polsoz.fu-berlin.de/soziologie/arbeitsbereiche/makrosoziologie/projekte/attribution/dateien/pdf/AttrEU_Codebuch.pdf [02.03.2008]

LEBENSMINISTERIUM
http://www.lebensministerium.at/article/articleview/34260/1/8149 [03.03.2008]
http://www.lebensministerium.at/article/articleview/53473/1/4958 [03.03.2008]

OESTERREICHISCHE VOLKSPARTEI: Regierungsprogramm der Legislaturperiode 2007-2010. Wien: 2007. http://www.oevp.at/download/Regierungsprogramm_2007-2010.pdf [14.05.2008]

PRÖLL Regina: Brüssel entschied: Österreich muss Genmais zulassen. In: DiePresse.com. 08.05.2008. http://diepresse.com/home/politik/eu/382265/index.do?from=suche.intern.portal [15.06.2008]

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION: Vorschlag der Europäischen Kommission vom 09.10.007. 10.10.2007
http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st13/st13702.de07.pdf [11.4.2008]

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION: Mitteilung an die Presse. 2826. Tagung des Rates Umwelt,Luxemburg,30.10.2007.
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/envir/97072.pdf [11.4.2008]

RUHRMANN, Georg / GÖBBEL, Roland: Veränderung der Nachrichtenfaktoren und Auswirkungen auf die journalistische Praxis in Deutschland. Abschlussbericht für netzwerk recherche e.V.. Jena: 2007.
http://www.netzwerkrecherche.de/docs/ruhrmann-goebbel-veraenderung-der-nachrichtenfaktoren.pdf [13.10.2008]

SARCINELLI, Ulrich: Öffentliche Meinung. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik. Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/wissen/041285606874715687865161816525 19,2,0,%D6ffentliche_Meinung.html [25.05.2008]

STARK, Birgit / KRAUS, Daniela: Crossmediale Strategien überregionaler Tageszeitungen. Empirische Studie am Beispiel des Pressemarkts in Österreich. In: Media Perspektiven 6/2008. 307-318.

TELEKOM AUSTRIA GRUOP: Verantwortung.
http://www.telekomaustria.com/verantwortung/verantwortung.php [14.05.2008]

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kelley's Hypothesen (vgl. Adler 1982, 12) ____ *31*
Tabelle 2: Aufteilung der Zeitungsressorts ____ *76*
Tabelle 3: Aufteilung nach journalistischem Genre ____ *78*
Tabelle 4: Funktion der Autoren: ____ *79*
Tabelle 5: Einschätzung des Umfangs im Verhältnis zur Blattgröße ____ *80*
Tabelle 6: Bildlast ____ *81*
Tabelle 7: Themenschwerpunktsetzung ____ *86*
Tabelle 8: Bezug auf Entscheidungen ____ *87*
Tabelle 9: Erscheinungsjahr nach den Untersuchungszeiträumen ____ *88*
Tabelle 10: Kreuztabelle journalistisches Genre und Zeitungen geschichtet nach dem Erscheinungsjahr ____ *89*
Tabelle 11: Nennung der Genmaissorten nach Zeitungen ____ *92*
Tabelle 12: Nennungen der Genmaissorten nach journalistischem Genre ____ *93*
Tabelle 13: Österreichbezug ____ *94*
Tabelle 14: Europabezug ____ *95*
Tabelle 15: Außereuropäischer Bezug ____ *95*
Tabelle 16: Nennung österreichischer politischer Akteure ____ *97*
Tabelle 17: Nennung politischer Akteure EU ____ *97*
Tabelle 18: Nennungen internationaler politischer Akteure ____ *97*
Tabelle 19: Nennung nicht-politischer Akteure ____ *98*
Tabelle 20: Gesamtartikelbewertungen EU ____ *101*
Tabelle 21: Kreuztabelle Gesamtbewertung EU und Zeitungen geschichtet nach Erscheinungsjahr ____ *102*
Tabelle 22: Gesamtbewertung österr. Politik ____ *103*
Tabelle 23: Kreuztabelle Gesamtbewertung Österreichische Politik und Zeitungen geschichtet nach Erscheinungsjahr ____ *104*
Tabelle 24: Aussageträger in den Artikeln ____ *107*
Tabelle 25: Bewertung des Themas durch Aussageträger ____ *110*
Tabelle 26: Bewertung EU der Aussageträger ____ *112*
Tabelle 27: Bewertung österreichischer Politik der Aussageträger ____ *113*
Tabelle 28: Emotionen in Bewertung der Aussageträger ____ *114*
Tabelle 29: Emotionale Bewertung der Aussagen nach Zeitungen ____ *115*
Tabelle 30: Positive Beurteilungen der Adressenten ____ *119*
Tabelle 31: Neutrale bzw. keine Bewertungen der Adressenten ____ *120*
Tabelle 32: Negative Beurteilung der Adressenten ____ *120*

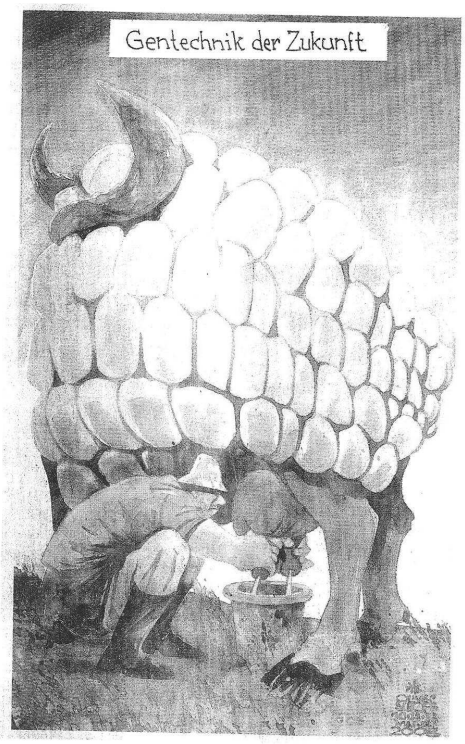
Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die drei Dimensionen des Kelley Würfels_____30
Abbildung 2: Artikel zur Genmais-Debatte aller Untersuchungszeiträume_____74
Abbildung 3: Artikel dargestellt nach Untersuchungszeiträumen _____75
Abbildung 4: Gesamtartikel Nachricht/Bericht und Leserbriefe am Anteil nach Untersuchungszeiträumen_____90
Abbildung 5: Bewertung des Themas in den Aussagen nach Untersuchungszeiträumen _____111

Anhang

Anhang 1

Michael Pammesberger. Kurier, 31.10.2008, 2



Oliver Schopf. Standard, 10.05.2008, 2

Anhang 2

Codebuch

Variablen für die Codierung auf Artikel-/ Beitragsebene

Variable Artikelnummer (artnr)
Fortlaufende Artikelnummer.

Variable Titel (titel)
Haupttitel des Artikels.

Variable Medium (medium)
1 Der Standard
2 Die Presse
3 Kurier
4 Kronen Zeitung

Variable Datum (dat)
Erscheinungsdatum des Artikels nach Tag.Monat.Jahr (tt.mm.jj)

Variable Seitenzahl (seite)
Nummer der Seite, auf der der Artikel erschienen ist. Nimmt ein Artikel zwei Seiten in Anspruch, wird jeweils die erste codiert.

Variable Ressort (ressort)
1 Innenressort
2 Außenressort
3 Gemischt Innen-Außenressort
4 EU-Ressort
5 Wirtschaft
6 Kommentar/ Leserbriefe
7 Chronik (Regional)
8 Kultur
9 Wissenschaft
10 Andere

Beiträge der Kronen Zeitung zum Thema Genmais-Importverbot, welche im „Österreich"-Teil publiziert werden, werden zum Innenressort gezählt, da sich dies zum einem großen Teil überschneidet.

Variable Journalistisches Genre (genre)
1 Nachricht/ Bericht
2 Leitartikel
3 Kommentar/ Glosse
4 Interview
5 Hintergrundbericht
6 Leserbrief
7 Gedicht/ Satire
8 Karikatur

9 Sonstige

Variable Foto (foto)

1 kein Foto
2 Foto zum Ereignis
3 Foto symbolisch
4 Abbildung/ Grafik/ Tabelle
5 Karikatur/ Zeichnung
6 Mehrere Illustrationen
7 andere

Variable Umfang (umfang)

Da es sich um unterschiedliche Blatt- und Druckgrößen handelt, soll lediglich zwischen drei Kategorien unterschieden werden, welche den verhältnismäßigen Anteil bemessen sollen. „Groß“ bedeutet, dass der Artikel über mehr als dreiviertel der Seite einnimmt, „mittel“, mehr als ein Viertel und „klein“ bedeutete, dass der Artikel sich über einen kleineren Anteil als ein Viertel der Seite einnimmt. Ist jedoch ein Leserbrief, der meist nur unter „klein“ zu kategorisieren ist, überdurchschnittlich proportional zu den anderen Leserbriefen, so muss dieser unter „mittel“ kategorisiert werden. Genauso wie ein kleiner Artikel mit einer dementsprechenden Illustration.

1 klein
2 mittel
3 groß

Variable Name des/r Autor/in (autnam)

Bei mehreren Autoren sind alle anzugeben. Bei Kürzeln lediglich die Kürzel.

Variable Funktion des Autors (autfunk)

Die Unterscheidung Redakteur – Korrespondent ergibt sich aus der Bezeichnung, welche im Artikel hervorgehoben werden muss (Bsp.: „aus Brüssel“ oder „von unserem Korrespondenten“). Ein Gastautor ist meist im Bereich „Kommentar“ gekennzeichnet. Schreibt jedoch ein Vertreter eines Kollektivs im „Leserbrief“-Ressort, so wird dieser auch als „Leser“ codiert, jedoch wird auf dies in der nächsten Variable speziell darauf hingewiesen., Karikaturist und dergl.

1 Redakteur
2 Korrespondent
3 Gastautor
4 Leser
5 Sonstiges/ Unklar/ keiner genannt
6 Kolumnist

Variable Funktion eines Gastautors oder Lesers (autfunkz)

Falls der Gastautor oder Leser eine Sprecherfunktion eines Kollektivs oder Expertenfunktion einnimmt, so muss das hier codiert werden

Variable Genmais-Importverbots- Thematisierung (impothem)

Auf welcher Ebene wird das Thema Genmais-Importverbot thematisiert

1 Hauptthema
2 Nebenthema
3 Verwisungskontext

Varaible Hauptthema (hauptthem)
Hier soll in Stichworten das Hauptthema des Artikels angegeben werden, wenn das Genmais-Importverbot nicht das Hauptthema darstellt. Besteht neben dem Genmais-Importverbot, wenn Hauptthema, ein anderes Thema gleichrangig, so muss dies auch hier in Stichworten wiedergegeben werden.

Variable Bezug auf Entscheidung (thembez)
Auf welche Entscheidung des EU-Umweltministerrats oder der Kommission wird Bezug genommen?

1 Entscheidung 2007
2 Entscheidung 2006
3 Entscheidung 2005
4 Entscheidung 05/06
5 Entscheidung 05/07
6 Entscheidung 06/ 07
7 Entscheidung 05/06/07
8 Andere
9 Nicht konkretisiert
10 Entscheidung Kommission
11 Entscheidung WTO
12 Folgende Entscheidungen

Variable Genaue Bezeichnung (themgen)
Werden die zwei zur Diskussion stehenden Genmaissorten MON810 und T25 im Artikel genau bezeichnet. Wenn innerhalb des Artikels genauen Bezeichnungen angeführt werden, so ist dies mit 1 zu codieren. Ist bspw. lediglich von zwei Genmaissorten die Rede, so ist dies mit 2 zu codieren. Wenn zwar von Genmais gesprochen wird, jedoch nicht näher beschrieben, so ist dies mit 3 zu codieren.

1 werden genannt
2 werden nicht explizit genannt
3 werden nicht genannt

Variable Nennung der Länder (landspez)
Welche Länder werden in dem Artikel genannt (mit Österreich). Es werden die Länder auch codiert, wenn sie als Akteur auftreten. Auch wird die EU als Land codiert. Die EU-Kommission bspw. agiert als Akteur und wird in der nächsten Variable angegeben.

Variable Österreich im Artikel (landö)
Wenn Österreich innerhalb des Artikels genannt wird, bzw. darauf Bezug genommen wird, so wird dies mit 1 codiert

0 nein

1 ja

Variable EU-Land im Artikel (landeu)
Wird ein anderes Land im Artikel im Zusammenhang mit der Debatte genannt, so wird dies mit 1 codiert.

0 nein
1 ja

Variable Land ausserhalb der EU (landaus)
Wird ein anderes Land ausserhalb der Europäischen Union genannt, so wird dies mit 1 codiert.

0 nein
1 ja

Variable Vorkommende Akteure (akteurau)
Hier sollen alle Akteure gesammelt eingegeben werden, welche in dem Artikel vorkommen. Sprecher von Kollektiven werden mit dem jeweiligen Namen eingegeben und bei Unklarheit mit der Institution, mit der sie in Verbindung stehen.

Variable österreichischer politischer Aktuer (polö)
Wird ein österreichischer politischer Akteur im Artikel genannt, so ist dies mit 1 zu codieren.
0 nein
1 ja

Variable Akteur EU (poleu)
Wird ein politischer Akteur der EU bzw. eines anderen EU-Staates genannt, so ist dies mit 1 zu codieren.
0 nein
1 ja

Variable Akteur EU (poleu)
Wir ein politischer Akteur außerhalb der EU genannt, so ist dies mit 1 zu codieren.
0 nein
1 ja

Variable nicht politischer Akteur (poln)
Wir ein nicht politischer Akteur (Einzelperson, NGO's, Interessensvertretung, Experten,…) genannt, so ist dies mit 1 zu codieren.
0 nein
1 ja

Variable Gesamtbewertung EU (artbeweu)
Welche Gesamtbewertung (abgewogen positive und negative Argumente) der EU wird im Artikel vermittelt.

1 positiv lobende/ optimistische

2 eher positive /optimistische
3 postitive und negative
4 eher negative/ pessimistische
5 negativ kritische/ pessimistische

Variable Gesamtbewertung Österreich (artbewö)
Welche Gesamtbewertung (abgewogen positive und negative Argumente) der Österreichischen (Regierungs-)Politik wird vermittelt.

1 positiv lobende/ optimistische
2 eher positive /optimistische
3 postitive und negative
4 eher negative/ pessimistische
5 negativ kritische/ pessimistische

Variablen für die Codierung auf Aussagenebene

Variable Nummer der Aussage (ausnumm)
Werden mehrere Aussagen in einem Artikel gefunden, so müssen diese der Reihe nach codiert werden. Bei Überschneidungen gilt die erste genannte Aussage. Sind in einem Artikel keine codierbaren Aussagen vorhanden, ist der Codiervorgang dieses Artikels beendet.

1 1.Aussage
2 2.Aussage
3 3.Aussage
4 4.Aussage
5 5.Aussage

Variable Bezug auf Entscheidung (thembez)
uf welche Entscheidung des EU-Umweltministerrats oder der Kommission wird in der Aussage Bezug genommen? Der Bezug muss nicht in Verbindung mit dem Erscheiungsdatum stehen.

1 Entscheidung 2007
2 Entscheidung 2006
3 Entscheidung 2005
4 Entscheidung 05/06
5 Entscheidung 05/07
6 Entscheidung 06/ 07
7 Entscheidung 05/06/07
8 Andere
9 Entscheidung Kommission
10 Folgende Entscheidungen

Variable Name Aussageträger/in (atnam)
Vollständiger Name der Person, dessen Aussage codiert wird

Variable Institution Aussageträger/in (atinst)

Welcher Institution gehört der Aussageträger/-in an oder durch welche Rolle wurde er zum Aussageträger.

10000 Medien/ Journalisten
11000 nationaler Journalist
11200 Der Standard
11201 Heimredaktion
11202 Korrespondent in Brüssel
11203 Korrespondent in anderem EU-Staat
11204 Korrespondent in anderen Staaten
11300 Die Presse
11301 Heimredaktion
11302 Korrespondent Brüssel
11303 Korrespondent anderer EU-Staat
11304 Korrespondent anderer Staat
11400 Kurier
11401 Heimredaktion
11402 Korrespondent Brüssel
11403 Korrespondent anderer EU-Staat
11404 Korrespondent andere Staaten
11500 Kronen Zeitung
11501 Heimredaktion
11502 Korrespondent in Brüssel
11503 Korrespondent anderer EU Staat
11504 Korrespondent anderer Staat
11600 andere österr Medien
11601 Privatrundfunk
11602 andere Printmedien
11603 österr. Nachrichtenagentur
11604 Korrespondent für österr. Medien
12100 EU Journalist
12200 EU Nachrichtenagentur
13000 Journal/NA nicht EU
20000 Politik
21000 nationale Politik
21100 Bundespräsident
21200 Exekutive Bund
21201 Bundesregierung
21202 Bundeskanzler/- amt
21203 Außenminister/ - ium
21204 Innenminister/-ium
21205 BM Bildung, Wiss., Kultur
21206 BM Finanzen
21207 BM Gesundheit
21208 BM Frauen
21209 BM Justiz
21210 BM Land-, Forstwirtsch., Umwelt
21211 BM Landesverteidigung
21212 BM Soziales
21213 BM Wirtschaft Arbeit
21214 Staatssekretär
21215 Andere Akteure
21216 Vizekanzler
21300 Legislative Bund
21301 Nationalrat
21302 Regierungspartei/en
21303 Oppositionspartei/en
21304 andere Akteure NR
21400 Judikative
21410 Judikative Bund
21411 VGH

21412 VwGH
21413 OGH
21420 Judikative Land
21500 Exekutive Land
21501 Landesregierung
21502 Landeshauptmann
21503 Mitglied der Landesregierung
21504 andere Aktuere
21600 Legislative Land
21601 Landtag
21602 Mitglied des Landtages
21603 andere Akteure
21700 Parteien
21701 ÖVP
21702 SPÖ
21703 FPÖ
21704 Grüne
21705 BZÖ
21706 liberales Forum
21707 KPÖ
21709 andere
21800 andere Akteure
22000 supranationale Politik
22100 Exekutive EK
22104 Andere Akteure EK
22110 Kommission
22111 Präsident EK
22112 Eu Kommissar
22113 EU-Umweltkommissar
22114 Sprecher UW-Kommissar
22115 EU-Landwirtschaftskommissar
22116 Sprecher LW-Kommissar
22200 Europäischer Rat
22201 ER
22202 Präsidentschaft der EU
22203 Ratsmitglied/er
22204 andere Akteure
22300 Rat der EU
22301 Allgemeiner Rat
22302 Wirtschaft, Finanz
22303 Landwirtschaft, Fischerei
22304 Justiz, Inneres
22305 Umwelt
22306 Verkehr, Telekommunikation, Energie
22307 andere MR
22400 Legislative
22401 Europäisches Parlament
22402 Präsident EP
22403 österr EP
22404 anderer EP
22500 EUGH
22600 sonst Akteure EU
23000 EU-Mitgliedsstaaten
24000 internationale Politik
24001 UNO
24002 Europarat
24003 EFTA
24004 OSCE
24005 OECD
24006 WTO
24007 G7/G8
24008 USA

24009 andere
25000 Politik national EU
26000 Politik national nicht EU
30000 Wissenschaft Experten
31000 national Österreich
32000 national EU
32100 EU-Lebensmittelagentur
33000 andere europäische Staaten
34000 supranational
35000 Wissenschaftler aus mehreren EU Staaten
36000 Wissenschaftler aus meheren Staaten
37000 Wissenschaftler Ausland
40000 Zivilgesellschaft national organisiert
41000 national
41100 Kirchen
41200 Gewerkschaften
41210 Bauernbund
41300 NGOs
41400 Vereine, zivile Organisationen
42000 Zivilgesellschaft nicht Österreich
50000 Zivilgesellsch national nicht organisiert
51000 national Österreich
51100 Bürger
51200 Einzelakteure/ Leser
51201 als Repräsentant
51202 als Experte
51203 Leser
60000 Zivilgesellsch international organisiert
61000 NGOs
61001 Greenpeace
61002 Sprecher Greenpeace
61003 Global2000
61004 Sprecher Global2000
61009 mehere Umweltgruppen
62000 Bürgerinitiativen, Vereine
63000 andere
70000 politische Gemeinschaft
71000 national - Österreich
71001 regional - Österreich
72000 national und regional andere EU
73000 national und regional andere europ. Staat
74000 national andere Staaten
80000 Wirtschaft
81000 Wirtschaft national
81100 Landwirt
81110 Landwirt konventionell
81120 Landwirt Bio
82000 Wirtschaft EU-Staaten
83000 Wirtschaft EU
84000 Wirtschaft Ausland
86000 internationale Wirtschaft
99999 nicht zuordenbar

Variable Andere Institution des Aussageträgers (atand)
Falls die Funktion des Aussageträgers mit 99999 codiert werden muss, kann hier die Funktion geschrieben werden

Variable Name des Aussageadressaten/-in (aanam)
Vollständiger Name der Person oder Institution, an den die Aussage gerichtet wird. Falls kein Adressat vorhanden ist, so wird nichts eingetragen.

Variable Institution Aussageadressat/-in (aainst)
Welcher Institution gehört der Aussageträger-in an oder durch welche Rolle wurde er/sie zum Aussageträger. Ist kein/e Aussageadressat/-in vorhanden, so wird dies mit 99999 codiert.

10000	Medien/ Journalisten
11000	nationaler Journalist
11200	Der Standard
11201	Heimredaktion
11202	Korrespondent in Brüssel
11203	Korrespondent in anderem EU-Staat
11204	Korrespondent in anderen Staaten
11300	Die Presse
11301	Heimredaktion
11302	Korrespondent Brüssel
11303	Korrespondent anderer EU-Staat
11304	Korrespondent anderer Staat
11400	Kurier
11401	Heimredaktion
11402	Korrespondent Brüssel
11403	Korrespondent anderer EU-Staat
11404	Korrespondent andere Staaten
11500	Kronen Zeitung
11501	Heimredaktion
11502	Korrespondent in Brüssel
11503	Korrespondent anderer EU Staat
11504	Korrespondent anderer Staat
11600	andere österr Medien
11601	Privatrundfunk
11602	andere Printmedien
11603	österr. Nachrichtenagentur
11604	Korrespondent für österr. Medien
12100	EU Journalist
12200	EU Nachrichtenagentur
13000	Journal/NA nicht EU
20000	Politik
21000	nationale Politik
21100	Bundespräsident
21200	Exekutive Bund
21201	Bundesregierung
21202	Bundeskanzler/- amt
21203	Außenminister/ - ium
21204	Innenminister/-ium
21205	BM Bildung, Wiss., Kultur
21206	BM Finanzen
21207	BM Gesundheit
21208	BM Frauen
21209	BM Justiz
21210	BM Land-, Forstwirtsch., Umwelt
21211	BM Landesverteidigung
21212	BM Soziales
21213	BM Wirtschaft Arbeit
21214	Staatssekretär
21215	Andere Akteure
21216	Vizekanzler
21300	Legislative Bund
21301	Nationalrat
21302	Regierungspartei/en
21303	Oppositionspartei/en
21304	andere Akteure NR

21400 Judikative
21410 Judikative Bund
21411 VGH
21412 VwGH
21413 OGH
21420 Judikative Land
21500 Exekutive Land
21501 Landesregierung
21502 Landeshauptmann
21503 Mitglied der Landesregierung
21504 andere Aktuere
21600 Legislative Land
21601 Landtag
21602 Mitglied des Landtages
21603 andere Akteure
21700 Parteien
21701 ÖVP
21702 SPÖ
21703 FPÖ
21704 BZÖ
21705 liberales Forum
21706 KPÖ
21707 andere
21800 andere Akteure
22000 supranationale Politik
22001 EU
22100 Exekutive EK
22101 Kommission
22102 Präsident EK
22103 Eu Kommissar
22104 Andere Ekteure EK
22200 Europäischer Rat
22201 ER
22202 Präsidentschaft der EU
22203 Ratsmitglied/er
22204 andere Akteure
22300 Rat der EU
22301 Allgemeiner Rat
22302 Wirtschaft, Finanz
22303 Landwirtschaft, Fischerei
22304 Justiz, Inneres
22305 Umwelt
22306 Verkehr, Telekommunikation, Energie
22307 andere MR
22400 Legislative
22401 Europäisches Parlament
22402 Präsident EP
22403 österr EP
22404 anderer EP
22500 EUGH
22600 sonst Akteure EU
22700 "Brüssel"
23000 EU-Mitgliedsstaaten
24000 internationale Politik
24001 UNO
24002 Europarat
24003 EFTA
24004 OSCE
24005 OECD
24006 WTO
24007 G7/G8
24008 USA

24009 andere
25000 Politik national EU
26000 Politik national nicht EU
30000 Wissenschaft Experten
31000 national Österreich
32000 national EU
33000 andere europäische Staaten
33001 Spanien
34000 supranational
35000 Wissenschaftler aus mehreren EU Staaten
36000 Wissenschaftler aus meheren Staaten
37000 Wissenschaftler Ausland
40000 Zivilgesellschaft national organisiert
41000 national
41100 Kirchen
41200 Gewerkschaften
41300 NGOs
41400 Vereine, zivile Organisationen
42000 Zivilgesellschaft nicht Österreich
50000 Zivilgesellsch national nicht organisiert
51000 national Österreich
51100 Bürger
51200 Einzelakteure/ Leser
51201 als Repräsentant
51202 als Experte
51203 Leser
60000 Zivilgesellsch international organisiert
61000 NGOs
62000 Bürgerinitiativen, Vereine
63000 andere
70000 politische Gemeinschaft
71000 national - Österreich
71001 regional - Österreich
72000 national und regional andere EU
73000 national und regional andere europ. Staat
74000 national andere Staaten
80000 Wirtschaft
81000 Wirtschaft national
82000 Wirtschaft EU-Staaten
83000 Wirtschaft EU
84000 Wirtschaft Ausland
86000 internationale Wirtschaft
86001 Gen-Lobby
99999 nicht zuordenbar

Variable Bewertung des Adressaten (bewaa)

Wie wird der Adressat (Aussageempfänger) vom Adressanten (Aussagesender) bewertet?

1 positiv
2 neutral/keine Bewertung
3 negativ
4 kein Adressant

Variable Beispiel für die Bewertung des Adressaten (bewaaexpl)

Um die Bewertung auch bei der Auswertung nachvollziehen zu können, soll ein Beispiel für die Bewertung gegeben werden.

Variable Themas über das vom Adressanten bewertet wird (themexpl)

Ein Text ist hier einzufügen, wenn die Aussage nicht genau die laufende Genmais-Debatte thematisiert, sondern in einen größeren Zusammenhang gestellt wird.

Variable Themenbewertung (bewthe)
Wie wird das Thema, welches zentral in der Aussage den poltitischen Prozess des Genmais-Importverbots innehat vom Aussageträger bewertet. Wenn keine Wertung stattfindet oder die Bewertung im selben Maß positive wie negative Aspekte beinhaltet, so ist dies mit 3 zu codieren. Der Bewertungsgrad „sehr positiv" zu „positiv" oder „sehr negativ" zu negativ ist nach der Stärke der Ablehnung bzw. Zustimmung zu bewerten.

1 positiv
2 neutral/keine Bewertung
3 negativ
4 kein Adressant

Variable Emotionalisierungsgrad der Aussage (bewemo)
Welchen Grad der Emotionalisierung weist die Aussage auf. Der Leserbrief „Nein danke, Gentechnik wollen wir nicht" (Kronen Zeitung 20.12.2006, 24) weist bspw. einen hohen Emotionalisierungsgrad auf.

1 sachliche Bewertung
2 eher sachliche Bewertung
3 neutral/keine Bewertung
4 eher emotionale Bewertung
5 emotionale Bewertung

Variable Beispiel für Emotionalisierung (empexpl)
Falls bei Variable „Emotionalisierungsgrad der Aussage" 1,2,4 oder 5 codiert wurde, ist ein Beispiel zur Nachvollziehbarkeit anzugeben.

Variable Bewertung EU (beweu)
Bewertung der EU innerhalb der Aussage

1 sehr positiv
2 positiv
3 neutral/keine Bewertung
4 negativ
5 sehr negativ

Variable Bewertung Politik Österreichs (bewö)
Bewertung der nationalen österreichischen Politik in der Aussage

1 sehr positiv
2 positiv
3 neutral/keine Bewertung
4 negativ
5 sehr negativ

Anhang 3

Untersuchte Artikel

Beobachtet wurden (wie o.a.) die Zeiträume jeweils zwei Tage vor und drei Wochen nach der Entscheidung. Die Artikel wurden jedoch wie folgt vorgefunden:

1. Zeitraum: 23.06. bis 29.06. 2005 (Untersuchungszeitraum: 22.06.05 bis 14.07.05)
2. Zeitraum: 17.12. bis 31.12. 2006 (Untersuchungszeitraum: 16.12.06 bis 08.01.07)
3. Zeitraum: 28.10. bis 17.11. 2007 (Untersuchungszeitraum: 28.10.07 bis 20.11.07)
4. Zeitraum: 08.05. bis 22.05. 2008 (Untersuchungszeitraum: 05.05.08 bis 26.05.08)

Der Standard

Titel	Datum	Seite
Genmais weiterhin nicht auf heimischen Feldern	25.06.2005	28
„Doppelstrategie“ gegen Anbau von Gensaatgut	29.06.2005	9
Import von Genmais bleibt verboten	19.12.2006	1
Importverbote für Genmais bleibt	19.12.2006	15
EU einig über eine Bio-Richtlinie	21.12.2006	21
Österreich droht bei Import von Genmais Niederlage	30.10.2007	22
Gentechnik: Schranken gehen auf	31.10.2007	1
Gen-Mais: Niederlage, aber kein Dammbruch	31.10.2007	24
Österreichische Gen-Lüge	31.10.2007	44
Der Widerspruch der Gen-Debatte	05.11.2007	23
„Bauern stehen halt in der ersten Linie“	10.11.2007	20
Zur Debatte um die grüne Gentechnik	14.11.2007	34
Leere Versprechungen	14.11.2007	34
Viel für den Kompost	14.11.2007	34
Ursachen des Hungers	14.11.2007	34
Der wahre Genfood Skandal	14.11.2007	35
Zwangsbeglückung	15.11.2007	39
Importverbot	08.05.2008	15
Importverbote auf Genmais aufgehoben	08.05.2008	17
Gentechnik der Zukunft	10.05.2008	1

Die Presse

Titel	Datum	Seite
Genmais: „Sieg auf allen Linien“	25.06.2005	23
Gen-Mais: Österreich „rettet Verbot	19.12.2006	19
Österreich setzt sich durch	19.12.2006	36
Gentechnikfreies Österreich	21.12.2006	34
EU lässt Genmais nach Österreich	30.10.2007	17
Gentechnik: Veto der EU ist Chance	31.10.2007	34

Brüssel entschied: Österreich muss Genmais zulassen	08.05.2008	17
EU verfügt: Österreich muss Genmais zulassen	08.05.2008	34

Kurier

Artikel	**Datum**	**Seite**
Österreich darf Genmais weiter boykottieren	25.06.2005	17
Gentechnik-Verbot: Nun ist die WTO am Zug	28.06.2005	15
Zu wenig, nicht zu viel	28.06.2005	15
Das Gericht für freien Handel	28.06.2005	15
Gentech-Nahrung	28.06.2005	15
Gentechnik: Österreich setzt sich bei EU durch	19.12.2006	1
Das Genmais-Importverbot bleibt	19.12.2006	5
Der Befürworter	19.12.2006	5
Der Gegner	19.12.2006	5
USA fordern: EU muss den Importstopp für Genmais aufheben	30.10.2007	2
Importverbot fällt	30.10.2007	5
Fragen	30.10.2007	5
Da wird nur eine Lösung vorgegaukelt	30.10.2007	5
Jedem sein Schrecken	31.10.2007	2
Front gegen Gentechnik keimt	31.10.2007	5
Gentechnik hat Österreich erobert	08.05.2008	4

Kronen Zeitung

Artikel	**Datum**	**Seite**
EU-Sowjetunion	23.06.2005	36
Kampf für Genmais-Verbot	24.06.2005	14
Erfolg im Kampf gegen Gen-Technik	25.06.2005	13
Historischer Erfolg gegen Gen-Technik	26.06.2005	16
Neuer „EU-Anschlag“: Brüssel will Gen-Importverbote	17.12.2006	20
„Genmais-Sieg“ über die EU!	19.12.2006	10
Genverbot: EU-Kommission will Umweltminister klagen	20.12.2006	10
EU-Anschlag	20.12.2006	24
Gen-Mais – nein, danke!	20.12.2006	24
kuaz und guad	31.12.2006	16
Umwelt-Experten der EU gegen Gentechnik	28.10.2007	18
EU-Brutal…!	29.10.2007	31
Frankreichs Präsident stoppt mit Machtwort Anbau von Gen-Mais	29.10.2007	10
Offener Brief an Minister Pröll	30.10.2007	20
Genmais: EU kippt Importverbot	31.10.2007	10
Vom Tisch gefegt	31.10.2007	10
„EU nicht den Bürokraten überlassen“	01.11.2007	13
Für einen freien neutralen Staat	02.11.2007	29
In den Wind gereimt	03.11.2007	2
Herrn Strudls Sonntags-Notizen	04.11.2007	4

Parteien gegen Volksabstimmung	04.11.2007	26
Schreckensmeldung	07.11.2007	31
EU-Sumpf…	08.11.2007	29
Werte Brüsseler Spitzen!	08.11.2007	29
Manipuliert	09.11.2007	17
Wir, das Volk, verlangen eine Volksabstimmung	09.11.2007	27
Herrn Strudls Sonntags-Notizen	11.11.2007	2
Kippt EU jetzt auch noch Anbauverbot für Genmais?	17.11.2007	14
EU zwingt Österreich Genmais-Sorten aus!	08.05.2008	14
Österreicher wacht auf!	08.05.2008	28
Genmais nicht in Regalen	09.05.2008	12
Jetzt kommt die Gen-Keule der EU!	10.05.2008	25
Herr Fischer hat „Ja“ gesagt	11.05.2008	30
Die EU: Das Geschwür	11.05.2008	31
„Genau davor hab ich Angst!“	11.05.2008	31
In den Wind gereimt	14.05.2008	2
USA ohne Skrupel	14.05.2008	24
Die EU zeigt schon ihr wahres Gesicht	15.05.2008	28
Das „Fischpferdschwein“	15.05.2008	29
Schönen Urlaub, Herr Bundeskanzler!	16.05.2008	35
Wahnwitz	19.05.2008	21
Das war erst der Anfang…	21.05.2008	34
Superrudi & Superstruppi	22.05.2008	32
Gen-Mais-Pflicht in Österreich!	22.05.2008	39

Abstract Deutsch

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Fragestellung, wie politische Institutionen in der heimischen medialen Debatte um das österreichische Genmais-Importverbot und dessen Aufhebung attribuiert werden.

Die Arbeit beginnt mit einem Überblick über die Institutionen der Europäischen Union und dem Entscheidungsprozess im EU-Umweltministerrat rund um das Genmais-Importverbots. Das zentrale Element der Debatte, der sog. Genmais, wurde daraufhin, genau beschrieben und der Begriff der Gentechnik geklärt. Dies erfolgte deswegen vor einer theoretischen Abhandlung, da sich die gesamte weitere Arbeit auf diese Begrifflichkeiten stützt. Es folgt eine theoretische Abhandlung zu den Begriffen Verantwortung, Attribution, Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsfunktion der Medien.

Der nächste Teil beschäftigt sich mit der empirischen Untersuchung. Hier wurden sämtliche Artikel aus vier österreichischen Tageszeitungen (Standard, Presse, Kurier, Kronen Zeitung) erhoben, welche in vier unterschiedlichen – jedoch gleich langen – Zeiträumen erschienen sind. Diese Zeiträume befinden sich jeweils um einen Zeitpunkt, an dem über das Genmais-Importverbot abgestimmt bzw. entschieden wurde.

Die deskriptive Inhaltsanalyse wurde einerseits anhand formaler, formal-inhaltlicher und inhaltlicher Kriterien an den gesamten Artikeln und auf der Ebene der Aussagen innerhalb der Artikel durchgeführt. Andererseits erfolgte eine qualitative Auswertung ausgewählter Beispiele der medial vermittelten Genmais-Importverbots-Debatte.

Abstract English

This thesis elaborates on the question of how political institutions are being portrayed and judged in the domestic media debate about the Austrian maize import ban and about its abolishment.

The introduction covers an overview of the various EU-institutions and the decision-making process among EU environmental ministers regarding the Austrian maize import ban. Also, the central element of the debate – genetically engineered maize – is being precisely described at the beginning as the entire thesis is based on this notion. Finally, the concepts of responsibility and distribution of tasks, the public and the public function of the media, are being discussed.

The next part of the thesis discusses the empirical investigation applied. It is based on a collection of all available articles on the maize import ban in four Austrian newspapers (Standard, Die Presse, Kurier, Kronen Zeitung) during four different - but equally long - periods of time. These time periods were defined by the decision-making process or a vote on the maize import ban.

On the one hand, the descriptive content analysis was applied to all articles in a quantitative fashion covering a combination of both formal and content-related aspects. Also, statements within the respective articles themselves were analyzed. On the other hand, an in-depth analysis of various examples of the debate about the maize import ban was performed.

LEBENSLAUF

PERSÖNLICHE DATEN:

Name:	Florian Reichhold
geboren am:	29.07.1983 in St.Veit an der Glan
Familienstand:	ledig
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Adresse:	Thalsdorf 6 , 9314 Launsdorf

SCHULAUSBILDUNG:

9/89 – 7/93	Volksschule St.Georgen am Längsee
9/93 – 7/01	Bundesgymnasium St.Veit an der Glan

WEHRDIENST:

1/02 – 09/02	Präsenzdienst: sKp/ JgB 25 in Lendorf bei Klagenfurt

STUDIUM:

seit 10/2002	Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft, Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Universität Wien
03/2005 – 06/2008	Tutor am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft

BERUFLICHE ERFAHRUNGEN:

1999: Arbeiten bei den keltisch-römischen Ausgrabungen bei Maria Saal unter der Leitung von Dr. Renate Jerney

2004: Ferialjob im Outbound-Center der Data Austria

2004: Geringfügig beim Gallup- Institut beschäftigt

2004-2008: Mitarbeit im Cafe USW, Laudongasse

2005: Dreimonatiges Praktikum im Bereich Marketing und Fundraising am Theater in der Josefstadt bei MMag. Irene Knava

2008: Tutorentätigkeit und Assistenz bei Prof. Dr. Josef Trappel an der Uni Wien

Bis zuletzt ständige Mitarbeit an der elterlichen Land- und Forstwirtschaft und Geflügelzucht in Verkauf, Werbung und Kundenbetreuung.